



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

21. Jahrgang / Heft 1/2

Januar-Februar 1966

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Aus dem Referat des Genossen Max Reimann auf der 6. Tagung des ZK der KPD	2
Aus der Diskussion der 6. ZK-Tagung	24
Die internationale Pflicht der Kommunisten aller Länder	32
Für einheitliches Handeln gegen die Aggression des amerikanischen und deutschen Imperialismus	36
Die Bildung der Spartakusgruppe	39
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet	
Können die Bonner Herren Krieg wollen, wenn das für sie die Selbstvernichtung bedeutet?	42
Aus der internationalen Arbeiterbewegung	45
Tatsachen aus der DDR	48
Das neue Buch: Dokumente der KPD 1945—1956 — Dietz Verlag	51

6. Tagung des ZK der KPD

Für den Zusammenschluß aller Kräfte im Kampf für Frieden, soziale Sicherheit und den Schutz des Grundgesetzes

Aus dem Referat des Ersten Sekretärs der KPD, Genossen Max Reimann

I.

Die neue Erhard-Regierung hat ihr Programm vorgelegt. Es ist das Programm der Reaktion nach innen und der gesteigerten Expansion nach außen. Mit ihm wachsen die Angriffe auf den Lebensstandard aller Werktätigen und erhöhen sich alle Gefahren für den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik. Das neue Regierungsprogramm ist gegen die Wiedervereinigung gerichtet. Mit dem Griff nach Atomwaffen gefährden sie in zunehmendem Maße das Leben und die Sicherheit unserer ganzen Bevölkerung.

Unsere Partei erwartet von der Zentralkomitee-Tagung eine Einschätzung der Bundestagswahlen und die Beantwortung der Frage: wie soll es in der Bundesrepublik weitergehen. Wir schätzen die Tatsache, daß die CDU/CSU wieder zur wählertstärksten Partei wurde, sehr ernst ein. Es war der CDU/CSU möglich, durch Demagogie, durch Aufputschung nationalistischer und antikommunistischer Leidenschaften Millionen Menschen unseres Landes irrezuführen. Da fast alle Organe der Meinungsbeeinflussung den Nationalismus und Revanchismus in die Hirne der Menschen pflanzten, wirkte sich diese zugunsten eines Wahlerfolges der führenden Partei des Monopolkapitals und des Revanchismus aus.

Bekanntlich hat die CDU/CSU den Wahlkampf so geführt, daß sie der Bevölkerung unseres Landes eine von der Sowjetunion drohende Gefahr vorgelegen hat. Davon ausgehend hat sie sich vor den Wählermassen so dargestellt, als sei sie für die Sicherheit der Bundesrepublik, hat sie sich als eine Partei vorgestellt, der es „um Deutschland“ gehe, hat sie sich in der gesamten Öffentlichkeit als eine „nationale Kraft“ dargeboten. In demagogischer Weise hat die CDU/CSU es verstanden, die bisherige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Bundesrepublik und alle sozialen Verbesserungen auf das Konto ihrer Politik, ihrer Regierungszeit zu buchen, obwohl jede dieser sozialen Verbesserungen dem Monopolkapital in harten Kämpfen der Arbeiter-

klasse und ihrer Gewerkschaften abgerungen werden mußte. Außerdem beging sie einen Riesenbetrug, indem sie Wahlgeschenke verteilte, die jetzt wieder zurückgezogen werden.

Wenn Erhard jetzt in der Regierungserklärung den Angriff auf den Lebensstandard der breiten werktätigen Massen mit der Gefahr einer Inflation begründet, so ist doch als erstes festzustellen, daß solche Gefahren allein aus der bisherigen Regierungspolitik entstanden sind und daß die

Fortsetzung und Steigerung dieser antisozialen Politik das gesamte Wirtschaftsgefüge in Mitleidenschaft zieht. Aus dieser Regierungserklärung geht klar hervor, daß der Rüstungskurs verstärkt wird, daß die Riesenprofite der Millionäre nicht angetastet werden. Stattdessen verlangt Erhard Maßnahmen für die Werktätigen, Verlängerung der Arbeitszeit, kündigte er Preissteigerungen und eine Kürzung der Staatsausgaben an für alle Gebiete, die den Wohnungsbau, das Bildungswesen und die sozialen Interessen betreffen.

Konnte die CDU/CSU bei den Wahlen geschlagen werden?

Bei den Bundestagswahlen bestand die reale Möglichkeit, die CDU/CSU und ihre Politik zu schlagen. Diese Erkenntnis bestimmte auch den Inhalt unseres Wahlprogramms und unseres Wahlaufrufs. Die darin enthaltene politische und wahlaktische Orientierung unserer Partei hat sich als richtig erwiesen und wurde durch die Entwicklung bestätigt. Um die CDU/CSU zu schlagen, die Regierung durch eine andere Regierung abzulösen, war es erforderlich, der CDU/CSU-Politik eine kraftvolle Alternative gegenüberzustellen, auf die sich alle Menschen, die der Meinung waren, daß 16 Jahre CDU/CSU-Herrschaft beendet werden müssen, einigen konnten. Für eine solche Politik waren die Kommunisten, viele Gewerkschafter, viele Sozialdemokraten, Kreise der Intelligenz und des Bürgertums. Dasselbe erwies sich der Gemeinsamkeitskurs der Wehner und Erler, die die Politik der SPD bestimmten, als das größte Hindernis.

Die SPD hatte sich zum Ziel gesetzt, wählertstärkste Partei zu werden, den Bundeskanzler und die künftige Regierung zu stellen. Unsere Partei hatte bereits im Februar 1964 in einem Brief an den Parteivorstand, an alle Organisationen und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und einen Monat später in einem Brief an den Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, erklärt: „Wir sind für eine Regierung unter sozialdemokratischer Führung, die Gewerkschafter und bürgerliche Verständigungspolitiker einschließen könnte, die dem Kurs der Atomrüstung und des kalten Krieges absagt und eine Politik der Verhandlungen einleitet.“ Damit haben wir

unseren Willen zur Gemeinsamkeit mit den Sozialdemokraten in diesem Wahlkampf und für eine neue Regierungspolitik von Anfang an eindeutig zu erkennen gegeben.

Im Ringen um das Zusammensehen mit den Sozialdemokraten, um die CDU/CSU zu schlagen, wandten wir uns im Februar 1965 mit diesem Anliegen erneut an alle Mitglieder, Funktionäre und Leitungen der Sozialdemokratischen Partei. Im April 1965 unternahmen wir einen neuen Schritt und schrieben einen Brief an Willy Brandt. Darin schlugen wir vor, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten auf der Grundlage einiger politischer Minimaforderungen verständigen, um gemeinsam den Wahlkampf gegen die CDU/CSU und ihre Politik zu führen. In diesem Brief erklärten wir: „Geleitet von der Absicht, alles für die Niederlage der CDU/CSU und für die Zusammenfassung der Kräfte zugunsten einer politischen Neuorientierung zu tun, möchten wir uns mit Ihnen, werter Genosse Brandt, als dem Vorsitzenden der SPD ins Benehmen setzen, um über die genannten Kernprobleme der Politik zu einem Meinungsaustausch zu kommen und uns in der Frage der Stimmabgabe zu verständigen.“ Wir betonten ausdrücklich, daß wir ein Gespräch über diese Fragen, falls das gewünscht wird, als inneren betrachten würden.

Bekannt ist, daß wir auf diesen Brief keine Antwort bekamen. Mit Bedauern mußten wir aber feststellen, daß stattdessen Wehner und Erler noch hartnäckiger als zuvor die Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU begründeten und sich erneut für die atomare Aufrüstung

und die Notstandsgesetzgebung aussprachen. Bei dieser Lage war es uns unmöglich, allgemein aufzurufen, die SPD zu wählen, denn damit wären wir der Rolle unserer Partei als konsequente Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie, Verständigung und Wiedervereinigung nicht gerecht geworden.

Wenn die SPD ihr Ziel nicht erreicht hat, so darum, weil der von Wehner und Erler vertretene Kurs der Gemeinsamkeitspolitik, der Aufgabe jeder Alternative und das von ihnen geschlossene Wahlabkommen mit der CDU/CSU, über die entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes keine Auseinandersetzung zu führen, nicht der SPD, sondern der CDU/CSU zugute kam. Wenn die SPD bei diesen Wahlen Stimmen gewonnen hat, so ist dies das Ergebnis der aufopferungsvollen Ar-

beit tausender sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre und auch all der außerhalb der SPD stehenden Kräfte, deren Erfolg dort am größten war, wo sie ihr Auftreten nicht nur von der Politik der Wehner und Erler bestimmen ließen, sondern wo sie entsprechend ihren eigenen Vorstellungen und den gewerkschaftlichen Beschlüssen entschieden gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze Stellung nahmen. Durch die Gemeinsamkeitspolitik von Wehner und Erler wurde ein Gegensatz aufgerissen zwischen der SPD und den Gewerkschaften. Und auch dieser Gegensatz war nur zum Vorteil für die CDU/CSU. Das sind einige Hauptfaktoren dafür, daß die große Möglichkeit eines sozialdemokratischen Wahlsieges, einer sozialdemokratisch geführten Regierung verspielt wurde.

Unsere Alternativpolitik im Bundestagswahlkampf

Wie hat unsere Partei entsprechend den Beschlüssen, dem Wahlprogramm und Wahlaufruf den Wahlkampf geführt? Wir hatten eine politische Konzeption ausgearbeitet, die zum Ausgangspunkt hatte die prinzipielle Auseinandersetzung mit der antinationalen Politik der CDU/CSU, um ihr eine Wahlniederlage zuzufügen. Wir entwickelten im Wahlprogramm eine nationale und demokratische Konzeption, in der wir Antwort gaben auf die Lebensfragen unseres Volkes, die Sicherung des Friedens, die Verteidigung der Demokratie und deren Ausbau und reale Schritte zur Wiedervereinigung auf dem Wege der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten. In unserem Wahlprogramm stellten wir auch den Zusammenhang her zwischen der Revanche- und Rüstungspolitik und dem Angriff der großen Monopole auf die sozialen Rechte und die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben und entwickelten die sozialen Forderungen der Werktagen in enger Beziehung mit den Forderungen der Gewerkschaften, der Bauern und der Geistesschaffenden.

Unser Streben war darauf gerichtet, dieses Alternativprogramm in den Mittelpunkt einer breiten Volksaussprache zu stellen. Um das zu erreichen, war es erforderlich, daß unsere Partei einen selbständigen Wahlkampf führte.

Wir gingen im Wahlkampf davon aus, alle demokratischen Kräfte zusammenzufassen, um sie auch außerparlamentarisch in Bewegung zu bringen, vor allem gegen die Atomrüstung, gegen die Notstandsgesetzgebung und für weitere Forderungen, die vor allem von den Gewerkschaften, von Friedensorganisationen und Jugendverbänden erhoben wurden. Den Genossen ist bekannt, daß unser Wahlkampf so angelegt wurde, daß, wie es im Wahlprogramm heißt, jede kommende Regierung noch stärker unter dem Druck der Forderungen der Volksmassen steht.

Dort, wo es der Partei gelang, Wählern, besonders Arbeitern und Jugendlichen, die Politik unserer Partei nahezubringen, sie mit dem, was die Kommunisten wirklich wollen, bekanntzumachen, wuchs unter ihnen die Überzeugung, daß die Bundesrepublik eine legale KPD braucht. Im Wahlkampf wurde erneut bewiesen, daß der Kampf um die Legalität nicht in erster Linie eine juristische oder staatsrechtliche Frage ist, sondern die Frage, in wieweit unsere Politik unter die Massen kommt und die Massen sich von deren Richtigkeit überzeugen. Gelingt uns dies, dann kämpfen sie auch mit uns für die Aufhebung des Verbots unserer Partei. Viele Genossen haben im Wahlkampf die Erfahrungen ge-

macht, wie ihr Ansehen als Kommunist und damit das Ansehen der Partei gewachsen ist.

Aber der Wahlkampf zeigte auch unsere Schwächen. Sie sind in erster Linie politisch-ideologischer Art. Wir haben noch nicht genügend verstanden, die gesamte Partei mit dem Wesen und dem Inhalt unserer nationalen Politik vertraut zu machen. Wenn in Teilen der Partei die Gefahren, die vom wiedererstandenen Imperialismus in der Bundesrepublik ausgehen, unterschätzt werden, dann ist es unausbleiblich, daß die Frage, gegen wen man den Hauptstoß richten muß, ebenfalls unklar bleibt.

Der Wahlkampf hat offenbart, daß das Politbüro und wir alle als Zentralkomitee noch größere Anstrengungen unternehmen müssen, um in der Partei über die Grundfragen, um die es in der Bundesrepublik geht und über die Bedeutung unserer nationalen Politik Klarheit zu schaffen.

Wenn wir mit Recht sagen, daß das Wesen unserer nationalen Politik darin besteht, zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht, dann ist das erste Erfordernis, daß wir mit unserer eigenen nationalen

len Konzeption, die für unsere Bevölkerung Frieden, Sicherheit, Selbstbestimmung, Verständigung und Demokratie beinhaltet, unaufhörlich die prinzipielle Auseinandersetzung führen mit der antinationalen Politik der Monopolbourgeoisie und deren Regierung und dabei vor allen anderen der Arbeiterklasse ihre eigene Rolle und ihre eigene Verantwortung in dieser historischen Auseinandersetzung, in der über Sein oder Nichtsein entschieden wird, bewußt machen. Das Zentralkomitee und das Politbüro müssen sich bemühen, diese Grundfragen immer in den Mittelpunkt der Politik zu stellen.

Wir haben im Wahlkampf feststellen müssen, wie an zahlreichen Stellen die Hauptstößrichtung unseres Kampfes gegen die CDU/CSU und deren Kriegspolitik verschoben wurde. Das war ein Hindernis, um richtige Beziehungen zur Sozialdemokratie zu entwickeln, obgleich, wie das die Lage in den Gewerkschaften und in der SPD zeigt, viele Mitglieder dieser Organisationen nach einer Alternative zur CDU/CSU suchen. Darum möchte ich jetzt einige Bemerkungen machen über unsere Taktik gegenüber der SPD im vergangenen Wahlkampf.

Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten eine Lebensfrage

Ich habe schon betont, daß wir für eine Änderung der Regierung, für eine Niederlage der CDU/CSU waren und daß wir im Brief an alle Mitglieder, Leitungen und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei uns für eine sozialdemokratische Regierung ausgesprochen haben. Um das zu erreichen, war unsere ganze Politik darauf angelegt, die CDU/CSU zu schlagen, den Hauptstoß gegen diese Parteien zu richten. Allerdings war uns vollkommen klar, daß ein solches Ziel nur zu erreichen war, wenn die SPD ihre Gemeinsamkeitspolitik aufgibt und stattdessen mit einer selbständigen Konzeption in den Grundfragen der deutschen Politik auftritt. Wenn die SPD also ihr Wahlziel nicht erreichte, so liegt das nicht an uns. Da, wo wir gemeinsam mit Sozialdemokraten auf Versammlungen, Kundgebungen und Aktionen gegen Erhard, Strauß, von Hassel und andere auftraten, gerieten diese stets in die Defensive. Nicht wir,

sondern der Wehner/Erler-Flügel bestimmte die Hauptrichtung des Wahlkampfes der SPD. Und sie führten ihn so, daß es unmöglich war, die CDU/CSU zu schlagen.

Wenn wir in unserem Wahlprogramm die drei bekannten Fragen formulierten, so darum, weil es sich hier um die Grundfragen für Frieden und Demokratie handelte, die wir allen Bundestagskandidaten vorlegen wollten und nicht zuletzt, weil wir diejenigen Kräfte in der SPD unterstützen wollten, die auch entsprechend den Gewerkschaftsbeschlüssen zumindest in einigen Fragen für ein selbständiges Auftreten der SPD wirken wollten. Es war für uns unmöglich, allgemein aufzurufen, die SPD zu wählen. Möglich dagegen war, weit mehr als das geschehen ist, Gespräche mit Sozialdemokraten zu führen und sich auf die Stimmabgabe für eine größere Zahl sozialdemokratischer Kandidaten zu orientieren. Der deutlichste Beweis

dafür ist, daß im Kampf um die Verhinderung der Notstandsverfassung der Parteivorstand und der Parteirat der SPD in Saarbrücken den Beschuß fassen mußten, in dieser Legislaturperiode die Zustimmung zu verweigern. Ja, man kann sagen, daß die große Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung die CDU/CSU in eine schwierige Lage brachte; denn ihr Interesse war darauf gerichtet, bereits vor den Wahlen vollendete Tatsachen zu schaffen.

Und jetzt möchte ich einige sehr kritische Bemerkungen über uns selbst machen. So richtig die drei Fragen waren, so engherzig waren wir dann, als es darum ging, hierüber eine sachliche persönliche Aussprache mit den Sozialdemokraten, vor allem auch mit den Kandidaten der SPD zu führen. Hätten wir das mehr getan, so wäre es möglich gewesen, sich mit zahlreichen

SPD-Kandidaten zu verständigen, um in weit mehr Fällen, als das geschehen ist, sozialdemokratische Kandidaten zu unterstützen.

Ich spreche es offen aus! Durch unsere starre Anwendung dieser drei Fragen legten wir Maßstäbe an, die für erhebliche Teile der sozialdemokratischen Kandidaten, zumindest in ihrem öffentlichen Auftreten, einfach nicht annehmbar waren. Und wir vergrößerten das sogar im Wahlauftruf, indem wir zu den drei Fragen noch eine vierte hinzufügten, die sich auf die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten bezog. Versteht mich recht, Genossen! Die Fragen, die wir stellten, waren politisch durchaus richtig. Sie jedoch absolut zur Bedingung für die Wählbarkeit von sozialdemokratischen Kandidaten zu machen, damit waren diese Kandidaten überfordert.

CDU/CSU schlagen

— unsere Aufgabe!

Wir haben auf der 4. ZK-Tagung im Wahlprogramm wie im Wahlauftruf ausdrücklich gesagt, daß der Hauptstoß gegen die CDU/CSU geht, woraus sich auch ergab, daß die Hauptauseinandersetzung mit der Politik dieser Partei geführt werden muß. Das bedeutet, daß wir mit all jenen Sozialdemokraten zusammengehen mußten, die den Versuch unternahmen, der CDU/CSU — und sei es auch nur in einigen Fragen — eine Alternative entgegenzustellen. Es war erforderlich, daß wir uns mit der Politik von Wehner und Erler auseinandersetzen, wobei aber stets sichtbar sein mußte, daß diese Auseinandersetzung notwendig ist, um die CDU/CSU zu schlagen. Wir durften in keiner Phase des Wahlkampfes auf die Kritik an der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU von Wehner und Erler verzichten. Unsere Kritik an der Politik von Wehner und Erler ging nicht gegen die SPD, sondern hatte zum Ausgangspunkt unseren Willen, den sozialdemokratischen Genossen zu zeigen, daß es uns allein darauf ankommt, die CDU/CSU zu schlagen.

Fragen wir nach der Ursache unserer Engherzigkeit bei der Auslegung der drei Fragen, so möchte ich klar aussprechen: Sie liegt darin, daß wir noch nicht fest und kontinuierlich genug

davon ausgehen, daß die Hauptaufgabe darin besteht, dafür einzutreten, daß vom Boden der Bundesrepublik kein neuer Krieg ausgeht und eine demokratische Entwicklung durchgesetzt wird und daß dabei die Masse der Sozialdemokratie eine große Rolle spielt. Das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten ist eine Lebensfrage. Es ist entscheidend dafür, wie es gelingt, alle Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes für die Lösung dieser Aufgabe zusammenzuführen.

Ich möchte diesen Teil meiner Ausführungen über die Führung des Wahlkampfes nicht abschließen, ohne vor der gesamten Partei klarzumachen, welche Erfolge wir dabei doch erzielt haben. Es ist in nicht geringem Maße das Verdienst unserer Partei, wenn viele der fast 14 Millionen Wähler, die gegen die CDU/CSU stimmten, in ihrer Wahlentscheidung davon ausgingen, daß die Bundesrepublik eine neue Politik, eine deutsche Politik braucht. Wenn auch die Auffassungen hierüber noch nicht einheitlich sind, so hat aber ein großes Ringen um einen realen Weg zur Lösung unserer großen nationalen Frage begonnen. Noch bedeutsamer ist aber: Mit der Klärung wichtiger Fragen sind die Bedingungen günstiger geworden für wachsende Aktivitäten

breiter Volksmassen. Dieses Neue kommt vor allem deutlich zum Ausdruck in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratischen Partei und, was nicht zu unterschätzen ist, in der Intelligenz, deren Rolle bedeutend gewachsen ist. Und es gibt auch keinen Zweifel darüber, daß bei erheblichen Teilen von Wählern der CDU/CSU, die durch die verlogene Wahlpropaganda irregeführt wurden, eine Erntichterung eingetreten und das Suchen nach neuen Lösungen größer geworden ist.

Wir haben in unserer Stellungnahme unmittelbar nach dem Wahlausgang gesagt, daß als einzige Partei, die mit Listen und Kandidaten an den Wahlen zum Bundestag teilnahm, nur die DFU eine wirkliche Alternative zur CDU/CSU-Politik entwickelt hat. Wir schätzen die politische Bedeutung des Auftretens der DFU sehr hoch ein und

können es nicht an dem Stimmenergebnis messen. Mit ihrer richtigen Politik und hoher Aktivität ist es der DFU gelungen, die entscheidenden politischen Fragen während des Wahlkampfes vor Wählern aufzurollen, dabei Sympathie zu gewinnen und zu einem politischen Faktor zu werden.

In der gegebenen Situation war der DFU aus objektiven Gründen ein Wahlerfolg versagt, fand ihre Politik nicht den Niederschlag in einer entsprechend großen Zahl von Wählerstimmen, da viele Wähler, die mit den politischen Auffassungen der DFU sympathisierten, ihre Stimme der SPD gaben, um einen Regierungswechsel herbeizuführen. Dabei wirkte sich außerdem die undemokratische 5-Prozent-Klausel und die Propaganda vom Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Parteien gegen die DFU aus.

Der Kurs der Regierung Erhard: Revanche und Aggression nach außen und Reaktion im Innern

II.

Genossinnen und Genossen!

Mit diesem Wahlausgang ist keine Frage gelöst, sondern vielmehr eine äußerst gefährliche Situation entstanden. Der Ernst der Situation wird durch die Zusammensetzung und das Programm der neuen Regierung Erhard bestätigt. Die Art ihres Zustandekommens beweist, daß sie zwar eine schwache, aber eine äußerst gefährliche Regierung ist. Erhard hat eine Reise in die USA und Schröder nach England angekündigt, um mit mehr Nachdruck die Forderung nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erheben. Der Kriegsminister von Hassel hat sofort nach der Regierungsbildung erklärt, daß der Kurs der Aufrüstung verschärft wird und daß die Bundeswehr durch verstärkte Aufrüstung und Ausrüstung mit Raketenwaffen zu einem schlagkräftigen Instrument der aggressiven Kriegspolitik werden soll und daß sofort mit der Aufstellung der Territorialarmee begonnen wird. Der neue Innenminister Lücke kündigte zur Absicherung dieser Politik und zur Abstützung dieser Regierung der extremen Kreise des Monopolkapitals

als seine erste Aufgabe die Durchsetzung der Notstandsgesetze an. Bundesjustizminister wurde der Salazar- und Franco-Freund Jaeger, der sich in voller Offenheit für den Abwurf von Atombomben auf Dresden und Leipzig aussprach und der mit der Verschärfung der politischen Gesinnungsjustiz alle Gegner einer demokratischen und friedliebenden Politik terrorisieren will. Der reaktionäre sozialpolitische Kurs wurde bereits eingeleitet durch die Einsetzung eines besonderen Ministerausschusses, der durch die Kürzung der Sozialausgaben des Bundes genügend Mittel für die Finanzierung der Rüstung bereitstellen soll.

Jetzt tritt das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus noch deutlicher in Erscheinung. Es geht um den höchstmöglichen Profit für das Rüstungskapital und für die Sicherung des Macht Einflusses dieser Kräfte nach innen und nach außen. Und dafür soll das werktätige Volk bluten. Wenn Erhard in seiner Rede sagt, daß er die wirtschaftliche Entwicklung und die Lage der Staatsfinanzen nicht ohne Sorge betrachten kann, dann frage ich:

Wer ist dafür verantwortlich? Wer sind die Gestalter dieser Wirtschaft? Wie lange regiert denn schon die CDU/CSU? Die Antwort ist nicht schwer zu geben. In der Regierungszeit der CDU/CSU ist ein Konzentrationsprozeß des Kapitals vollzogen worden, wie es ihn noch nie in Deutschland gab. In der Zeit von 1955 bis zu diesem Jahre sind die Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt von 19,9 auf 35 Prozent gestiegen, während im gleichen Zeitraum die Ausgaben für das Gesundheitswesen, für das Sozialwesen, einschließlich des Sports, von 48,6 auf 28,1 Prozent zurückgegangen sind. Die Milliardengevinne in den Händen einiger weniger Monopole sind gewachsen, während breite Volksmassen immer mehr schutzen mußten und ihr Anteil an den Ergebnissen ihrer schweren Arbeit gesunken ist. Wenn Erhard die Inflation beschwört, dann sind daran nicht die

Werktäglichen schuld und schon gar nicht die Gewerkschaften, sondern er und das monopolkapitalistische System, das er vertritt.

In der zweiten Regierung Erhard ist der Einfluß der reaktionärsten Scharfmacher gewachsen. Der Regierungskurs lautet: Revanche und Aggression nach außen und Reaktion im Innern. Es sollen die Weichen gestellt werden auf eine Notstandsdiktatur, in der sich die faschistischen Tendenzen immer mehr verstärken. Erhard, Barzel und andere CDU/CSU-Politiker haben offen erklärt, daß es jetzt für sie in erster Linie darauf ankommt, "eine andere innenpolitische Qualität" zu schaffen. Darum die Beseitigung des Grundgesetzes, das mit seinen wichtigsten Bestimmungen die aggressivsten Monopole bei der Durchsetzung ihrer Aggressionsabsichten stört.

Erhard will neue Vorkriegsperiode einleiten

Wir stehen heute in der Welt vor der Tatsache, daß der amerikanische Imperialismus die Hauptkraft der internationalen Reaktion und Aggression ist. Die Johnson-Doktrin sagt eindeutig, daß der USA-Imperialismus sich anmaßt, überall in die inneren Angelegenheiten der Völker einzugreifen, wo sich die Völker gegen Imperialismus, für Frieden, Fortschritt und nationale Unabhängigkeit entscheiden. Der USA-Imperialismus fühlt sich als Weltgendarm gegen alle freiheitlichen Bewegungen der Völker in der Welt.

Erhard hat in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, daß der westdeutsche Imperialismus sich darum als Hauptverbündeter der USA betrachtet, um seine Vorherrschaftspläne über Europa zu verwirklichen, um seine Expansionsbestrebungen, die vor allem gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder gerichtet sind, zu verwirklichen. Wenn Erhard erklärt, die Nachkriegszeit sei beendet, so antworte ich: Erhard will eine neue Vorkriegsperiode einleiten. Wenn Erhard in seiner Regierungserklärung sagt, wir nehmen dabei in Kauf, als Störenfried zu gelten, dann unterstreicht das unsere Feststellung, daß die bei uns herrschenden Kreise die Bundesrepublik zum Hauptzentrum der Reaktion und

der Kriegsgefahr in Europa gemacht haben. Es gibt ein Komplott zwischen den aggressiven Kreisen der USA und der Bundesrepublik, das sich sowohl gegen die sozialistischen Länder als auch gegen die demokratischen und Sicherheitsinteressen der europäischen Völker sowie gegen die nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker und die jungen Nationalstaaten richtet. Dieses Komplott ist unvereinbar mit den nationalen Lebensinteressen unseres Volkes. Es ist unmöglich, daß sich auf dieser Grundlage ein Leben in Frieden und Sicherheit für unser Volk und eine glückliche Perspektive für die Jugend aufbauen läßt.

Diese zunehmende Aggressivität ist jedoch keineswegs ein Ausdruck der Stärke der westdeutschen Imperialisten, sondern bringt die wachsende Abenteuerlichkeit ihrer Politik zum Ausdruck. Es ist offensichtlich, daß mit ihrer Politik die Widersprüche im Innern und nach außen wachsen. International geraten sie damit immer mehr in die Isolierung und im Innern kündigen sich harte Auseinandersetzungen gegen den friedensgefährdenden, sozialreaktionären und undemokratischen Kurs der Regierung an. Das geht schon hervor aus der Reaktion der Gewerkschaften, des Bauernverbandes, der Verbraucherverbände, der Mieter-

organisationen und anderer Organisationen auf die Regierungserklärung.

Erhard und die Führer der CDU/CSU haben während des Wahlkampfes behauptet, es gehe ihnen um Deutschland. Die Regierungserklärung macht es deutlich, daß es den deutschen Imperialisten und ihrer Hauptpartei, der CDU/CSU, nicht um Deutschland geht. Ihnen ging es noch nie um die Sicherheit und um das Ansehen unseres Volkes. Warum wollen sie Atomwaffen? Warum wollen sie Notstandsgesetze? Warum annullieren sie alle Wahlgeschenke? — Das Motiv ihres Handelns ist das rücksichtslose Profitstreben, die

Sicherung ihrer Macht über die arbeitenden Menschen und die Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches auf andere Gebiete. Wenn man das Erhardtsche Regierungsprogramm exakt ausdrücken will, dann braucht man nur die Worte des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. R. Schneider zu nehmen, der unumwunden erklärte:

„Die Unternehmer unterscheiden sich von allen anderen Gruppen der Gesellschaft dadurch, daß das Gewinnstreben Motiv ihres Handelns ist und sein muß.“

CDU/CSU strebt nach Atomwaffen

Die CDU/CSU erklärt, nur aus Gründern der Sicherheit und nationaler Gleichberechtigung fordere sie Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Unsere Sicherheit ist nicht gewährleistet durch Aufrüstung und Verfügungsgewalt über Atomwaffen, sondern allein durch eine Politik des Friedens, der Verständigung und der Abrüstung. Die neue Erhard-Regierung begann ihre Amtstätigkeit damit, zu erklären, daß sie alles tun will, um das Zustandekommen eines Vertrages über die Nichtausbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Wir antworten: Es entspricht dem Sicherheitsinteresse unserer ganzen Bevölkerung, mit Entschiedenheit dafür einzutreten, daß ein solcher Vertrag zustande kommt, denn er wäre ein bedeutsamer Beitrag zur Entspannung in der Welt und in Europa. Niemand hätte einen größeren Nutzen von einem solchen Vertrag als unsere Bevölkerung. Die Bundesregierung aber gab mit ihrer Haltung zu erkennen, daß ihr erstes Streben darauf gerichtet ist, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen oder sie gar selbst zu besitzen.

Der amerikanische Professor Kahn, der im Auftrage des Kriegsministeriums der USA Studien über den möglichen Verlauf eines atomaren Krieges verfaßt, geht davon aus, daß dieser Krieg in Deutschland mit dem Überschreiten der Grenzen der DDR durch die Bundeswehr ausgelöst und von Seiten der Bundeswehr mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen begonnen wird. Das heißt: Selbst die engsten Verbündeten der Bundesregierung rechnen

damit, daß die Gefahr eines Krieges und des Atomkrieges in Europa vom Boden der Bundesrepublik ausgeht.

Die Atompolitiker in Bonn sagen, sie seien gegen einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, weil dieser auf Kosten der Wiedervereinigung ginge. Wahr ist jedoch, daß die Mitverfügung über Atomwaffen für die Bundeswehrgenerale unmittelbar entsprechende Gegenmaßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages zur Folge haben. Ich stelle die Frage: Wie stellt sich die Bundesregierung die Wiedervereinigung mit Atomwaffen vor? Der Griff nach Atomwaffen ist ein unüberbrückbares Hindernis für die Wiedervereinigung. Wenn Erhard in seiner Regierungserklärung sagt, daß er gegen ein System von Abrüstungs-, Entspannungs- oder Sicherheitsmaßnahmen in Europa sei, dann bekundet er damit, daß er der Kanzler gegen die Wiedervereinigung Deutschlands ist.

Auf unsere Kosten allein und ausschließlich geht die Bonner Atompolitik, während ein Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen ein Schritt zur Entspannung der Lage in der Welt und in Europa wäre und dazu die Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern würde. Warum kann die Bundesregierung zumindest in einer so entscheidenden Frage wie der Atomrüstung nicht soviel Vernunft und Verantwortung für unser Volk aufbringen, wie die Regierung der DDR und ebenso wie sie erklären, daß sie zur Unterzeichnung eines Vertrages über die

Nichtweitergabe von Atomwaffen bereit ist?

Die reaktionärsten Kräfte in Bonn sprechen von der Einkreisung der Bundesrepublik, um vor der Bevölkerung zu erklären, wir brauchen um unserer Sicherheit willen eine starke Armee, ausgerüstet mit Atomwaffen. Unserer Bevölkerung droht keinerlei Einkreisung, denn die Völker Europas wollen Frieden und Verständigung. Was die Bundesrepublik aber von anderen Völkern in Ost- und Westeuropa mehr und mehr isoliert, das ist gerade das Drängen nach Atomwaffen, verbunden mit dem Anspruch auf Veränderung der bestehenden Grenzen. Die Gefahr der Isolierung abwenden erfordert, das Streben nach Atomwaffen aufzugeben und die bestehenden Grenzen anzuerkennen.

Um an Atomwaffen heranzukommen, setzen die reaktionärsten Kräfte in erster Linie auf die Schaffung einer Atomachse Bonn—Washington. Ohne Zweifel sind solche Kräfte in den USA, wie die Generale des Pentagon, die

Für eine deutsche Sicherheitspolitik

Deutsche Politik aber ist, durch die Minderung der Spannungen, durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und durch Abrüstung unserem Volk Sicherheit zu geben. Sicherheit wird unserem Volk gewährleistet, indem beide deutsche Staaten auf die Anwendung von Gewalt verzichten und den Gedanken des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages unterstützen. Die Gewährleistung der Sicherheit für unsere Bevölkerung hängt aufs engste mit der Sicherheit für alle europäischen Völker zusammen. Darum findet neuerdings in allen europäischen Ländern der Gedanke einer europäischen Sicherheitskonferenz, immer stärkeren Widerhall.

Wer sich von einer deutschen Sicherheitspolitik leiten läßt, der müßte doch das größte Interesse am Zustandekommen eines europäischen Sicherheitssystems besitzen, das alle europäischen Völker vor einem nicht provozierten Angriff schützt, jeden Angriffskrieg ächtet und jedem Aggressor deutlich macht, daß er von vornherein auf den

Strategen des Vietnam-Krieges bereit, die Generale der Bundeswehr an den Atomdrücker heranzulassen. Die Generale des Pentagon und die amerikanischen Rüstungsmillionäre verfolgen damit aber ganz andere Ziele als die Gewährleistung unserer Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wollen die Aufrechterhaltung ihrer Machtpositionen in Europa, die Sicherheit ihrer Profitinteressen und die Durchsetzung ihrer eigenen aggressiven Ziele. Dabei haben sie auch den Gedanken, daß im Fall eines Atomkrieges die Bundesrepublik die Gegenschläge der Atomraketen auf sich zieht in der Hoffnung, dadurch die USA selbst zu schonen. Das ganze Gerede vom lokalen Krieg, geführt mit taktischen Atomwaffen, geht von der Spekulation aus, man könne solche Kriege in Deutschland und anderswo führen und dabei den Einsatz der großen strategischen Waffen, durch die auch die USA zerstört werden, vermeiden. Mit einer deutschen Sicherheitspolitik hat so etwas sicher nichts zu tun.

und ein europäisches Sicherheitssystem

geschlossenen Widerstand aller anderen Länder stößt.

Es ist bekannt, daß 1969 der jetzt bestehende NATO-Vertrag ausläuft. Auch ist bekannt, daß die französische Regierung den Gedanken erwägt, die NATO in dieser Form nicht mehr zu dulden, weil in Frankreich selbst bis zu de Gaulle hin die Gefahr der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus mit all seinen Folgen auch für das französische Volk gesehen wird.

In ähnlicher Weise gibt es Überlegungen in England, Belgien und in den skandinavischen Ländern. In Norwegen hat sogar eine bürgerliche Partei eine Volksabstimmung über den Austritt aus der NATO vorgeschlagen. Ähnliches entwickelt sich in Dänemark. Die Völker befürchten, über die NATO durch die deutschen Imperialisten in einen Krieg hineingezogen zu werden.

Als im Auftrage der amerikanischen Imperialisten die NATO geschaffen wurde, hat die Bonner Regierung unter Adenauer erklärt, durch diesen NATO-Vertrag wird die Bundesrepublik Si-

cherheit bekommen. Adenauer erklärte damals, durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO wird die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit erfolgen. Tatsache ist aber, daß durch die NATO die deutschen Imperialisten und Militaristen eine starke Militärmacht aufgebaut haben, die nicht zum Schutze der Bundesrepublik, sondern zur Aggression gegenüber anderen Völkern gedacht ist. Durch die NATO ist die Wiedervereinigung Deutschlands nicht herbeigeführt, sondern verhindert worden. Und wir erklären ganz offen, daß durch diese NATO die deutschen Imperialisten

imperialisten mit den amerikanischen Imperialisten einen neuen Krieg in Europa vorbereiten wollen. Aus dem Bestehen der NATO ist für die deutschen Interessen nichts Gutes herausgekommen. Darum schlägt die KPD vor, daß der NATO-Vertrag nicht verlängert wird und daß an seiner Stelle ein System kollektiver Sicherheit in Europa geschaffen wird, an dem sich alle europäischen Völker beteiligen. Ein solches europäisches Sicherheitssystem würde gleichzeitig neue Möglichkeiten für die Lösung unseres nationalen Anliegens, der Wiedervereinigung Deutschlands, schaffen.

Politik der Verständigung und Gewaltverzicht — realer Weg zur Wiedervereinigung

Einige Scharfmacher in Bonn erklären ganz offen, daß es nach ihrer Auffassung besser sei, mit Schritten zur Wiedervereinigung zu warten, bis das militärische Kräfteverhältnis durch die atomare Aufrüstung der Bundeswehr sich zugunsten des Westens verändert hat. Jede dieser Spekulationen ist unreal und äußerst gefährlich. Die Reise der Regierungsdelegation der DDR in die Sowjetunion, das anschließende Kommuniqué und das gemeinsame Manöver „Oktobersturm“, an dem sich Angehörige der Armeen der DDR, der Volksrepublik Polen, der Sowjetunion und der CSSR beteiligten, haben gezeigt: Hinter der DDR steht die gesamte Macht des sozialistischen Lagers. Die „Wiedervereinigungspläne“ der Strauß, Guttenberg und anderer Scharfmacher sind in Wahrheit Pläne des nationalen Selbstmords. Deutsche Politik aber ist, einen Beitrag zu leisten für eine weltweite Entspannung, denn es gibt keine erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik ohne Schritte zur Entspannung und Abrüstung.

Jede erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik muß von der realen Lage in Deutschland ausgehen. Wer heute noch die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten negiert und, wie die Bundesregierung, den Anspruch auf Alleinvertretung proklamiert, kann keinen Weg zur Wiedervereinigung finden. Die Wiedervereinigung Deutschlands zu vollziehen, indem der eine Staat den anderen erobert, ist unmöglich. Wer sich wie die Bundesregierung ein solches Ziel stellt, führt unsere Bevölke-

rungr nicht in ein einheitliches Vaterland, sondern in Bruderkrieg und selbstmörderische Vernichtung.

Eine reale deutsche Wiedervereinigungspolitik muß davon ausgehen, daß die Überwindung der Spaltung Deutschlands ein langer Prozeß ist, da die beiden deutschen Staaten sich durch eine ganze Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung unterscheiden. In jedem Falle aber steht am Beginn des Wiedervereinigungsprozesses der Verzicht auf die Anwendung der Gewalt des einen gegen den anderen Staat. Wir sind darum auch für eine Politik der kleinen und mittleren Schritte auf dem Wege zur Wiedervereinigung.

In der neuen Bundesregierung haben diejenigen Kräfte an Einfluß gewonnen, die gegen die Politik der kleinen und mittleren Schritte sind, weil sie jede Entspannung fürchten und weil sie größere Schritte in Richtung einer Verschärfung der Lage und Provokationen wollen. Darum wenden sich diese Leute gegen die Verlängerung des Passierscheinabkommens zwischen der DDR und dem Senat von Westberlin. Wenn Herr Mende von der Fortsetzung seiner Politik der kleinen und mittleren Schritte spricht, so sind solche nur dann realistisch, wenn sie verbunden sind mit dem Verzicht auf jede Form der atomaren Aufrüstung und dem ständigen Bemühen um Entspannung, um Abbau der Atmosphäre des kalten Krieges, für eine Aussöhnung sowie Vereinbarung über kontrollierte Abrüstungsmaßnahmen.

Eine deutsche Politik verlangt den Abbau der Atmosphäre des kalten Krieges und die Schaffung einer neuen Atmosphäre des Miteinandersprechens und der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten. Damit würden günstige Voraussetzungen geschaffen für die Entwicklung breiter Kontakte menschlicher Beziehungen, der gegenseitigen Aussprache, des unvoreingenommenen Studiums der Verhältnisse und des Einandernäherkommens der Menschen in beiden deutschen Staaten. Nur auf einem solchen Wege kann sich der nationale Zusammenhalt festigen. Durch Haßpropaganda, durch Vorfälle wie in Oberhausen und Nürnberg, wo junge Menschen aus der DDR von der Polizei festgenommen und abgeschoben wurden, wird der Graben auch in den Beziehungen der Menschen untereinander vertieft.

Als die Regierung der DDR mit dem Westberliner Senat das Passierscheinabkommen abschloß, wurde das auch von der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik als ein segensreicher

Schritt begrüßt. Warum kann man auf solchem Wege nicht weitergehen? Soll man auf alle Möglichkeiten der Annäherung, die sich aus einer Entspannung der Lage ergeben, verzichten, nur weil die Strauß, Barzel und von Hassel statt einer Politik der Schritte zur Verständigung Schritte zum Atomkrieg gehen wollen? Wenn man den Weg zu Verständigung aber weitergeht, dann ergibt sich auch die Möglichkeit zur Bildung gesamtdeutscher Kommissionen. Wer könnte bestreiten, daß ein friedlicher Wettbewerb sich zur zum Nutzen der Bevölkerung beider deutscher Staaten auswirken kann. Das ist die konkrete Form der Anwendung der Politik der friedlichen Koexistenz auf die Verhältnisse in Deutschland. Dieses friedliche Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten und ihr Wettbewerb untereinander erleichtern das Zustandekommen einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten und die schließlich Wiedervereinigung zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland.

Wie soll es in der Bundesrepublik weitergehen?

III.

Genossinnen und Genossen!

Wenn man die Frage stellt, wie soll es in der Bundesrepublik weitergehen, dann ist die Antwort, alles darauf zu konzentrieren, die atomare Bewaffnung, die Notstandsgesetzgebung und einen neuen Faschisierungsprozeß in der Bundesrepublik zu verhindern. Das sind die Kernfragen für die gesamte Arbeiterbewegung, für alle friedliebenden und progressiven Menschen.

Ich habe bei der Charakterisierung der neuen Regierung schon darauf hingewiesen, daß der Regierungskurs auf die Verschärfung des Angriffs gegen die demokratischen Rechte und auf die Entwicklung faschistischer Methoden gerichtet ist. Das und nichts anderes verstehen sie, wenn eine „neue innenpolitische Qualität“ schaffen wollen.

Offen haben die Sprecher der CDU/CSU, solche Scharfmacher wie Adenauer und Strauß ausgesprochen, daß sie mit dem Grundgesetz ihre Politik und ihre Herrschaft nicht länger sichern können, daß ihr Ziel darin be-

steht, unter dem Namen einer Verfassungsreform das Grundgesetz faktisch außer Kraft zu setzen und ihre offene Diktatur zu errichten. Nur so und nicht anders kann man Erhards „formierte Gesellschaft“ verstehen. Das kam auch in seiner Regierungserklärung klar zum Ausdruck. Anknüpfend an die Hitlersche Volksgemeinschaftsideologie soll den Arbeitern das Recht der Vertretung ihrer Klasseninteressen genommen und allein die Profitinteressen der großen Monopole im Betrieb, im Staat und in der Gesellschaft für die Politik der Regierung bestimmend sein. Die ganze Kraft der Nation, ihre Reichtümer, die menschliche Arbeitskraft sollen zusammengefaßt und in den Dienst der Rüstung und der Kriegsvorbereitung für die revanchistischen Ziele der Monopole und Militaristen gestellt werden. Zu diesem Zweck sollen alle demokratischen Rechte des Volkes beseitigt und die Gesellschaft „formiert“ werden.

Mit dieser Einschätzung der von Erhard verkündeten und von dem

CDU-Parteitag beschlossenen Plan für eine „formierte Gesellschaft“ stehen wir nicht allein. Die von der SPD herausgegebene Zeitschrift „Geist und Tat“ schreibt z. B., daß der von Erhard geforderte „geschlossene Leistungswille der Gesellschaft“ zum letzten Male für Hitlers totalen Krieg mobilisiert wurde. Die Ideen Erhards entspringen offensichtlich den Ideen des Faschismus.

Zu den Plänen der CDU/CSU und ihrer Regierung gehört darum eine sogenannte Wahlrechtsreform, eine Parlamentsreform, die Aufnahme der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft, d. h. der gegenwärtigen staatsmonopolistischen Ordnung, ins Grundgesetz. Und vor allem die Verabschiedung der noch ausstehenden Notstandsgesetze, insbesondere der Notstandsverfassung und des Zivildienstgesetzes.

Jetzt nach den Bundestagswahlen weichen die Phrasen von der „Sozialpartnerschaft“ den offenen Kampfsaggen an die Gewerkschaften. So beschimpft im Springer-Organ „Die Welt“ der nazistische Wirtschaftsexperte Fred Zimmermann die Gewerkschaften als verfassungsfeindlich.

Volkseinheit für Schutz der Verfassung und gerechte Friedensordnung

In dieser Lage steht vor uns als erste Aufgabe, der Arbeiterklasse und allen Werktätigen bewußt zu machen, was auf sie zukommt, wenn es nach dem Willen der herrschenden Kreise geht. Das zweite ist, daß wir in all unseren politischen Maßnahmen dahin wirken, die Arbeiterklasse und die breitesten Volksschichten zu einen, um das Vorhaben der Regierung und der hinter ihr stehenden Monopole zu verhindern. Nur durch eine breite Front der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und anderer Volksschichten ist es möglich, die gegenwärtige Bundesrepublik und ihre verfassungsmäßige Ordnung vor einer neuen faschistischen Entwicklung zu schützen. Wenn eine solche Entwicklung nicht aufgehalten wird, so wächst die Gefahr für die Entfesselung eines atomaren Revanchekrieges. Es entspricht durchaus der Lage, wenn unter den Lösungen des Zentralkomitees der KPdSU zum 48. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ein

Wenn der „Industriekurier“, das Propagandainstrument der großen Monopole, die Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Mitbestimmung damit beantwortet: „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser“, dann wird klar, daß die Monopolherren wieder wie in der Hitlerzeit unter dem „Gesetz der nationalen Arbeit“ den Betrieb zum Kasernenhof für die Arbeiter machen wollen. Doch die Arbeiter und Gewerkschaften sind nicht bereit, sich mit dem gegenwärtigen Zustand abzufinden und die Pläne der Monopolherren hinzunehmen, sondern ringen, wie das Grundgesetz es fordert, um die Wahrung der Menschenwürde auch im Betrieb.

Noch zu keiner Zeit seit Bestehen der Bundesrepublik ist so deutlich geworden wie jetzt, daß die großen Monopole die Auftraggeber der Regierung sind. Jetzt erfahren die Arbeiterklasse und das Volk erneut, daß die Politik der Aufrüstung und der Vorbereitung eines Angriffskrieges unlösblich verbunden ist mit der Verschärfung des sozialreaktionären Kurses und der Beseitigung der demokratischen Rechte.

Gruß an alle Werktätigen der Bundesrepublik enthalten ist, die gegen Militarismus und die Wiedergeburt des Faschismus kämpfen.

Diese Aufgabe, die Menschen zu mobilisieren für die Erhaltung dessen, was wir jetzt besitzen, ermöglicht uns, die erforderlichen Beziehungen der Kameradschaft und der Zusammenarbeit zu allen Gewerkschaftern, zu allen Sozialdemokraten und christlichen Werktätigen herzustellen. Wir stellen die Frage der Volkseinheit für Frieden und den Schutz der Verfassung, gegen Revanche- und Kriegspolitik, für die Schaffung einer stabilen, demokratischen und gerechten Friedensordnung in der Bundesrepublik.

Ich möchte es ganz deutlich aussprechen: Wir stellen in der entstandenen Lage nicht die Frage des Kampfes zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern entwickeln unsere Strategie und Taktik von unserer Grundaufgabe her, den Krieg zu

verhindern. Das heißt, es geht in allem um die Zügelung der aggressiven Monopole und Revanchisten, um deren Zurückdrängung im wirtschaftlichen wie im gesellschaftlichen Leben, um eine friedliche und demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik durchzusetzen.

Was ich hier sage, das sind Schlußfolgerungen aus der Periode, die in Deutschland zum Faschismus führte, und aus den Beratungen des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, für die in der Bundesrepublik entstandene Lage.

Wir haben mit vollem Recht die Notstandsgesetzgebung als ein neues Ermächtigungsgesetz charakterisiert, ähnlich dem das die deutschen Imperialisten 1933 zur Sicherung ihrer Kriegspolitik in Friedenszeiten brauchten. Damit ist die Verhinderung der Notstandsgesetze ein Gebot zur Sicherung des Friedens und der Demokratie.

Die Notstandsgegner dürfen nicht warten, bis die CDU/CSU wieder in einer neuen Überraschungsaktion weitere Notstandsgesetze zur Verabschiebung bringt. Notwendig ist, daß unmittelbar auf der Grundlage der Beschlüsse, wie sie erneut auf den Gewerkschaftstagen gefaßt worden sind, die ganze Bevölkerung über den unheilvollen Charakter dieser Gesetze aufgeklärt wird mit dem Ziel, den außerparlamentarischen Kampf gegen die Durchführung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze und gegen alle weiteren, insbesondere die Notstandsverfassung, für die Erhaltung des Grundgesetzes zu organisieren. Die Regierungserklärung Erhards hat verdeutlicht, daß diese Regierung um kei-

nen Preis Notstandsgesetze in die Hand bekommen darf.

Der Vorschlag, der in den Gewerkschaften unterbreitet und der jetzt vom SDS aufgegriffen wurde, Wachsamkeitsausschüsse zu bilden, ist zweifellos ein wirksames Mittel dieses Kampfes, wenn solche Ausschüsse ihre Tätigkeit in der Öffentlichkeit aufnehmen. Eine solch breite Arbeit und die Entwicklung außerparlamentarischer Aktionen schafft zugleich auch die besten Voraussetzungen, daß sich im Bundestag keine verfassungsändernde Mehrheit für die geplanten Diktaturgesetze findet.

Auf der Sitzung der Bundestagsfraktion der SPD hat Willy Brandt erklärt, die Regierung müsse sich darüber im klaren sein, daß die Sperrminorität der SPD im Bundestag stärker geworden sei. Die SPD stehe nicht für verfassungsändernde Gesetze der Regierung auf Abruf bereit. Wir meinen, daß die Mitglieder und Funktionäre der SPD, an diesen Ausspruch Willy Brandts anknüpfend, fordern sollten, daß die SPD-Fraktion keinerlei weiteren Notstandsgesetzen ihre Zustimmung geben darf, damit diese Regierung keine Diktaturvollmachten erhält.

Wenn der sozialdemokratische „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 13. Oktober aus der Lage nach den Bundestagswahlen die Schlußfolgerung zieht, „daß der Kampf um politische und soziale Rechte weitergeführt werden muß, um unsere Demokratie im Sinne des Grundgesetzes auszubauen und zu festigen“, dann begrüßen wir eine solche Stellungnahme, weil sich auch hieraus neue Bedingungen für ein kraftvolles Zusammenwirken aller Richtungen der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften ergeben.

Die veränderte Lage und die neuen Möglichkeiten des Volkskampfes

IV.

Genossinnen und Genossen!

Die Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa hängt davon ab, ob die Politik der Revanche, der Expansion, der atomaren Aufrüstung und der Vorbereitung eines neuen Krieges von den aggressiven Kreisen der Bundesrepublik durchgesetzt werden kann oder ob sich in der Bundesrepublik starke Kräfte entwic-

keln, die durch ihren einheitlichen Kampf verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein Bruderkrieg und damit der dritte Weltkrieg ausgeht.

Was die Erhard-Regierung will, das habe ich dargelegt. Aber es steht die Frage: Ist das, was die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik wollen, unaufhaltsam oder ist es abzuwenden? Genau gesagt: Wie steht es mit dem

Kräfteverhältnis? Fast 14 Millionen Wähler haben sich gegen die CDU/CSU entschieden. Sie alle wandten sich gegen die CDU/CSU, weil sie eine andere Politik wollten, auch wenn sie noch nicht gemeinsame Vorstellungen über eine neue Politik hatten. Niemand kann bestreiten, daß auch die christlichen Werktäglichen, die der CDU/CSU ihre Stimme gegeben haben, von dem Wunsch beseelt waren, den Frieden und die demokratischen Rechte zu erhalten und ihre wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zu sichern. Welche Stärke diese Kräfte verkörpern, zeigte sich schon während des Wahlkampfes in den großen Aktionen gegen die Atomrüstung, zur Verhinderung der Notstandsverfassung und gegen die Verjährung der Naziverbrechen. In großen außerparlamentarischen Kämpfen wurde der Beweis geliefert, daß die Regierung nicht machen kann, was sie will.

Der Widerspruch zwischen der Abenteuerlichkeit der neuen Erhard-Regierung, den großen Monopolen, den Rüstungsinteressenten einerseits und der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung andererseits ist nach den Wahlen und wie sich das besonders nach der Regierungserklärung zeigt, nicht kleiner, sondern größer geworden. Die Auseinandersetzungen werden nicht schwächer, sondern umfangreicher und härter. Das ist auch die Auffassung der Gewerkschafter, vieler Sozialdemokraten, der Bauern und Vertreter der bürgerlichen Intelligenz.

Welchen wachsenden Schwierigkeiten sich die CDU/CSU selbst in den

eigenen Reihen gegenübergestellt sieht, zeigt auch die Denkschrift der Evangelischen Kirche zur Frage der revisionistischen Grenzforderungen und des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn. Aus dem Fernsehgespräch über die Frage „Deutschland für immer gespalten?“ wurde deutlich, wie nunmehr Persönlichkeiten aus den verschiedensten Lagern die unrealistische Politik der Bonner Regierung angreifen und die Forderung erheben, nicht nur die Politik gegenüber der Sowjetunion, sondern auch gegenüber der DDR zu überprüfen.

Zahlreiche Vertreter der Intelligenz, Schriftsteller, Wissenschaftler und auch immer mehr Publizisten und Journalisten bringen jetzt zum Ausdruck, daß die Bundesregierung über keine wirkliche Konzeption zur Wiedervereinigung verfügt und daß sie selbst nach wirklichen Lösungen der nationalen Frage suchen. Auch Teile der Bourgeoisie bis in bestimmte Gruppen des Monopolkapitals hinein befürworten eine Verbesserung der Beziehungen und einen Ausbau des Handels zu den sozialistischen Ländern. Alle diese Widersprüche lasten auf der neuen Regierung, wie das bereits bei der Regierungsbildung zum Ausdruck kam.

Jedoch das Wichtigste für die Veränderung der Lage in der Bundesrepublik, für die Orientierung der Volkskräfte auf die Verhinderung einer neuen nationalen Katastrophe sind die Vorgänge, die sich in der letzten Zeit in der Arbeiterklasse entwickelt haben. Sie verdienen die ganze Aufmerksamkeit dieser ZK-Tagung.

Mitbestimmungsforderungen — Kampfplattform der Arbeiter und Gewerkschaften

Mit der Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung ist eine neue Periode des Klassenkampfes in der Bundesrepublik eingeleitet. Im Kampf um das Mitbestimmungsrecht ergibt sich die Perspektive, daß die Arbeiterklasse und die friedliebenden Volksmassen sich Schritt für Schritt Positionen erobern, die sie auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung in Wirtschaft und Staat haben müssen, damit sich die Geschicke der gesamten Bevölkerung zum Guten wenden. Im Kampf um die Mitbestimmung wird

entschieden, ob die großen Monopole ihre Kriegs- und Revanchepolitik durchsetzen oder ob es gelingt, den Weg für die Verteidigung des Friedens und die Sicherung der Demokratie freizukämpfen.

Der Verlauf der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik zeigt immer deutlicher, daß die Forderung der Gewerkschaften nach Ausweitung und Ausdehnung der Mitbestimmung zu einer zentralen Kampfplattform der Arbeiter und Gewerkschaften wird. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit,

die restaurative Entwicklung seit 1945 veranlassen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften ihren Anspruch auf mehr Einfluß auf die Gestaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in der Bundesrepublik anzumelden. Dieser Kampf um Mitbestimmung wird für eine lange Zeit für den Kampf der Arbeiterklasse und die gesamte Entwicklung der Bundesrepublik bestimmend sein.

Mit dem Kampf um Mitbestimmung werden die Gewerkschaften ihrer großen Rolle und Verantwortung gerecht.

Christliche Arbeiterschaft und Mittelstand

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse dient auch in vollem Ausmaß den Interessen der Bauern, der Handwerker und dem Mittelstand und eröffnet damit die Möglichkeit, diese bedeutsamen Schichten der Bevölkerung im gemeinsamen Kampf für das Mitbestimmungsrecht zusammenzuschließen. Das Zusammengehen von Gewerkschaftern mit den besten Repräsentanten des Geisteslebens im Kampf gegen die Notstandsgesetze beweist dies. Das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse bezieht sich nicht nur auf das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch den beträchtlichen Anteil der christlichen Arbeiterschaft, deren Gros ebenfalls im DGB organisiert ist, und die die gleichen Ziele verfolgen wie die anderen Mitglieder des DGB. Es bietet sich hier die Möglichkeit — unterstützt von diesen christlichen Arbeitern — auch innerhalb der CDU/CSU den Kampf gegen deren reaktionäre Politik zu führen. Das zeigt auch die Stellungnahme des Paters Nell-Breuning, der sich für das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften aussprach.

Die Forderung der IG Metall und anderer Gewerkschaften, die Atomrüstung und Notstandsgesetzgebung zu verhindern und eine eigene Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik durchzusetzen, eine Politik der Entspannung und der Verständigung zu fördern, steht in engem Zusammen-

Indem sie dabei ihre eigenen Positionen stärken und gleichzeitig allen werktätigen Schichten der Bevölkerung dienen, ziehen sie die richtige Schlüssefolgerung aus den geschichtlichen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung. Alle Lebensfragen der neuen Zeit, besonders auch die Fragen, die sich für die Arbeiterklasse aus der technischen Revolution ergeben, sind nur im Interesse des Volkes zu lösen, wenn die Gewerkschaften auf betrieblicher und staatlicher Ebene ihr Mitbestimmungsrecht durchsetzen.

hang mit der Mobilisierung der Gewerkschaften und breiterer Volkschichten für diese Forderungen und für die Durchsetzung ihres Mitbestimmungsrechtes.

Diese antimonopolistische Plattform, die auf den Gewerkschaftstagen und im DGB-Grundsatzprogramm sowie im Aktionsprogramm sichtbar ist, ist das Ergebnis der Erfahrungen und des Kampfes vieler tausender Gewerkschafter, Sozialdemokraten und christlicher Arbeiter. Es ist das Resultat der Diskussionen in Vertrauensleute- und Vertreterversammlungen, die in zahlreichen Anträgen verarbeitet und in denen richtige klassenmäßige Schlüssefolgerungen gezogen werden. Wenn die fortschrittlichen Gewerkschaftsbeschlüsse zustandegekommen sind, so ist das das Ergebnis des Zusammenwirkens von Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen Werktätigen. Ich betone das darum, weil sich hieraus das Erfordernis ergibt, die neuen Möglichkeiten für dieses Zusammenwirken im Kampf um die Mitbestimmung und um die Verbesserung der sozialen Leistungen voll zu nutzen.

Die Alternative zur Notstandsgesetzgebung ist die Sicherung des Grundgesetzes und die Durchsetzung der Mitbestimmung der Arbeiter und der Gewerkschaften in Betrieb, Wirtschaft und Staat, auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.

Kampfkraft und Unabhängigkeit der Gewerkschaften stärken!

Die großen Monopole und ihre Regierung haben eine große Verleumdungskampagne gegen die Gewerkschaften und ihre leitenden Funktion-

näre wegen der Forderung auf Mitbestimmung eingeleitet. Sie verfälschen den Sinn der Mitbestimmung, wollen die Menschen schrecken, als ob die Ge-

werkschaften die wirtschaftliche Sicherheit untergraben wollten. Sie schwätschen von einer Gewerkschaftsdiktatur und ähnlichem Unsinn. Sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß ihre Allmacht, die Konzentration des Vermögens in immer weniger Händen auch nur in bescheidenem Maße kontrolliert und angetastet wird. Sie fürchten, daß die Arbeiter hinter die Kulissen schauen, Einblick bekommen über das Ausmaß ihrer Gewinne, daß sie Einfluß nehmen könnten gegen die Rüstungsproduktion, aus der die Monopole die größten Profite schöpfen. Sie fürchten, daß die Arbeiter und Gewerkschaften bei einem Mitspracherecht in den Betrieben Vorschläge machen könnten, die sich gegen die maßlose Ausbeutung richten und den werktätigen Menschen zugute kommen.

Hinter dieser ganzen Verleumdungskampagne gegen die Gewerkschaften steckt die Absicht, mit den Notstandsgesetzen und anderen Maßnahmen die Gewerkschaften an die Kette zu legen, um die Kriegspolitik der großen Monopole zu sichern. Die Gewerkschaften waren schon immer der Monopolbourgeoisie ein Dorn im Auge. Darum wendet sie sich nicht nur gegen das Mitbe-

stimmungsrecht, sondern sieht in den Gewerkschaften auch eine unmittelbare Gefahr für die Sicherung und Erweiterung ihres Profits. Ich sage das besonders im Zusammenhang damit, weil für die kommende Zeit große Lohnkämpfe unausbleiblich geworden sind. Mit Ausnahme von Bayern laufen in allen Bundesländern die Lohntarifverträge in der metallverarbeitenden Industrie zum Jahresende aus und andere Gewerkschaften bereiten sich ebenfalls auf Lohnkämpfe vor.

Wir unterstützen darum mit all unseren Kräften die Gewerkschaften, die sich der Verleumdungskampagne der Monopole und der Regierung entgegenstellen. Wir Kommunisten sehen unsere größte Aufgabe darin, mit den Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Arbeitern eine breite Aufklärungsarbeit über das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben durchzuführen und daß entsprechende Beschlüsse gefaßt werden, wie dieses Mitbestimmungsrecht Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt werden kann. Ebenso stellt sich unsere ganze Partei in den Dienst der Gewerkschaften und der Arbeiter für die Durchsetzung der berechtigten Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Die Diskussion in der SPD und unsere Politik der Aktionsgemeinschaft

Für die Sicherung des Friedens, die Verhinderung des atomaren Revanchekrieges, für den Schutz der Verfassung und die Erhaltung der sozialen Errungenschaften tragen die Kommunisten und Sozialdemokraten die größte Verantwortung. Vom Zusammenwirken der Kommunisten und Sozialdemokraten für diese Fragen hängt es vor allem ab, ob es in der Bundesrepublik gelingt, ein kraftvolles Zusammenwirken aller demokratischen und friedliebenden Kräfte zu erreichen. Um zu einer regen Diskussion und zu einem engen Vertrauensverhältnis zu den Sozialdemokraten zu kommen, ist es unerlässlich, daß wir Kommunisten stets so auftreten, daß wir dabei das Ohr unserer sozialdemokratischen Genossen finden.

Schon weit vor den Bundestagswahlen beteiligten sich Sozialdemokraten, vor allem junge, an den Aktionen gegen atomare Aufrüstung und Notstandsgesetze. Während der Bundes-

tagswahlen konnten wir feststellen, daß viele Sozialdemokraten daran zweifelten, daß die Politik von Wehner und Erler richtig ist. Es ist uns bekannt, daß Wehner und Erler allen Zweiflern an ihrer Politik, vor allem jenen, die in den Gewerkschaften waren, erklärten: Halten jetzt Ruhe, hört auf mit eurer Opposition gegen uns, denn sonst erschwert ihr den Wahlsieg unserer Partei.

Aber nach den Wahlen war es durchaus verständlich, daß in der SPD in zunehmendem Maße eine Diskussion darüber begann, warum das so greifbare Nahziel, wälderstärkste Partei zu werden, nicht erreicht werden konnte. Auf der Kundgebung der SPD in Dortmund zur Eröffnung des Wahlkampfes stand im Mittelpunkt die Lösung: „Wir sind dem Sieg zum Greifen nahe.“ Aber im Ergebnis der Wahl stellte sich heraus, daß der Vorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD im Vergleich zum Jahre 1961 gewachsen war. Mit

vollem Recht stellen die Mitglieder der SPD die Frage, wie war das möglich trotz der objektiv günstigen Lage für unsere Partei. Und nicht wenige antworten heute, daß die entscheidende Ursache dafür, daß die SPD ihr Ziel nicht erreichen konnte, darin liegt, daß die Politik der Gemeinsamkeit der Wehner und Erler Schiffbruch erlitten hat. Wenn man das durchaus mögliche Ziel nicht erreicht hat, so ist das eine Niederlage der Wehner-Erler-Politik, und mit dieser Politik wird man auch in Zukunft nur der CDU/CSU nutzen.

Jetzt möchte Wehner die Tatsache verschleiern und eine grundlegende Diskussion darüber in der Partei verhindern. Vor dem SPD-Bezirksausschuß Weser/Ems sagte er: „Ich gehöre nicht zu denen — damit wir uns gleich richtig verstehen —, die Freude daran haben, daß wir das Schauspiel des Wundenleckens bieten. Ich sehe auch gar keinen Grund dazu.“ Er fügte seltenen Worten sogar hinzu: „Wenn wir heute einen neuen Wahlkampf machen würden, könnten wir uns auch nicht anders verhalten als im vergangenen Bundestagswahlkampf.“

Dem gegenüber steht nicht nur die Meinung der breiten Mitgliedschaft der SPD, sondern auch die Auffassung von Willy Brandt, dem Vorsitzenden der SPD, der vor dem SPD-Bezirksausschuß Franken erklärte, daß die Politik der SPD in mancher Hinsicht einer selbstkritischen Überprüfung bedürfe und daß man dazu übergehen müsse, eine solide Alternative zur Regierungspolitik zu entwickeln.

Aus zahlreichen Aussprachen, die es in jüngster Zeit zwischen Sozialdemokraten und unseren Genossen gegeben hat und aus Veröffentlichungen sozialdemokratischer Publikationsorgane geht hervor, daß es gegenwärtig eine Diskussion in der SPD gibt, die unsere volle Beachtung verdient.

Im Kern der jetzigen Diskussion in der SPD geht es nicht nur um einzelne taktische Varianten der bisherigen Politik, sondern um die berechtigten Fragen: Hat sich der Kurs der Gemeinsamkeit, der Anpassung an die CDU nicht als falsch erwiesen? Hat nicht der Verzicht auf eine Alternative den Wahlerfolg der CDU/CSU begünstigt? Wie soll eine selbständige, konstruktive Politik der SPD aussehen?

So erklärte der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Frankfurt/Main, Möller, am 28. Oktober 1965 auf einer Delegiertenkonferenz des Unterbezirks: Man müsse vielmehr für Entspannung und Abrüstung tun. Er forderte seine Partei auf, Abrüstungsvorschläge zu entwickeln. Nur über Abrüstungsinitiativen komme man der Sicherung des Friedens und Wiedervereinigung näher. Nach Möllers Ansicht ist die NATO gescheitert. Deshalb müsse man eine neue Politik entwickeln. In diesem Zusammenhang wandte er sich auch gegen eine große Koalition zwischen der SPD und CDU. Sie sei gänzlich undiskutabel, weil man nicht mit den Leuten zusammengehen könne, deren Politik gescheitert sei. In der Vergangenheit habe man jedoch den Eindruck gehabt, als wolle die SPD nach der Maxime handeln: Wir wollen das schlechte Ergebnis der CDU-Politik mitverantworten.

Der bekannte hessische Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär Philipp Pleß forderte, die Partei müsse sich mehr nach links entwickeln. Er verlangte vor allem eine Annäherung an die Gewerkschaft und sprach sich scharf gegen jegliche Notstandsgesetzgebung aus.

Auch andere Sprecher der Unterbezirkskonferenz der SPD in Frankfurt wandten sich gegen die Gemeinschaftspolitik der CDU und forderten stattdessen die Gemeinsamkeit mit den Gewerkschaften.

Die außerordentliche Landeskonferenz der Bremer Jungsozialisten, die am 23. Oktober stattfand, faßte zum bevorstehenden Bundeskongreß der Jungsozialisten eine Entschließung, in der sie klare Alternativen zur Regierungspolitik fordern. Nach ihrer Meinung gehören hierzu u. a.:

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten;

Erarbeitung eines neuen „Deutschlandplanes“ zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands (dabei möglicherweise geprüft werden, ob auch die Kontaktaufnahme zu staatlichen Stellen der SBZ bis zur Münsterbene ein geeignetes Mittel ist, das Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands zu verhindern);

Versagen der Verfügungsgewalt über Atomwaffen;

Forderung eines wirksamen Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ...

Größere Möglichkeiten für gemeinsames Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten

Nicht wenige sozialdemokratische Genossen üben an dem von Wehner und Erler praktizierten Kurs der Anpassung an die CDU auch deshalb Kritik, weil er selbst von wichtigen Forderungen des Godesberger Programms abweicht. So wird im Godesberger Programm erklärt: „Eine umfassende gesetzliche Neuregelung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts im Rahmen einer grundlegenden Reform des Unternehmerrechts anzustreben. Durch diese Reform muß die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die Montan-Union hinaus auf alle Großunternehmen ausgedehnt werden.“ Die positive Haltung zum Grundgesetz, wie sie im Godesberger Programm formuliert ist, schließt die Zustimmung zu verfassungsändernden Notstandsgesetzen aus. Auch die im Godesberger Programm geforderte europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung sowie die Feststellung, daß die Bundesrepublik atomare Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden darf, stehen im Widerspruch zu der von Wehner und Erler der Partei aufgezwungenen Linie.

Viele sozialdemokratische Genossen sind heute der Auffassung, daß vom Godesberger Programm ausgehend eine konstruktive, eigenständige sozialdemokratische Politik gestaltet werden kann.

SPD-Genossen sagen heute: An uns Mitgliedern, an unserer Aktivität hat es nicht gelegen, daß unser Ziel, die CDU/CSU zu schlagen, nicht erreicht wurde. In der Tat, ohne politische Alternative ist die CDU/CSU nicht zu schlagen. Der Erfolg der SPD hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre es vermögen, in ihrer Partei eine Alternativpolitik durchzusetzen und sie in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

Ahnliche Meinungen und Erkenntnisse wurden in den letzten Wochen in zahlreichen Diskussionen auch in der SPD in Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, in Württemberg und Bayern geäußert.

Während des Wahlkampfes hat unsere Partei große Anstrengungen unternommen, um Verbindungen mit sozialdemokratischen Genossen herzustellen. Davon zeugen die zahlreichen Gespräche mit sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären.

Nach den Bundestagswahlen besteht für Gespräche mit sozialdemokratischen Genossen, für eine enge Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten nicht nur eine größere Notwendigkeit, sondern es haben sich auch bessere Möglichkeiten dafür ergeben. Worin sehen wir die größeren Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln, für die Herstellung einer Aktionsgemeinschaft von Sozialdemokraten und Kommunisten?

Bevor ich diese Frage beantworte, möchte ich dem Zentralkomitee und der ganzen Partei folgendes sagen: Es ist sinnlos, mit den Sozialdemokraten die Aussprache zu führen vom Standpunkt der Rechthaberei. Für genau so falsch halten wir es, den Sozialdemokraten vorzuschreiben, wie sie in ihrer Partei auftreten sollen. Dieses „Ihr müßt!“ ist überhaupt nicht der Ton, mit dem wir das Ohr der Sozialdemokraten finden.

Nach dem Ausgang dieser Wahlen stehen sowohl die Kommunisten als auch die Sozialdemokraten vor der gleichen Frage: Welche Schlüssefolgerungen ziehen wir gemeinsam aus diesem Wahlergebnis und aus der damit entstandenen Lage? Das heißt, wie finden wir den richtigen Kontakt zu den sozialdemokratischen Genossen, wenn wir davon ausgehen, daß wir gemeinsam die notwendigen Überlegungen darüber, wie es weitergehen soll, anstellen müssen?

Dabei sollen wir nicht außer Acht lassen, daß es sozialdemokratische Genossen oder Parteienheiten gibt, die

infolge des Verbots unserer Partei Hemmungen haben, mit uns konkrete Vereinbarungen zu treffen. Das verstehen wir. Wir wollen und können uns mit den sozialdemokratischen Genos-

sen in der Richtung verständigen, daß wir auch selbständig und unabhängig voneinander in der gleichen Richtung wirken und für die gleichen Forderungen eintreten können.

Unsere Gemeinsamkeiten

Wir glauben, daß wir uns mit sozialdemokratischen Genossen und mit sozialdemokratischen Parteieinheiten verständigen könnten für Kampfmaßnahmen gegen die atomare Aufrüstung, für eine atomwaffenfreie Zone, für einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik, für eine neue, realistische Deutschlandpolitik.

Wir sind der Meinung, daß wir mit den sozialdemokratischen Genossen in allen Fragen der sozialen Sicherheit gemeinsam wirken können, vor allem könnten wir Gemeinsamheit erzielen gegen die jüngsten Angriffe der Regierung auf den Lebensstandard der Arbeiter, der Werktätigen und der Bauern.

Eine große Möglichkeit des Zusammenwirks von Kommunisten und Sozialdemokraten bietet der Kampf um Lohnerhöhungen, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und gegen die neuen Scharfmachermethoden der Unternehmer in den Betrieben.

Ferner glauben wir, daß es große Möglichkeiten gibt, mit den sozialdemokratischen Genossen Absprachen zu erreichen gegen die Notstandsge setze, für das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und dafür, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihre Möglichkeiten ausnutzen sollte, um die Sperrminorität gegen die Notstandsgesetze und die Notstandsverfassung geltend zu machen. In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, daß große Möglichkeiten bestehen, mit den sozialdemokratischen Genossen in den Gewerkschaften eine Einigung zu erzielen, daß die Gewerkschaften in jeder Beziehung eine unabhängige Organisation der Arbeiterbewegung bleiben und daß sie ihre Kraft in allen Bereichen des wirtschaftlichen und politischen Lebens im Interesse der Arbeiterklasse und der Werktätigen in die Waagschale werfen.

Wir glauben auch, daß es Möglichkeiten des gemeinsamen Vorgehens in

allen Fragen der Landes- und Kommunalpolitik gibt.

Es ist auch möglich, daß wir mit sozialdemokratischen Genossen eine Gemeinsamkeit finden in der Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Verstärkung des Handels nach den sozialistischen Staaten und auch der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir finden auch sicher wachsendes Verständnis, wenn wir mit den Sozialdemokraten eintreten für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bundeswehrsoldaten gegen Kadavergehorsam und Vergewaltigung der Menschenwürde in der Bundeswehr.

Schließlich könnten wir mit den sozialdemokratischen Genossen eine Verständigung herbeiführen, daß von Arbeiterorganisationen offizielle oder nichtoffizielle Delegationen in die sozialistischen Länder, vor allem in die Deutsche Demokratische Republik, entsandt werden, um sich dort aus eigenen Anschauungen ein Bild des sozialistischen Aufbaus zu verschaffen.

Wenn wir unsere Politik so praktizieren, dann kommen wir von dem bloßen Proklamieren über die Notwendigkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse weg, und wir beweisen den sozialdemokratischen Genossen, daß es uns ernst ist, mit ihnen gemeinsam konstruktive Vorschläge zu beraten, wie man die Lage in der Bundesrepublik in Richtung auf Frieden, Demokratie, Verständigung und soziale Sicherheit verändern kann.

Insgesamt können wir feststellen, daß wir in den letzten Monaten im Gespräch und der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten einen Schritt vorangekommen sind und damit neue Maßstäbe und Ausgangspunkte für die Weiterführung unserer Politik der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Genossen geschaffen wurden. Gerade jetzt, wo auch in der SPD die

Diskussion über eine Alternative beginnt, haben wir alle Veranlassung, unseren Kurs auf die Entwicklung eines neuen kameradschaftlichen Verhältnisses zu den Sozialdemokraten kontinuierlich und beharrlich weiterzuentwickeln.

Jetzt, wo die Monopolherren zum Angriff auf die Gewerkschaften blasen, kommt es darauf an, der unheilvollen Allianz zwischen den Industrie- und Unternehmerverbänden sowie der Erhard-Regierung das einheitliche Handeln der Arbeiterbewegung im Bünd-

nis mit allen friedliebenden und demokratischen Volkskräften entgegenzustellen. Das bedeutet aber, daß wir in unserer Partei gegen das immer noch vorhandene Sektierertum einen energischen Kampf führen müssen, um so von jedem Genossen, von jeder Parteigruppe, ein enges Vertrauensverhältnis und ein wirksames Zusammensehen, ob in- oder außerhalb der Gewerkschaften, mit den Mitgliedern der SPD, mit ihren Leitungen und Parteieneinheiten auf allen Ebenen zu erreichen.

Für das Zusammenwirken der Arbeiterklasse und der friedliebenden Kräfte

VI.

Auf unserem Parteitag 1963 hatten wir die Lösung: Die feste Kampfgemeinschaft von SED und KPD ist das Unterpflanz unseres Sieges in der Bundesrepublik. Die SED erfüllt ihre nationale Mission dadurch, daß sie im Bündnis mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften, im Rahmen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands durch den Aufbau des Sozialismus die DDR zu einer uneinnehmbaren Festung gestaltet hat. Durch die ökonomische und militärische Kraft, die politisch-moralische Einheit des Volkes ist die DDR zu einem bedeutsamen Faktor für die Sicherung des Friedens in Europa geworden. Ihr Einfluß, ihre Autorität in der Weltpolitik ist ständig gewachsen. Die DDR ist fest und für immer im Lager des Sozialismus verankert und mit der stärksten Macht, der Sowjetunion, durch den Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe verbunden. Diejenigen, die den Einfluß der DDR nur an ihrer territorialen Größe oder Bevölkerungszahl messen, täuschen sich und andere, denn die DDR ist nicht nur ein Drittel Deutschlands, sie gehört zu dem Drittel der Welt, das den Sozialismus aufbaut und das den weiteren Gang der Weltgeschichte bestimmt. Von dieser festen Grundlage aus vollzieht sich auch das Einwirken der DDR auf die Bundesrepublik in Richtung der Veränderung des Kräfteverhältnisses, der Durchsetzung einer Politik der nationalen Verantwortung und der Vernunft. Das ist in Wahrheit

die Erfüllung der nationalen Mission der DDR für das ganze deutsche Volk.

Die Verantwortung unserer Partei für die Erfüllung ihrer nationalen Pflicht besteht darin, daß wir unsere Kraft auf das Zusammenwirken der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte konzentrieren. Dieses Zusammenwirken ist der bestimmende Faktor für die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik. Eine solche große Aufgabe werden wir nur in dem Maße erfüllen, wie unsere Partei zu einer politisch, ideologisch und organisatorisch starken Kraft wird.

Wir können mit Recht feststellen, daß unsere Partei es verstanden hat, trotz Illegalität im Leben der Bundesrepublik an Bedeutung zu gewinnen. Man kann sagen — und das bestätigen Freund und Feind —, die Kommunisten haben sich im politischen Kampf der Bundesrepublik einen festen Platz erobert. Wenn wir die in diesem Referat dargelegte Politik durch die gesamte Partei verwirklichen, wird sich die Rolle unserer Partei weiter erhöhen, wird unser Ansehen wachsen, werden vor allem auch immer mehr Sozialdemokraten sagen: Jawohl, mit den Kommunisten kann man reden, ihre Vorstellungen über die Entwicklung einer friedlichen und demokratischen Bundesrepublik verdienen ernsthafte Beachtung.

Mit der von uns entwickelten Politik beweisen wir: das Leben und die Zukunft der Arbeiterklasse und der ge-

samten werktätigen Bevölkerung ist eng verbunden mit der KPD, wie umgekehrt der Kampf der KPD untrennbar verbunden ist mit dem Leben, dem Streben und den Hoffnungen aller Werktätigen der Bundesrepublik. Unsere Partei ist eine marxistisch-leniistische Partei, die kritisch und selbstkritisch zu ihrer Arbeit Stellung nimmt, die keiner Frage ausweicht und die sich vervollkommenet im schnelleren Reagieren auf neue Situationen. Wir kennen dabei kein geringeschätz-

ges Verhalten gegenüber anderen Richtungen der Arbeiterbewegung. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die neue Zeit und die neuen Aufgaben es erforderlich machen, daß alle Gruppierungen der Arbeiterbewegung und alle progressiven Kräfte einen selbständigen Beitrag leisten müssen, der allen weiterhilft zum gegenseitigen Verständnis und im Kampf zur Überwindung der Herrschaft des Monopolkapitals, für die Sicherung des Friedens und eine demokratische Entwicklung.

Die Verbindungen zu den Massen verstärken

Durch die Tätigkeit unserer Genossen im Betrieb und in den Gewerkschaften wurde die alte Wahrheit unterstrichen, daß die Kraft unserer Partei in ihrer Verbindung zu den Massen besteht. Im Höcherl-Bericht über die Tätigkeit unserer Partei wird zugegeben, daß die Kommunisten die größten Erfolge durch die beständige Entwicklung ihrer legalen Massenarbeit erreichten. Das ist die Bestätigung aus dem Munde des Gegners, daß allen seinen staatlichen Maßnahmen gegen uns die Wirkung genommen wird, wenn wir unseren Masseneinfluß verstärken. Die Massenarbeit, die im Mittelpunkt unserer gesamten Tätigkeit stehen muß, erfordert, alle Regeln der Konspiration zum Schutze der Parteiorganisationen und all unserer Mitglieder streng einzuhalten.

So wichtig die juristische und staatliche Auseinandersetzung der Frage des Verbots der KPD ist, aber das entscheidende bleibt jedoch die Massenwirksamkeit unserer Politik im Kampf um Frieden und Demokratie. In dem Maße, wie sich der Kampf um Frieden und Demokratie entwickelt, das Kräfteverhältnis sich verändert, reifen die Bedingungen heran, unter denen unser massenmäßiges Auftreten die Aufhebung des Verbots der KPD erzwingen wird.

Wir wollen mit unserer gesamten Tätigkeit den Nachweis erbringen, daß wir eine Partei sind, die mitten im Leben der Bundesrepublik steht, die eine Bundesrepublik will, die stark ist und die international geachtet wird durch ihre friedliche Arbeit, durch eine Politik zur Sicherung des Friedens. Daß wir eine Partei sind, die das Wohl der Menschen will, ihre gesicherte Zu-

kunft und wachsenden Wohlstand, und die die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes auf dem einzigen möglichen Weg des Friedens, des Ausbaus der Demokratie und der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten erstrebt.

Ich habe in meiner Rede ausführlich die Bedeutung der Gewerkschaften und deren Kampf um Mitbestimmung dargelegt. Unsere Tätigkeit in den Gewerkschaften vollzieht sich auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Beschlüsse. Dieses wird heute von der Mehrheit der Gewerkschafter einschließlich vieler leitender Gewerkschaftsfunktionäre anerkannt. Unsere Leitungen müssen darum ringen, daß alle unsere Mitglieder in den Gewerkschaften tätig werden und sich dort solches Vertrauen erringen. Wer sich Verdiente als Vertrauensmann der Gewerkschaften verschafft, dem wird es auch leichter werden, gute Beziehungen zu den Sozialdemokraten zu entwickeln.

Wahrscheinlich erfolgt auch die klassenmäßige Erziehung der Arbeiterjugend und die Zusammenfassung großer Teile der Jugend im Kampf gegen Revanchismus und Militarismus am besten über die Gewerkschaften und die stärkere Einbeziehung der Arbeiterjugend in die gewerkschaftliche Tätigkeit. Die Gewerkschaftsjugend hat viele gute Beschlüsse, aber ihr Wirkungsfeld im Betrieb ist bei weitem noch nicht ausreichend. Eine richtige und erfolgreiche Jugendpolitik macht es erforderlich, die Arbeiterjugend immer stärker in den Gewerkschaften zu erfassen und Einfluß zu nehmen auf das breite Feld gewerkschaftlicher Jugendarbeit.

Gemessen an unserem wachsenden politischen Einfluß nutzen wir jedoch noch keineswegs die gegebenen Möglichkeiten für die organisatorische Stärkung unserer Partei. Ich spreche diese Frage mit äußerstem Ernst an. Wir müssen alles tun, für die organisatorische Stärkung der Partei, vor allem durch die Aufnahme junger Menschen. In Württemberg mußten

junge Menschen eineinhalb Jahre warten, bis man sich schließlich entschlossen hat, sie in die Partei aufzunehmen. Genossen, wir alle müssen begreifen, diese jungen Menschen muß man in die Partei aufnehmen, und in der Partei muß man sie geduldig erziehen und dabei zugleich schnell in Funktionen fördern.

Worauf kommt es jetzt an?

1. Die Anstrengungen aller Parteileitungen, aller Parteimitglieder sind auf das Zusammenwirken mit Sozialdemokraten, den Gewerkschaften, den Bauern, der Intelligenz zu konzentrieren, auf eine breite Aufklärung über die gefährliche Entwicklung, damit in gemeinsamen Aktionen die Bedrohungen für die Bevölkerung abgewehrt werden.
2. Der Wahlbetrug der CDU/CSU, der jetzt erfolgte Angriff auf den Lebensstandard muß durch kraftvolle Aktionen der Gewerkschaften, für Lohnerhöhungen, gegen Arbeitszeitverlängerungen, für die Sicherung der Sozialgesetzgebung, gegen die Preistreiberei beantwortet werden.
3. Es gilt jetzt, den Massenkampf gegen das Streben der Bundesregierung nach Verfügungsgewalt und Besitz von Atomwaffen zu entfalten. Wir unterstützen alle Initiativen der Gewerkschaften, der Friedensorganisationen, wie den Aufruf der Kampagne für Abrüstung zur Durchführung großer Aktionen gegen den Krieg in Vietnam und eine westdeutsche Atombewaffnung und ihr Vorhaben, mit der Vorbereitung des nächsten Ostermarsches unmittelbar zu beginnen.
4. Erforderlich ist die Abwehr jeglichen reaktionären Anschlags auf das Grundgesetz und damit die

Verhinderung weiterer Notstandsgesetze und vor allem der Notstandsverfassung. Es gilt, die Gefahren einer Notstandsdiktatur und die Tendenzen zu einer faschistischen Entwicklung zeitig genug abzuwehren, um stattdessen das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und die Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes zu erreichen. Hierzu sind außerparlamentarische Aktionen wie die ständige Einflußnahme auf die Abgeordneten aller Parteien und aller Parlamente erforderlich.

5. Stärken wir die Partei durch die Aufnahme neuer Mitglieder, vor allem junger Menschen, die sich im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes bewährten.

In den Kämpfen um diese Forderungen entwickelt unsere Partei die große nationale Initiative für die Rettung unserer Bevölkerung gegenüber der antinationalen Politik der Erhard-Regierung, für eine Politik der Entspannung und der Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik, für das Zusammenwirken der gesamten deutschen Arbeiterklasse und aller friedelbenden Menschen aus beiden deutschen Staaten, um den Frieden für unser Volk und für Europa zu sichern und das Tor zur Wiedervereinigung zu öffnen.

„Für eine neue Politik des Friedens und der deutschen Verständigung, für Demokratie und Mitbestimmung des arbeitenden Volkes“

(Erklärung des ZK der KPD zur Lage nach den Bundestagswahlen.)

Genosse Jupp:

Mit den Gewerkschaften für Mitbestimmungsrechte kämpfen

Genosse Max Reimann sagte in seinem Referat, daß die Mitbestimmungsforderungen eine Alternative zu der undemokratischen Politik der Konzerne und ihrer Regierung sind. In der Tat ist die Gesamtheit der Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften ein demokratisches Programm, dem wir ohne wenn und aber zustimmen können. Ich meine, eine solche ausdrückliche Zustimmung ist wichtig für unsere Partei und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, und es ist besonders zu unterstreichen, daß wir zur Zeit die einzige Partei in der Bundesrepublik sind, die in dieser Frage ohne Einschränkung die Gewerkschaften unterstützen. Je deutlicher wir das tun, um so besser wird es unseren Genossen gelingen, in den Gewerkschaften das Vertrauen der Gewerkschaftskollegen, der sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu erringen.

Diese uneingeschränkte Unterstützung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen bedeutet natürlich nicht, daß alle Diskussionen in den Gewerkschaften zu diesem Problem erschöpft sind, und daß bereits klar und deutlich ist, was jetzt im Mittelpunkt steht, wohin die Mitbestimmung führen wird und auf welchem Wege die Mitbestimmungsforderungen durchgesetzt werden sollen. Das beste daran ist, daß in der Arbeiterschaft der Anspruch auf Mitbestimmung dahin zielt, die Rolle der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik zu verändern, im Betrieb, in der Wirtschaft und im Staat die Alleinherrschaft der Monopole einzuschränken und auf die Leitung der Betriebe und Wirtschaft Einfluß zu nehmen, um die Interessen der Werktätigen zu wahren.

Man muß natürlich unterscheiden zwischen diesem allgemeinen Anspruch auf Mitbestimmung und den konkreten Forderungen, die jetzt vom DGB erhoben werden. Bekanntlich fordert der DGB-Vorstand in einem angekündigten Gesetzentwurf, daß die Mitbestimmungsrechte in der Montan-

Industrie auf alle Großunternehmen ausgedehnt werden sollen.

Ist nach den Erfahrungen über das Mitbestimmungsrecht in der Montan-Industrie eine solche Mitbestimmung für die Arbeiterklasse sinnvoll? Ich meine, daß wir auch dieser Forderung nach einem Gesetz über Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung unsere uneingeschränkte Unterstützung geben müssen. Gleichzeitig aber müssen wir mit den Gewerkschaften, den Sozialdemokraten, den ganzen Umfang der Mitbestimmungsforderungen und ihre Problematik in die politische Auseinandersetzung stellen und aufzeigen, wie durch die gewerkschaftliche Aktivität den Vertretern der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten oder den Arbeitsdirektoren die Möglichkeit gegeben wird, die Forderungen der Belegschaften wirksamer als bisher zu vertreten.

Genosse Reimann hat davon gesprochen, daß wir als Partei den Kampf der Gewerkschaften nach mehr Mitbestimmungsrecht in den Betrieben besonders unterstützen wollen. Von welchen Gedanken lassen wir uns dabei leiten? Einmal davon, Beispiele dafür zu schaffen, wie in den Betrieben, also an der Basis, die politische Bewegung für demokratische Rechte der Arbeiter entwickelt wird. Das ist notwendig, weil die reine Forderung an den Bundestag nach einem Gesetz nicht genügt.

Man muß mit dem einfachsten anfangen und in den Betrieben und den gewerkschaftlichen Organisationen eine gründliche kontinuierliche Diskussion über die Notwendigkeit und Berechtigung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung einleiten. Dabei haben wir es nicht schwer, wir brauchen nur die gewerkschaftlichen Materialien zum Beispiel der IG Metall nehmen und sie unter den Arbeitern verbreiten.

Eine zweite Aufgabe in dieser Diskussion ist die Auseinandersetzung mit den Argumenten der Unter-

nehmerverbände. Es gibt bekanntlich eine umfangreiche Dokumentation der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in der alle wesentlichen Argumente der Unternehmerverbände zusammengefaßt sind. Diese Dokumentation legt dar, daß die Mitbestimmung die Existenz des Unternehmertums berühre, zur Beseitigung der sogenannten marktwirtschaftlichen und freien gesellschaftlichen Ordnung führe, die materielle und gesellschaftliche Position der Arbeiter nicht verbessern würde. Sie führe einzig zu einer Machtkonzentration der Gewerkschaften. Es wird behauptet, indem die initiativen Kräfte des freien Unternehmertums gelähmt würden, schade das dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, also würden die produktiven Kräfte der Wirtschaft in der Bundesrepublik eingeschränkt.

Schon dieser Katalog von Argumenten zeigt, welche große Aufgabe vor uns steht, in der Arbeiterschaft die demagogischen Argumente der Monopole zu widerlegen. Insbesondere ist es nötig, jedem Versuch entgegenzutreten, die Mitbestimmung als Funktionär-Mitbestimmung und ihr Privileg zu diffamieren, um den Unternehmerverbänden in dieser Frage den Wind aus den Segeln zu nehmen, muß man den Beschuß der Gewerkschaften bekanntmachen, daß alle Gewerkschafter in den Aufsichtsräten ihre Tantienen an die Stiftung Mitbestimmung abzuführen haben bis auf den Teil, der dazu dient, die Kosten abzudecken, die sich aus ihrer Funktion ergeben.

Wir müssen nachweisen, daß es bei der Mitbestimmung auch um handfeste materielle Interessen geht. Darum gilt es in den Betrieben den Kampf um Mitbestimmung zu führen. Natürlich müssen in jedem Betrieb die spezifischen Forderungen herausgefunden werden, um die jetzt direkt der Kampf organisiert werden kann, zum Beispiel um den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung. Kein Vertrauensmann darf wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit benachteiligt werden. Das ist eine Forderung des 8. Gewerkschaftstages der IG Metall. Wichtig ist auch

die Forderung nach einem gesetzlichen Bildungsurlaub für Vertrauensleute und Betriebsräte.

In den Rahmen betrieblicher Forderungen nach Mitbestimmung gehört auch die Forderung nach einer betriebsnahen Tarifpolitik, d. h. Tarifierung der tatsächlichen betrieblichen Löhne und Gehälter und der Arbeitsbedingungen, ebenso die Tarifierung der speziellen Lohnfindungsmethoden, Leistungsbewertungssysteme, Arbeitsordnungen, Arbeitsorganisationen und anderes. Auch das sind Forderungen, die auf dem 8. Gewerkschaftstag der IG Metall beschlossen wurden. Natürlich geht es dabei nicht einfach um die vertragliche Bestätigung der Lohnfindungssysteme, Leistungsbewertungen oder ähnliche Dinge, sondern auch um ihre Verbesserung zugunsten der Arbeiter.

Diese betrieblichen Mitbestimmungsfordernisse sind von großer Bedeutung, weil mit diesen Forderungen die generelle Forderung nach umfassender Mitbestimmung in konkreten betrieblichen Aktionen aktiviert und unterstützt werden kann, weil dabei anhand eines Kampfes um Mitbestimmungsrechte, die direkt materielle Vorteile und demokratische Rechte bringen können, die weitere Klärung über Sinn und Ziel der Mitbestimmung am besten gefördert wird und auf diese Weise der Kampf gegen die demagogischen Unternehmerargumente wirksam entfaltet werden kann. In der Auseinandersetzung mit den Unternehmerargumenten und auch im betrieblichen Kampf um die Mitbestimmung ist die Kernfrage, daß klar gemacht wird, die Willkürherrschaft der Monopole, die im Widerspruch steht zur Forderung des Grundgesetzes, wonach die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein soll, zu beseitigen, daß die Mitbestimmung ein Weg werden kann, in der Bundesrepublik der Verfassung Geltung zu verschaffen.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß wir uns mit jedem solidaristieren, der die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften unterstützt und daß wir die dabei gebrachten Argumente nicht pedantisch auf die Goldwaage legen sollten, wenn

zum Beispiel Prof. Ballerstedt mit Argumenten vom „Arbeitsfrieden“ die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften befürwortet. Natürlich dürfen wir nicht zulassen, daß mit einer solchen Argumentation Aktionen der Arbeiter gelähmt oder gar verhindert werden. Auch solche zweifel-

haften Vorschläge wie sie Prof. Schiller macht, einen Sachverständigenausschuß zu bilden, in dem auch Vertreter der Unternehmer sitzen sollen, um die Forderungen der Gewerkschaften zu prüfen, sind in sachlicher Diskussion als unwirksam und schädlich nachzuweisen.

Genosse Hein:

Die Gewerkschaften und die Legalität der KPD

Aus der Regierungserklärung geht eindeutig hervor, daß die CDU/CSU-Regierung schnellstens weitere Notstandsgesetze und die Notstandsverfassung durchpeitschen will. Ich will das einmal so demonstrieren: Der dritte Akt beginnt. Erster Akt war das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands; zweiter Akt die Trennung der SPD von der Seite der Gewerkschaften; dritter Akt Notstandsverfassung gegen die Gewerkschaften. Nun stellt man die Frage: Wie wird das Finale sein? Ich glaube, das Finale hat Otto Brenner treffend charakterisiert, indem er sagte, das ist die totale Mobilisierung für den totalen Krieg. — Aber wird dieser Zusammenhang von breiten Kreisen erkannt? Ich möchte sagen: nein; denn, wenn das erkannt wäre, hätten wir in der Arbeiterklasse und auch im gewerkschaftlichen Raum eine größere Bereitschaft, für die Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands einzutreten.

Man sagt zwar, das Verbot der Partei sei undemokratisch, sei ungerecht und sollte vernünftigerweise fallen. Ich möchte sagen: Vielleicht — ich weiß es nicht — entspricht das einer teilnahmsvollen kollegialen Geste, die sich zumeist noch nicht in eine offensive Forderung nach Legalität der KPD umsetzen läßt, weil den Arbeitern und Gewerkschaftern der Zusammenhang zwischen ihren eigenen Interessen und der Forderung nach Aufhebung des Verbots nicht bewußt ist. Erkannt wird aber auch noch nicht der Zusammenhang des Verbots mit dem jetzigen Vorgehen und den Angriffen gegen die Gewerkschaften. Erkannt wird noch nicht der Zusammenhang des Verbots mit der Durchführung der Notstandsverfas-

sung gegen die Gewerkschaften als Maßnahme für die totale Mobilisierung, für den totalen Krieg. Wir sollten deswegen unsere Legalitätsbewegung nicht so eng und begrenzt führen, sondern von allen Seiten des Lebens anpacken, vom Standpunkt der unmittelbaren Interessen der Kollegen, der Stärkung der Gewerkschaften, der Sicherung und des Ausbaus eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates.

Es ist doch angebracht, daß wir uns einmal im Zusammenhang mit der Legalitätsbewegung die Entwicklung der Urteile von Arbeits- und Landesgerichten gegen die Gewerkschaften betrachten. Hier zeigt sich sehr deutlich eine wachsende reaktionäre Tendenz seit dem Verbot der Partei. Es begann mit dem Urteil in Kassel gegen die IG Metall zur Zahlung von 100 Millionen DM für ausgefallene Profite. Es zeigte sich aber auch in dem Urteil in Nürnberg gegen die IG Leder; es zeigte sich in dem Urteil von Düsseldorf, gegen die IG Textil, und auch in dem Urteil wiederum gegen die IG Metall, als sie die große Solidaritätskundgebung in Bremen durchführen wollte. Man kann diese Liste beliebig vermehren.

Dazu kommt noch, daß eine konsequente Interessenvertretung im Betrieb besitzt und offen eingeschüchtert wird, indem man das Verbot der Kommunistischen Partei zum Vorwand nimmt. Unliebsame Forderungen von Betriebsräten und auch von Gewerkschaften werden als Forderungen erklärt, die gelenkt worden sind von den verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands. Prozesse gegen die freie journalistische Tätigkeit zeigen deutlich, daß die Popularisierung der

Beschlüsse der Gewerkschaften, ihres Aktions- und DGB-Grundsatzprogramms sogar als grundgesetzwidrig erklärt und als gelenkte Fortsetzung der Kommunistischen Partei Deutschlands bezichtigt wird. Es geht also gegen die Gewerkschaften. Ich glaube, in unserer Arbeit sollten wir diese konkreten Fälle nehmen und den Zusammenhang mit dem Verbot der Partei erläutern. Wir würden dann sicherlich auch auf mehr Verständnis stoßen, da es einen Zusammenhang gibt mit dem Vorgehen gegen die Gewerkschaften, den Urteilen gegen die Gewerkschaften, der Verleumdung ihrer Forderungen, der Diffamierung ihres Kampfes gegen die Notstands-

gesetze und dem Urteil gegen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Auf einer Düsseldorfer Tagung hat Dr. Fabian erklärt, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften integriert seien, das heißt doch, daß sie gute Arbeit leisten im Sinne der gewerkschaftlichen Beschlüsse. Sorgen wir also dafür, daß sich diese Erkenntnis allgemein durchsetzt, daß man überall sagt, im Betrieb, im Vertrauensmännerkörper: Die Kommunisten machen gute Gewerkschaftsarbeit, dann werden wir auch mehr Verständnis bei allen Gewerkschaftern für die Notwendigkeit der Aufhebung des Verbots unserer Partei finden.

Genossin Herta:

Erfahrungen und Aufgaben im Kampf um die Legalität

Ich möchte sagen, daß die Hauptlinie im Kampf um die Legalität bleibt und bleiben muß, daß die Kommunisten von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen. In der öffentlichen Diskussion hat sich gezeigt, daß damit der richtige Weg eingeschlagen wurde. So wuchs nach jenen strengsten Tabus in Sachen KPD-Verbot im Zusammenhang mit dem allgemeinen Unbehagen, dem verschärften Atomrüstungs- und Notstandskurs und dem wachsenden Widerstand gegen diese Politik die Erkenntnis, daß das KPD-Verbot eines der Hauptmittel ist, um die Opposition einzuschüchtern und mundtot zu machen. In dieser Situation löste die Initiative der Partei mit dem ersten Brief von Max Reimann an Erhard im Jahre 1964, mit dem Vier-Stufen-Plan, eine große Diskussion über das KPD-Verbot, über die Notwendigkeit seiner Aufhebung im Interesse der Demokratie sowie auch der verfassungsrechtlichen und juristischen Möglichkeiten aus.

So stellte Professor Ridder im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot auf einer Tagung fest, daß es zu tiefgreifenden Strukturveränderungen geführt und das Lebenselement der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik selbst in Frage gestellt habe. Professor Ridder zieht daraus die Schlußfolgerung, daß der innere

Notstand längst zu einer Tatsache geworden ist.

Auf Grund dieser Erfahrungen und Erkenntnisse gibt es auch eine breite Skala von Meinungen und Forderungen wie man diesen Zustand beenden kann, und zwar von der direkten Forderung, das KPD-Verbot aufzuheben bis zu den Überlegungen, das Verbotsurteil in dem engen Rahmen als Organisationsdelikt zu betrachten und den Kommunisten, wie jedem anderen Staatsbürger, das Recht zur freien Meinung und Betätigung zu geben. Am präzisesten kommt diese Auffassung bei dem Kronjuristen der SPD, dem Bundestagsabgeordneten Arndt, zum Ausdruck, der, gestützt auf eine verfassungskonforme Auslegung des KPD-Verbots und des geltenden Strafrechts, begründet, daß der Kommunist wie jeder andere Bürger das Recht der freien Betätigung hat, und zwar als Kommunist.

Dabei kommt es darauf an, daß wir immer von der Position unseres Verhältnisses zum Grundgesetz, der Verteidigung des Grundgesetzes und der demokratischen Rechte ausgehen, wobei wir auch den Standpunkt der Verteidigung der Rechtssicherheit vertreten, wenn wir uns gegen die Ausweitung des KPD-Urteils wehren. Man kann sagen, daß es darum geht, auch auf diesem Gebiet Schritt um Schritt jede Möglichkeit zu nutzen, um mit

dazu beizutragen, daß der Kampf gegen das KPD-Verbot nicht aus einer Isolierung heraus, also vor den Massen, nicht um seiner selbst willen, sondern als Bestandteil des Kampfes um die Demokratie geführt wird, da ja schließlich — wie auch Arndt sagt, die Freiheit aller bedroht wird.

Bei aller positiven Bewertung bisheriger Ergebnisse im Kampf um die Legalität kommen wir jedoch nicht umhin festzustellen, daß wir ein noch ungenügendes Echo und noch ungenügende Unterstützung des Kampfes aus der Arbeiterklasse haben. Es ist doch klar, daß nur dann, wenn aus der Arbeiterklasse die Forderung nach einer legalen KPD zur Durchsetzung und Verteidigung ihrer eigenen Interessen kommt, wir zu einem wirklichen Durchbruch kommen, und zwar bei aller positiven Bewertung der Tatsache, daß Geistesschaffende, Juristen, Staatsrechtler, Publizisten usw. diese Diskussion weiter treiben und stark dafür eintreten. Aber wenn nicht aus der Arbeiterklasse massenhaft diese Forderung kommt, dann kommen wir schließlich nicht weiter oder nicht wesentlich weiter.

Wenn es richtig ist, daß sich die Kommunisten selbst die Legalität erkämpfen müssen, dann müssen wir unseren Genossen auch die geistigen Waffen liefern. Das muß die Angelegenheit der gesamten Parteiführung sein. Das muß auch schon bei der Erarbeitung eines jeden Dokuments beachtet werden. Man muß genau überlegen, ob es so abgefaßt ist, daß es wirklich in allen Fragen glaubwürdig ist und Antwort auf die Fragen gibt, die gestellt werden, ob es Antwort gibt, auf die Vorbehalte, die uns gegenüber und gegenüber den Problemen, die zur Diskussion stehen, vorhanden sind.

Die bisherigen Ergebnisse der Diskussion für die Aufhebung des Parteiverbots weisen den Hauptweg, der zur Aufhebung des Verbots führt, daß Kommunisten ihren Standpunkt vertreten und ihre Meinung zu allen politischen Fragen und Problemen sagen und für die Durchsetzung einer friedlichen und demokratischen Alternative wirken. Das hat besonders große Be-

deutung im Hinblick auf den 10. Jahrestag des Verbots der Partei. Jede Leitung, jeder Genosse müssen sich Gedanken machen, wie wir zu einem Höhepunkt in der Bewegung gegen das KPD-Verbot kommen. Was haben 10 Jahre KPD-Verbot uns und der ganzen Bevölkerung eingebracht? Wem hat es geschadet und wem hat es genutzt?

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen Gedanken zur Diskussion stellen, der eng damit zusammenhängt: Wir sprechen von der Notwendigkeit, ständig das Geheimnis der Kriegsvorbereitung zu enthüllen. Ist es nicht auch notwendig — da ein enger Zusammenhang besteht —, ständig, allseitig und konkret auch das Geheimnis zu enthüllen, wie die Bonner Machthaber ihr antidemokratisches Werk des schleichenden und des offenen Übergangs zur Diktatur vorantreiben, wie im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus die politische, wirtschaftliche und soziale Diktatur Schritt für Schritt installiert wird, auch so, daß es die Menschen nicht merken? Gewiß, wir tun einiges. Aber die Frage ist, ob wir das mit der gebotenen Konsequenz, Klarheit und Zuspitzung tun, und es so machen, daß uns die Menschen verstehen. Müssen wir nicht in diesem Zusammenhang anhand konkreter Beispiele ständig die von den Machthabern dem Antikommunismus und dem KPD-Verbot zugesetzte und praktizierte Funktion der Zerstörung der Demokratie herausstellen? Ziel dieser gesamten Bemühungen müßte sein, im Bewußtsein der Arbeiter und anderer demokratisch gesinnter Bevölkerungsschichten die Erkenntnis zu wecken bzw. zu vertiefen, daß in der gegenwärtigen Situation die Aufhebung des KPD-Verbots einer der entscheidenden Hebel zur Durchkreuzung der Diktaturpläne und damit ein unmittelbar wirkender Akt zur Sicherung der Demokratie und des Grundgesetzes wäre. Eine solche Erkenntnis ist doch in der Tat eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß breite Volksschichten, vor allem die Arbeiter, auf sie kommt es an, zu konkreten Aktionen für die Aufhebung des KPD-Verbots kommen.

Den faschistischen Tendenzen wehren!

In seinem Referat hat Genosse Max Reimann gesagt, daß es darauf ankommt, die gegenwärtige Bundesrepublik und ihre verfassungsmäßige Ordnung vor einer neuen faschistischen Entwicklung zu schützen. Wir erleben heute in der Bundesrepublik faschistische Tendenzen auf einer ganzen Reihe von Gebieten, auch auf dem Gebiet der Ideologie, zum Beispiel was die Versuche anbetrifft, den Krieg zu verherrlichen, Rassenhaß in die Jugend zu tragen und sie für den Krieg reif zu machen. Ich will einige Tatsachen nennen.

Bekanntlich soll in den Schulen der Bundesrepublik der „ostkundliche Unterricht“ den ganzen Unterricht durchdringen. Ich will einmal aus den Hinweisen für die Lehrer das vorlesen, was über die Durchdringung des Erdkundeunterrichts mit Ostkunde gesagt wird. Im Handbuch für Lehrer „Der deutsche Osten im Unterricht“ heißt es auf Seite 9: „An die Spitze der geographischen Auseinandersetzungen ist der Grundsatz zu stellen, daß der deutsche Osten auch heute noch ein Teil Deutschlands ist, daß sich der deutsche Schicksalsraum aber auch über die Grenzen von 1937 hinaus ausdehnt, wo deutsche Volksgruppen, wie etwa die der Sudetendeutschen und der Balten, Land im Osten urbar machten und besiedelten. Größe und Bedeutung der verlorenen deutschen Ostgebiete sind herauszustellen und auch als Verlust der gesamten zivilisierten Welt zu würdigen.“

Hier der Hinweis für den Religionsunterricht aus demselben Buch auf Seite 18: „Hinter dem Eisernen Vorhang erkennt man den Menschen nicht als Ebenbild Gottes, sondern lediglich als Werkzeug, als Rädchen. Er ist völlig ungeschützt gegen alle Willkür des Stärkeren. Menschenraub und Sklaverei sind nicht Ausnahme, sondern die Regel. Menschen als Siegesbeute aus eroberten Ländern fortzuführen, ist seit jeher Brauch der nomadischen Völker, den das Abendland immer dann kennengelernt, wenn es den Einbruch asiatischer Horden infolge seiner Uneinigkeit nicht abzuwehren vermochte.“

Noch ein drittes Beispiel, aus dem die faschistische Rassentheorie direkt herausschaut. Ich zitiere aus dem Lehrbuch „Ein Grundriß der Bürger- und Sozialkunde“, das 1964 in Köln — Braunsfeld erschienen ist. „Mensch ist gleich Mensch vor dem Gesetz. Mensch ist aber nicht gleich Mensch hinsichtlich der Eigenarten der Völker, Rassen usw. und ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Kultur.“

Das sind also Hinweise für die ostkundliche Durchdringung des Unterrichts. Man könnte viele solcher Zitate anführen. Das Ziel dieser Erziehung? Ganz wie bei den Nazis, der Krieg!

Das offizielle Organ der Landsmannschaft Schlesien „Der Schlesier“ kleidet das in seinem Spaltenartikel vom 20. Mai 1965 in folgende Worte: „So wie bisher geht es gewiß nicht endlos weiter. Der gordische Knoten unserer Teilung verlangt nach dem Schwert eines Alexander... Es gilt zu hobeln, daß die Späne fliegen!... Rußland gilt es, deutscherseits die Rechnung der 20 Jahre zu präsentieren. Unbegrenzt ist auch dessen Stärke nicht.“

Interessant ist, weil uns in der Bundesrepublik immer entgegengehalten wird, es seien Spinner, die solche Ideen verbreiten, ein Zitat aus derselben Zeit vom CDU-Parteitag in Düsseldorf. Da heißt es in der Rede von Rainer Barzel: „Gewiß, keiner weiß, wann wir in Dresden unseren Parteitag abhalten können... Wir wollen den Status quo in Europa überwinden und wir wollen auf die Realitäten im kommunistisch besetzten Teil Europas einwirken... Um so besser ist es, daß unsere Bundeswehr eine der besten Armeen der Welt geworden ist.“

Wenn man das nüchtern betrachtet, dann findet man einen Unterschied im Stil, einen Unterschied im Inhalt aber nicht.

Wie können wir gegen die vielfältigen neofaschistischen Tendenzen und ihre Förderung durch die Bundesregierung die Menschen in Bewegung bringen? Ich meine, wir müßten solche Tatsachen verstärkt heran-

tragen an die Gewerkschaften, an die Geistesschaffenden. Es ist ja auch kein Zufall, daß der Stoß der Bundesregierung gleichzeitig gegen die Gewerkschaften und gegen den besten Teil der Intelligenz gerichtet ist. Da besteht ein innerer Zusammenhang.

Wir sollten auch sehen, daß es über diese Entwicklung bei vielen Menschen in der Bundesrepublik eine Beunruhigung gibt, daß die Erkenntnis wächst, daß etwas dagegen unternommen werden müßte. Es zeigen sich neue Möglichkeiten, gemeinsam mit vielen anderen demokratischen Kräften für den Schutz des Grundgesetzes und gegen eine neofaschistische Entwicklung tätig zu werden. Ich habe hier, um ein bedeutsames Beispiel herauszuziehen, die Beschlüsse der 6. Bundesjugendkonferenz des DGB in München. In diesen Entschließungen werden u. a. folgende Forderungen erhoben: Aktionen zur Verhinderung der Notstandsgesetze und zur Durchsetzung der Mitbestimmungsforderungen. Maßnahmen, die den Mißbrauch der politischen Strafjustiz zur Unterdrückung Andersdenkender unmöglich machen. Verstärkte Aufklärungsarbeit über die Gefährlichkeit der in der Bundesrepublik immer mehr ins Kraut schießenden kriegsverherrlichenden und nazifreundlichen Literatur. In einem anderen Antrag wird verlangt, die Verherrlichung des Krieges in Wort, Schrift und Bild unter Strafe zu stellen.

Weiterhin wird von der Bundesjugendkonferenz des DGB gefordert, daß in der Bundeswehr Vertreter des DGB und der Gewerkschaften das

Recht bekommen müssen, im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts zu referieren. Es wird verlangt, daß die Koalitionsfreiheit für Soldaten gesichert wird. In einer weiteren Entschließung heißt es, die Gewerkschaften müßten, gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften, Maßnahmen ergreifen, um solch skandalöse Ereignisse, wie die SS-Treffen unmöglich zu machen. Im stärkeren Maße als bisher müßten die Gewerkschaften über die Gefahren des Faschismus und der analogen nationalistischen Tendenzen, wie sie heute wieder zu finden sind, Aufklärung geben. Es ist bemerkenswert, daß in einer Entschließung auf eine Wurzel der gefährlichen Entwicklung in der Bundesrepublik hingewiesen wird: die wachsende Macht der Monopole.

Meiner Ansicht nach, liebe Genossinnen und Genossen, hat die Gewerkschaftsjugend hier ein Kampfprogramm für die Rettung der Demokratie und gegen neofaschistische Tendenzen entwickelt, dessen Punkte sich mit Forderungen decken, wie sie von den Industriegewerkschaften, von anderen Arbeiterjugendorganisationen, von unserer Partei, von Geistesschaffenden, von zahlreichen Sozialdemokraten und Christen erhoben werden.

Wir Kommunisten müßten eine unserer wesentlichen Aufgaben darin sehen, als einzige Kraft zu wirken, um durch unsere Arbeit dazu beizutragen, daß möglichst alle demokratischen Kräfte unseres Volkes sich im Kampf um die Durchsetzung der entscheidenden gemeinsamen Forderungen zusammenfinden.

Genosse Kurt:

Für eine richtige Einstellung zum Gespräch mit Genossen der SPD

Genosse Max Reimann hat vollkommen recht, wenn er im Referat ausführt, daß wir mit dem Standpunkt der Rechthaberei, dieser Standpunkt: ihr müßt ... im Gespräch mit unseren sozialdemokratischen Genossen nicht weiterkommen. Gegen nichts ist ein Sozialdemokrat empfindlicher als wenn er den Eindruck hat, wir wollen

uns in die Arbeit, in die Linie seiner Partei einmischen.

Im Referat ist ein ganzer Komplex von Fragen aufgeworfen. Es wird gezeigt, in welchen Fragen eine Übereinstimmung mit Sozialdemokraten möglich sein könnte. Ganz so einfach ist das natürlich nicht. Man kann zum Beispiel nicht mit einem ganzen Kata-

log von Fragen im Gespräch beginnen. Ich fasse die Zusammenfassung im Referat auch nur so auf, daß sie viele Anhaltspunkte geben kann, wie man von den verschiedensten Punkten ausgehend die Gemeinsamkeiten im Gespräch finden kann und was man erreichen will. Oft hat es einen großen Wert, daß man im Gespräch auf nur einen Punkt eingeht, zum Beispiel auf den Punkt, welche Gefahr geht von der CDU/CSU-Politik aus. Für viele Genossen sind das völlig neue Erkenntnisse. Sie müssen oft noch lernen, mit sozialdemokratischen Arbeitskollegen, Betriebsräten usw. zu reden — was über den freundschaftlichen Gruß und anderes hinausgeht. Mit einem Katalog zu kommen, das halte ich für verfehlt. Aber wir müssen uns in der Leitung der Partei gerade klar sein, wie viele verschiedene Möglichkeiten es gibt, um das Gespräch zu eröffnen.

Gespräche sollten nicht nur unter vier Augen oder im größeren Kreis an der Spitze geführt werden, sondern vor allem auf der Ebene der Grundorganisationen. Ich möchte dafür ein Beispiel aus einer Wohngebietsgruppe anführen. Ich hoffe, daß es als gutes Beispiel demonstriert, wie man neue Gespräche anknüpft. Zunächst: Jede Kreisleitung und jede Leitung einer Grundorganisation müßte die Kreisorganisation der SPD, die Gruppen der SPD kennen. Das ist aber nur selten der Fall. Wir hatten zum Beispiel in der Wohngebietseinheit, über die ich hier spreche, eine ernste Auseinandersetzung über diese Problematik. Es wurde aber auch, ausgehend vom Ernst des Ausgangs der Bundestagswahlen, eine allgemeine Bereitschaft festgestellt, daß man gerade jetzt auch

Beispiele von der Gruppe her schaffen müsse, um Kontakte mit Sozialdemokraten herzustellen. Das erste Ergebnis der Aussprache war: Wir kennen ja die Sozialdemokraten nicht. An wen gehen wir ran? Aber dann stellte sich heraus, daß es Möglichkeiten gibt, Adressen zu sammeln. Das wurde auch beschlossen. Aber dann gab es wieder Einwände, etwa in der Art: Wenn es zu einem Gespräch mit Sozialdemokraten kommt, so sagen uns die Gesprächspartner höchstens Meinungen, die doch nur auf die Gemeinsamkeitspolitik hinauslaufen. Dies hat zunächst der Diskussion wieder einen zeitweilig negativen Verlauf gegeben. Es bedurfte einer langen Aussprache, bis wir diese Meinung überwunden hatten. Der Bann war gebrochen, als sich ein Genosse bereit erklärte, ein Mitglied und Funktionär der SPD aufzusuchen. Das Gespräch nahm einen erfolgreichen Verlauf. Es zeigten sich gerade nach den Bundestagswahlen viele Gemeinsamkeiten.

Wir gehen in unserer Arbeit davon aus, wenn nicht eigene Erfahrungen durch Gespräche gesammelt werden, wenn nicht die Entscheidung der Genossen auf Grund eigener Gespräche mit den Sozialdemokraten erfolgt, daß wir dann keinen Schritt weiterkommen. Wir dürfen auch den Prozeß der Auseinandersetzung in den Grundeinheiten nicht scheuen, denn nur so wird es zu positiven Schlußfolgerungen kommen. Sonst erreichen wir nicht das, was wir mit diesen Gesprächen erreichen wollen: eine feste Verbindung mit Genossen der SPD als Ausgangspunkt zum gemeinsamen Handeln.

Genosse Gustav:

Neue Entwicklungen erkennen

Die Orientierung wie sie im Referat des Genossen Max Reimann gegeben worden ist mit dem Schwerpunkt der allseitigen Förderung der Aktionsgemeinschaft von Sozialdemokraten und Kommunisten, hat eine außerordentlich große Bedeutung. Wir müssen in dieser Frage in der Partei ein Umdenken erreichen.

Im Referat gibt es eine etwas andere Haltung zum Godesberger Programm.

Es war an der Zeit, daß wir das jetzt so formulieren und so darlegen, wie das im Referat geschehen ist. Godesberg ist eben heute in einigen Fragen ein Fortschritt gegenüber Karlsruhe. Das gibt uns auch die Möglichkeit, von dieser Ebene her mit Sozialdemokraten prinzipielle und gute Diskussionen zu führen. Das entspricht auch der Linie, die wir im Referat gehört haben.

Im Referat wird die prinzipielle Orientierung und Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale behandelt. Ich halte das für eine außerordentlich richtige und politisch-ideologische Aufgabe in unserer Partei; denn wir müssen uns darüber klar sein, daß zur Zeit mindestens über die Hälfte unserer Mitglieder junge Genossen sind,

die keine Kenntnisse haben über die politische Bedeutung des VII. Weltkongresses für unsere Arbeit. Daraus ergibt sich für uns die dringende Aufgabe, hier eine große Aufklärungsarbeit zu leisten und vor allem die jungen Genossen mit den wichtigen Erkenntnissen des VII. Weltkongresses für die Arbeit unserer Partei bekannt zu machen.

Genosse Hubert:

Differenzierungsprozeß im christlichen Lager

Innerhalb des katholischen Lagers beginnt sich ein tiefer Differenzierungsprozeß abzuzeichnen. Die Methoden eines Adenauers meistert offensichtlich Erhard nicht. Adenauer konnte oft einen Ausgleich schaffen zwischen den Millionen Arbeitern, die CDU wählten und Herrn Abs. Das gelingt Erhard nicht mehr. In immer härterer Weise postuliert er seinen Klassenstandpunkt. Und das hat den Differenzierungsprozeß im katholischen Lager gefördert. Wir sollten diesen Differenzierungsprozeß sorgfältig untersuchen. Es gibt zum Beispiel Gewerkschafter, die innerhalb der einzelnen Industriegewerkschaften ihre differenzierte Meinung sagen. Diese katholischen Gewerkschafter merken

von der sozialen Seite her, daß sie eigentlich in der falschen Partei sind, daß in der CDU ihre Interessen nicht wahrgenommen werden. Ihre Erkenntnisse kommen oft von der Sozialenzyklika Johannes XXIII. In dieser Enzyklika ist die Rede von Klassen, während Erhard sagt, es gibt keine Klassen mehr. Von dieser Seite her begegnen wir uns mit den christlichen Arbeitern. Wir müssen alle diese Prozesse sehr sorgfältig untersuchen, denn im Lager der Arbeiterklasse gibt es große Gruppen, die uns zwar weit-anschaulich fern stehen, sich aber im sozialen Leben eng mit uns verbinden. Hier gibt es somit neue Kräfte, mit denen wir gemeinsam gehen können.

Die internationale Pflicht der Kommunisten aller Länder

Artikel der Prawda zu wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung*

Am 28. November 1965 veröffentlichte die Prawda unter obigem Titel einen wichtigen Artikel zu Fragen des Zusammenwirkens der antiimperialistischen Kräfte. Im Artikel werden diese Kräfte in drei Gruppen zusammengefaßt: das sozialistische Weltsystem, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und vor allem deren kommunistischer Vortrupp. „Wissen und Tat“ veröffentlicht nachstehend einen zusammengefaßten Auszug:

I.

Die „Prawda“ schreibt: „Jeder der drei revolutionären Kräfte der Gegenwart wirkt unter spezifischen Verhältnissen und löst die vor ihr stehenden Aufgaben mit eigenen Methoden und Mitteln. Ihre Interessen liegen

aber auf der gleichen Ebene. Sie haben einen gemeinsamen Feind — den Imperialismus. Der Erfolg in jeder beliebigen Richtung des antiimperialistischen Kampfes bringt die ganze revolutionäre Front voran. Gerade die Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte wird letzten Endes den

* Aus: Neues Deutschland, 28. 11. 1965

Triumph des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus über Krieg, Reaktion, Kolonialismus und Imperialismus herbeiführen.“

Angesichts der größeren und komplizierteren Aufgaben bilde die Aktionsgemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien den Kern für den Zusammenschluß der revolutionären Kräfte der Gegenwart. Diese Einheit sei nie im Selbstlauf entstanden, sondern wurde im Kampf gegen die revisionistischen und dogmatischen Entstellungen des Marxismus erreicht. Die Zeitung verweist auf Lenins Kampf gegen den linken Opportunismus und das Sektierertum.

Auf der Grundlage der Moskauer Beschlüsse von 1957 und 1960 seien wichtige Erfolge im Kampf der Völker errungen worden. „Man muß aber zugeben, daß die heute vorhandenen gewaltigen Möglichkeiten für die weitere Entwicklung unserer revolutionären Sache nicht voll genutzt worden sind. Die Wirksamkeit der gemeinsamen Aktionen der revolutionären Kräfte wurde in beträchtlichem Maße durch die in der kommunistischen Bewegung entstandenen Meinungsverschiedenheiten geschwächt und untergraben“, schreibt die Zeitung. „Die überwältigende Mehrheit der Brüderparteien steht fest auf den Positionen der Generallinie der kommunistischen Bewegung, wie sie auf den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 festgelegt wurde. Einige Parteien beziehen aber besondere Positionen, die sich grundsätzlich von der gemeinsamen Plattform der Kommunisten unterscheiden.“

Die „Prawda“ betont, daß sich die meisten marxistisch-leninistischen Parteien trotz der Meinungsverschiedenheiten für einen Zusammenschluß einsetzen und einen entschiedeneren Kampf gegen den gemeinsamen Imperialistischen Feind führen.

„Sie setzen diese Politik in die Tat um und versetzen dem Imperialismus einen Schlag nach dem anderen. Dieses Herangehen steht mit den höchsten Interessen aller revolutionären Kräfte, mit den Interessen des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind im Einklang. Es trägt auch dazu bei, die Ver-

ständigung zwischen den Kommunisten verschiedener Länder zu verbessern sowie die erforderlichen Bedingungen und die günstige Atmosphäre für die Überwindung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten ausreifen zu lassen.“

„Die marxistisch-leninistischen Parteien widmen immer mehr den Aktivitäten Beachtung, die dem Zusammenschluß der kommunistischen Reihen dienen“, schreibt die „Prawda“ unter Hinweis auf das Märkzkonkultativtretfien, auf das Treffen von Vertretern aller Brüderparteien Lateinamerikas, die Brüsseler Konferenz der westeuropäischen Parteien, den Meinungsaustausch von nahezu 40 Parteien in Prag zum 30jährigen Jubiläum des VII. Komintern-Kongresses, die im Geiste der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 verließen.

Die KPdSU — zusammen mit anderen marxistisch-leninistischen Parteien — scheue keine Anstrengungen, um die in der kommunistischen Bewegung entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden.

„Die KPdSU und ihr Zentralkomitee taten und tun alles in ihrer Macht Stehende, um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und China, zwischen unseren beiden Parteien zu gewährleisten. Im Laufe des letzten Jahres schlug das ZK der KPdSU der chinesischen Leitung wiederholt vor, gemeinsame Aktionen in den wichtigsten konkreten Fragen zu unternehmen, die Beziehungen auf staatlicher Ebene zu entwickeln und viele Streitprobleme zu bereinigen.“

Immer wieder habe die KPdSU ihren guten Willen manifestiert. „Ihr Bestreben nach Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte wird dadurch unterstrichen, daß sie schon seit über einem Jahr keine offene Polemik führt. Sie tut es nicht etwa, weil sie nichts zu sagen hätte. Von Lenin erzogen, kämpfte und kämpft die KPdSU im Verlauf ihrer ganzen Geschichte entschieden gegen Nationalismus, Dogmatismus und Revisionismus, für den Zusammenschluß der Kommunisten auf der prinzipiellen Grundlage der revolutionären Theorie des Marxismus. Sie war immer unversöhnlich allen Opportunisten gegenüber, die

sich verschiedene Masken, darunter auch ultrarevolutionäre, anlegen, um die kommunistische Bewegung vom

richtigen Weg abzubringen und folglich deren Kampf für die Sache der Arbeiterklasse zu schwächen."

II.

Die „Prawda“ unterstreicht, daß „die Zusitzung der Meinungsverschiedenheiten, ein Schüren der offenen Polemik dem Klassenfeind nützen und von diesem dazu benutzt werden, der Befreiungsbewegung Schläge zu versetzen“. Leider habe das Streben der KPdSU und anderer marxistisch-leninistischer Parteien bei den Leitern der KP Chinas keinen positiven Widerhall gefunden. „Welch ernste Meinungsverschiedenheiten einzelne Trupps des großen Heeres der Kommunisten von einander auch trennen mögen, ein Verzicht auf solidarisches Handeln im Kampf gegen den gemeinsamen Feind schwächt ihre Positionen, er führt zu Fehlern, Fehleinschätzungen und kann unserem gemeinsamen Werk schweren Schaden zufügen.“

Die Politik zur Vereitelung der Aktionseinheit wirke sich negativ auf die Tätigkeit der Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern aus, füge internationalen demokratischen Organisationen schweren Schaden zu, erschwere beträchtlich den Befreiungskampf der Völker. „Dieser spaltende Kurs bedeutet besonders schwere Schläge gegen Bruderparteien und -völker, die, ähnlich der Partei der Werktätigen Vietnams und dem vietnamesischen Volk, in vorderster Linie des bewaffneten Kampfes gegen die imperialistischen Aggressoren stehen und deshalb besonders der Unterstützung des geschlossenen sozialistischen Lagers und einer einheitlichen kommunistischen Weltbewegung bedürfen. Ein Verzicht auf gemeinsames Handeln ist besonders gefährlich, wenn es sich um Parteien handelt, die in sozialistischen Staaten an der Führung sind. Die Unterwöhlung der Geschlossenheit der sozialistischen Länder angesichts der Aktivierung der imperialistischen Kräfte kommt im Grunde genommen einer vorbedachten Schwächung der revolutionären Front, einer bewußten Ermutigung der Gegner des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gleich.“

Weiter heißt es: „Dem klaren und eindeutigen Standpunkt der marxi-

stisch-leninistischen Parteien, die sich für Aktionseinheit einsetzen, wird jetzt faktisch ein Kurs auf die politische und organisatorische Abgrenzung, ein Kurs auf die Spaltung der kommunistischen Bewegung entgegen gestellt. Die Proklamierung dieses Kurses wird von wütenden Angriffen auf die Sowjetunion begleitet, die im Geiste der schlimmsten Vorbilder der antikommunistischen Propaganda gehalten sind.“

Die Zeitung betont, daß die Imperialisten seit Bestehen des Sowjetstaates versucht haben, ihn in Mißkredit zu bringen und herabzusetzen. „Was für ein Geschenk ist nun für die imperialistische Propaganda die Handlungsweise derer, die es mit dem Gewissen eines Kommunisten für vereinbar halten, die verleumderischen Erfindungen der Ideologen des Imperialismus von einer ‚kapitalistischen Entartung‘ des Sowjetstaates zu wiederholen und sich sogar zu den Forderungen versteigen, sich organisatorisch gegen jene Hauptkräfte abzugrenzen, die die historische Mission der Errichtung einer neuen, der sozialistischen und der kommunistischen Gesellschaft erfüllen und dem Imperialismus eine entscheidende Schlacht liefern. Wem nützen heute die Attacken auf die Sowjetunion, auf andere sozialistische Länder, auf die marxistisch-leninistischen Parteien, die heldenhaft gegen den Klassenfeind in den kapitalistischen Ländern kämpfen? Diese Attacken, dieser Kurs ist nur für die Imperialisten, die Feinde des Friedens, der Demokratie, der nationalen Befreiung und des Sozialismus von Nutzen.“

Gegen wen will man sich abgrenzen, und gegen wen will man sich verbünden? fragt die „Prawda“. Im Grunde genommen gehe es um eine Abgrenzung gegen die überwältigende Mehrheit der marxistisch-leninistischen Parteien, um eine Abgrenzung gegen die überwältigende Mehrheit der Trupps der Befreiungsbewegung. Die Vietnamfrage sei ein Prüfstein für die Prinzipientreue.

Die ganze Welt verfolgt heute mit Bewegung den heldenhaften Kampf des Volkes von Vietnam gegen die USA-Aggressoren. In dieser Lage ist die Unterstützung, die diese oder jene kommunistische Partei dem gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes erweist, die entscheidende Probe dafür, wie sie ihrer internationalen Pflicht nachkommt. Die Sowjetunion leistet dem heldenmütigen Volk Vietnams alle erforderliche Hilfe und wird sie auch in Zukunft erweisen. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, unser Volk erfüllen genau ihre internationale Pflicht." Wiederholt hätten die Leiter der Partei der Werktagen und die Regierung der DRV der sowjetischen Unterstützung hohe Einschätzung gezollt. Die „Prawda“ zitiert in diesem Zusammenhang die Erklärung des Ministerpräsidenten der DRV, Genossen Pham van Dong, im Zusammenhang mit dem 48. Jahrestag der Oktoberrevolution.

„So groß die Hilfe, die die einzelnen Truppen der kommunistischen Bewegung dem vietnamesischen Volk leisten, auch sein mag, ihre Wirksamkeit hängt in vielerlei Hinsicht davon ab, wieweit die Anstrengungen der Bruderparteien und der sozialistischen Länder miteinander koordiniert sind.“ Der Imperialismus mache sich die Schwächung der Geschlossenheit der kommunistischen Reihen zunutze. „Wer der Zusammenarbeit absagt, die Vorschläge auf gemeinsame Aktionen gegen den Aggressor ablehnt, der hemmt den Kampf des vietnamesischen Volkes und hilft dem Aggressor.“

Die „Prawda“ erinnert an Lenins Gebot, die großen Fragen des Kampfes der Arbeiter um ihre Befreiung durch Verwirklichung der Einheit des Klassenkampfes in der ganzen Welt zu lösen. „Heute gegen diese Einheit

arbeiten, zu einer Spaltung auffordern, heißt, gegen die Interessen der Revolution handeln, gegen Lenin auftreten, Lenins Erbe aufzugeben.“

Die KPdSU setzte und setzt sich unbeirrbar für den Zusammenschluß der kommunistischen Reihen, aller revolutionären Kräfte ein. Sie kämpfte und kämpft stets für diesen Zusammenschluß auf der prinzipiellen Grundlage des Marxismus-Leninismus. Unsere Partei ließ sich nie auf Kompromisse auf Kosten von Prinzipien ein. Sie kämpfte unversöhnlich gegen jeden Opportunismus, gegen alle, die die große Lehre des Marxismus-Leninismus entstellen, und wird immer unversöhnlich dagegen kämpfen. Sie wird auch in Zukunft unbeirrbar den Leninschen Kurs steuern, der Erfolge im Aufbau des Kommunismus sichert und dazu beiträgt, unsere ganze gemeinsame revolutionäre Sache vorwärtszubringen, dieser Kurs ist durch das Leben erprobt.“

Abschließend schreibt die „Prawda“: „Im Zuge ihrer langen und schwierigen, doch ruhmreichen und großen Geschichte hat die revolutionäre Weltbewegung viele Prüfungen bestanden und viele Schwierigkeiten überwunden. Jedesmal ging sie aus diesen Schwierigkeiten noch gestärkter und erfahrener hervor. Man kann nicht daran zweifeln, daß auch die heutigen Schwierigkeiten, die auf die Versuche zurückzuführen sind, Spaltung in ihre Reihen zu tragen, mit Erfolg überwunden werden. Dafür bürgen die von den Bruderparteien kollektiv gesammelten gewaltigen Erfahrungen und der unbeugsame Wille aller Revolutionäre zur Aktionseinheit im Kampf gegen den Imperialismus, im Kampf für die großen Ideale des Friedens und des Sozialismus.“

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

• Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 ml •

Für einheitliches Handeln gegen die Aggression des amerikanischen und deutschen Imperialismus*

von MAX REIMANN

Wenn Erhard im Auftrage der Rüstungsmonopole in seiner Regierungserklärung sagt, die Nachkriegszeit sei beendet, so stellt sich mit allem Ernst die Frage: Was soll danach kommen? Unser Volk wünscht, daß die Nachkriegszeit durch einen dauerhaften Frieden abgelöst wird.

Erhard aber verkündet eine Innen- und Außenpolitik, die nur einen Schluß zuläßt: Die westdeutschen Imperialisten und Militaristen fühlen sich 20 Jahre nach ihrer bedingungslosen Kapitulation ökonomisch und militärisch wieder so stark, daß sie den Zeitpunkt für gekommen halten, eine neue Vorkriegszeit einzuleiten, die auf die Auslösung eines atomaren Revanchekrieges gerichtet ist. In ihren gefährlichen Absichten werden sie durch die Aggressionspolitiker der USA ermuntert, zu deren Hauptverbündeten bei der Unterdrückung der Freiheitsbewegungen der Völker und bei der Verschärfung der internationalen Spannungen sie geworden sind.

Kernpunkt des von Erhard verkündigten Programms ist die Forderung nach Atomwaffen. Er und die durch ihn vertretenen imperialistischen Kräfte hoffen vor allem, durch ein Komplott mit den USA nukleare Waffen zu erhalten und schaffen gleichzeitig Voraussetzungen für eine eigene Atomwaffenproduktion.

In den letzten Tagen erfuhr die Weltöffentlichkeit, daß die Bundeswehrgenerale nun über das neue NATO-Organ „Ausschuß zur Koordinierung der nuklearen Planung“, in dem die Ziele für einen Angriff mit Atomwaffen festgelegt werden, Zugang zu diesen Waffen erhalten sollen. Auf Vorschlag der USA werden Vertreter der Bundeswehr in diesem Ausschuß maßgeblichen Einfluß erhalten, also jene Leute, die erst vor wenigen Wochen von britischen Inseln, den Hebriden, aus, Zielübungen mit Atomwaffen auf Städte in der DDR, dar-

unter Leipzig und Dresden, durchführten.

Unter Verkennung der grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und der völligen Aussichtslosigkeit ihrer aggressiven Pläne, glauben die westdeutschen Imperialisten und Militaristen, im Besitz von Atomwaffen ihre revanchistischen Ziele erreichen zu können. Dazu gehören die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik, die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und die Erweiterung ihres Einfluß- und Machtbereiches in Europa und in der Welt. Das heißt, die herrschenden Kreise der Bundesrepublik wollen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen. Diese Politik, die mit einer Welle des Nationalismus und des Chauvinismus verbunden ist, läßt die ganze Abenteuerlichkeit der außenpolitischen Strategie der in Bonn herrschenden revanchistischen Kreise sichtbar werden. Durch sie ist die Bundesrepublik zum Hauptgefahrenherd für den Frieden in Europa geworden.

Den aggressiven Revanchekurs soll die Bevölkerung nach dem Willen der Konzernherren heute mit der Senkung ihres Lebensstandards, mit steigenden Preisen und Mieten, mit einem rigorosen Abbau ihrer sozialen Rechte und morgen mit dem Leben bezahlen. Um ihre Revancheziele ungestört verwirklichen zu können, will die Erhard-Regierung durch Notstandsgesetze das Grundgesetz außer Kraft setzen, jede Opposition ausschalten, und alle Kräfte der Wirtschaft und des Volkes in den Dienst der Rüstung und der Kriegsvorbereitungen stellen.

Dieser Kurs wird zweifellos die Widersprüche zwischen den Monopolen und ihrer Regierung und den nach Frieden, Entspannung, Sicherheit, nationaler Unabhängigkeit und Demokratie strebenden Kräften innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik verschärfen. Daraus erwachsen neue Möglichkeiten für einen erfolgreichen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus. Inwieweit diese Möglich-

* Dieser Beitrag des Genossen Max Reimann wurde über den Deutschen Freiheitsender 904 gesprochen.

keiten genutzt werden können, hängt jedoch weitgehend davon ab, wie es gelingt, alle antimonopolistischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik zum einheitlichen Handeln für dieses Ziel zu gewinnen.

In dem Bemühen, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu bändigen, trägt die Bevölkerung der Bundesrepublik, besonders die Arbeiterklasse, die Hauptverantwortung. Auf der 6. Tagung des Zentralkomitees

unserer Partei haben wir ausführlich beraten, wie den Gefahren, die von den Politikern „der Stärke“ und des Revanchismus ausgehen, begegnet werden kann. Unsere wichtigste Aufgabe sehen wir darin, alle friedliebenden und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zusammenzuführen und so dem Willen des Volkes nach Frieden, Demokratie und Sicherung des errungenen Lebensstandards Geltung zu verschaffen.

Einheitliches Handeln kann Imperialismus und Militarismus bändigen

Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß der westdeutsche Imperialismus und Militarismus nur gebändigt und überwunden werden kann, wenn die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Menschen unseres Landes, aber auch im Weltmaßstab, einheitlich handeln. Die Zersplitterung der Arbeiterklasse und der Friedenskräfte, ungenügende Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, kommt stets jenen Kräften zugute, die unser Volk und die Völker Europas zweimal in einen mörderischen Weltkrieg stürzten. Heute besteht erneut die Gefahr, daß die Völker Europas und die Völker der Welt von den westdeutschen Revanchisten in einen Krieg hineingezogen werden. Darum ist die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien zu einem dringenden Gebot für einen erfolgreichen Kampf gegen den Atomkriegskurs, den Expansionsdrang und den Neokolonialismus des westdeutschen Rüstungskapitals sowie zu einer Lebensfrage für die Völker Europas geworden.

Alle Menschen in der Bundesrepublik, die für eine neue Politik des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung eintreten, empfinden die politisch-moralische Hilfe umso wirkungsvoller, je stärker sie sich gründet auf das einheitliche und geschlossene Wirken der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in aller Welt. Die wirksamste Unterstützung erhalten sie von den Ländern des sozialistischen Lagers, vor allem von der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik.

Westdeutsche Kommunisten sahen sich dieser Tage erneut vereint mit den friedliebenden demokratischen Kräften aller politischen, weltanschaulichen

und religiösen Überzeugungen. Gemeinsam demonstrierten sie wie in vielen anderen Ländern der Welt gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, für das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes. Angesichts dieses gemeinsamen Handelns ist es geradezu unverständlich, wenn von führenden Genossen der kommunistischen Partei Chinas die Meinung verbreitet wird, für eine Aktionseinheit aller kommunistischen und Arbeiterparteien gäbe es gegenwärtig keine Grundlagen.

Die Leugnung gemeinsamer Interessen im Kampf gegen den Imperialismus, der Verzicht auf einheitliches Handeln der kommunistischen und Arbeiterparteien ermuntert die Atomkriegspolitiker und Neokolonialisten Westdeutschlands und besonders jene, die aufs engste mit dem USA-Imperialismus zusammenarbeiten, ihre abenteuerliche Politik zu forcieren.

Es schadet dem Kampf der fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik gegen Revanchismus und Kriegsvorbereitung, wenn auf Appelle der KPdSU und anderer marxistisch-leninistischer Parteien, einschließlich unserer Partei, zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten von der Führung der KP Chinas eine Politik der Abgrenzungen zwischen der KP Chinas und ihren Anhängern einerseits und den übrigen kommunistischen Parteien andererseits propagiert wird, wie das in den letzten Tagen geschehen ist. Es ist doch kein Zufall, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die als Sprachrohr der Finanz- und Rüstungsmonopole die aggressiven Kreise des USA-Imperialismus ständig ermuntert, den Krieg gegen

das vietnamesische Volk zu verstärken, gerade diese Äußerungen breit populärisiert. Die auf Revanche drängenden Kräfte des Imperialismus versuchen ständig, mit antikommunistischer Propaganda die verschiedenen Trupps der Arbeiter- und Friedensbewegung zu verwirren, sie in einen Gegensatz zur Sowjetunion, der stärk-

sten und mächtigsten Kraft im Lager des Friedens und des Sozialismus, zu bringen. Eine Zusitzung der Meinungsverschiedenheiten, ein Schürzen der öffentlichen Polemik zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien kommt ihnen dabei zugute, wirkt sich stets zum Nutzen des Imperialismus aus.

Fest auf dem Boden der gemeinsam beschlossenen Generallinie für gemeinsame Aktionen

Was die kommunistische und Arbeiterbewegung in der Welt eint, ist der Wille, dem Imperialismus eine Niederlage zu bereiten, dem Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Dieser Wille muß das Handeln eines jeden Marxisten-Leninisten bestimmen. Wir stimmen mit der Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung darin überein, daß es trotz vorhandener Meinungsverschiedenheiten jetzt vor allem darauf ankommt, Kurs zu nehmen auf gemeinsame Aktionen, die darauf gerichtet sind, den bewaffneten Einmischungen der Imperialisten in die Angelegenheiten anderer Länder Einhalt zu gebieten, den Völkern zu ihrem Recht auf nationale Unabhängigkeit und zu einem dauerhaften Frieden zu verhelfen. Das Verhalten einer kommunistischen Partei zu gemeinsamen Aktionen für die Niederlage des USA-Imperialismus in Vietnam ist heute zum Prüfstein für echte Treue zum proletarischen Internationalismus, zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus geworden. Mit Worten, und klingen sie noch so revolutionär, ist der Imperialismus nicht zu schlagen.

In der Bundesrepublik erscheinen in der letzten Zeit einige Materialien, in denen im Kampf gegen den Imperialismus erprobte Arbeiterparteien verleumdet und ihre Politik entstellt wird. Von gemeinsamen Aktionen gegen den deutschen Imperialismus, gegen die Aggressionen der USA in Vietnam ist in ihnen nichts zu lesen. Wenn die zuständigen Oberstaatsanwälte in Hamburg und Hannover erklären, daß sie nichts gegen die Verbreitung solcher Materialien hätten, da hierdurch weder Bundes- noch Landesinteressen gefährdet werden, dann ist eigentlich

klar, wessen Interessen gefährdet werden sollen: die der friedliebenden, demokratischen Kräfte, die gegen den deutschen und amerikanischen Imperialismus kämpfen. Das wird auch noch dadurch bestätigt, daß der Versand solcher Materialien durch den westdeutschen Verfassungsschutz begünstigt wird, während Mitglieder unserer Partei, die von uns herausgegebene Materialien verteilen, von der Polizei verfolgt und verhaftet werden.

Was sollen die verleumderischen Behauptungen in diesen Materialien, unsere Partei gehöre zu denen, die sich mit dem Imperialismus ausgesöhnt hätten? Unsere Partei hat seit ihrem Bestehen einen entschiedenen Kampf gegen den deutschen Imperialismus geführt. Zehntausende deutscher Kommunisten haben in diesem Kampf ihr Leben lassen müssen. Unsere Partei wurde 1956 erneut verboten, weil sie in der Bundesrepublik am entschiedensten den Kampf gegen die Rüstungs- und Revanchepolitik des deutschen Imperialismus führte. Seitdem wurden erneut Zehntausende Kommunisten wegen ihres entschiedenen antiimperialistischen Kampfes verfolgt, unterdrückt und ins Gefängnis geworfen.

Verleumdungen gegen unsere Partei, Attacken gegen die Sowjetunion, die stets in der ersten Reihe des antiimperialistischen Kampfes steht, geben dem Antikommunismus Auftrieb und erschweren unseren Kampf gegen den deutschen und den USA-Imperialismus. Sie sind nur den Feinden des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus von Nutzen. Sie widersprechen den Ideen und der Praxis des proletarischen Internationalismus und schwächen die inter-

nationale Arbeiterbewegung, das Kernstück für gemeinsame Aktionen aller antimonopolistischen Kräfte.

Wir haben nicht nur mit Worten erklärt, daß wir die öffentliche Polemik einstellen. Wir haben uns im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen den amerikanischen und deutschen Imperialismus auch daran gehalten, weil wir am eigenen Leib erfahren, daß die schlimmsten imperialistischen Kräfte sie für ihre Interessen ausnutzen. Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß durch eine öffentliche Polemik nichts geklärt wird. Klärung wird nur im Laufe der Zeit durch gegenseitige Konsultationen und vor allem im Kampf gegen den gemeinsamen Feind erreicht.

Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den marxi-

stisch-leninistischen Parteien immer mehr festigen wird. Von diesem Geist waren auch eine Reihe von Beratungen getragen, die Vertreter unseres Zentralkomitees mit europäischen Bruderparteien durchführten. Auf diesem Wege des gemeinsamen Kampfes und der gegenseitigen Konsultationen entwickelt und festigt sich die Einheit und Zusammenarbeit aller Bruderparteien auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und der gemeinsam beschlossenen Generallinie, wie sie auf den Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 festgelegt wurde. Diese Generallinie, die sich als richtig erwiesen hat, enthält, ausgehend von einer Analyse der Veränderungen in der Welt, die Politik, Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterbewegung für die gegenwärtige Periode.

Die Bildung der Spartakusgruppe — ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Kommunistischen Partei Deutschlands

I.

Vor 50 Jahren, am 1. Januar 1916, fand in der damaligen Reichshauptstadt Berlin eine Reichskonferenz der Gruppe Internationale¹⁾ statt, die zur Gründungskonferenz der Spartakusgruppe wurde. Mitten im ersten Weltkrieg, unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und angesichts der nationalistischen und chauvinistischen Verhetzung großer Teile des deutschen Volkes versammelten sich die besten Vertreter der Arbeiterbewegung, um zu beraten, was gegen den imperialistischen Raubkrieg und für die Demokratisierung Deutschlands getan werden muß. Solche revolutionären Arbeiterführer wie Karl Liebknecht, Franz Mehring, Wilhelm Pieck — Rosa Luxemburg fehlte, weil sie eingekerkert war, und Clara Zetkin wegen Krankheit —, deren Namen ein Programm des Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus waren, sprachen dabei aus, was not tat:

¹⁾ Diese Gruppe bildete sich im Kampf gegen Krieg und Sozialchauvinismus während des ersten Weltkrieges als organisatorischer Zusammenschluß der Linken innerhalb der SPD heraus. Sie stand unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

²⁾ Imperialistisches Streben nach dem Aufbau einer starken Seemacht.

Sammlung der antiimperialistischen Kräfte; systematische sozialistische Schulung des Bewußtseins der Massen; straffere organisatorische Zusammenfassung des revolutionären Vortrupps in Gestalt der Spartakusgruppe; Schaffung eines Führungszentrums.

Im Mittelpunkt der Beratung von Vertretern der Linken aus fast allen Gegenden Deutschlands standen die gemeinsam von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verfaßten und mit Franz Mehring beratenen „Leitsätze“, die fortan die politische Grundlage der Spartakusgruppe bilden sollten. Es ging um die Schaffung einer gemeinsamen Plattform für alle revolutionären Kräfte, die Klarheit bringen mußte über den zu bekämpfenden Hauptgegner und den dabei einzuschlagenden Weg sowie über die dabei anzuwendenden Mittel und Methoden. Gerade darüber referierte Karl Liebknecht; sein Anliegen war es, die politische Lage in Deutschland und die sich daraus ergebenden Erfordernisse des Klassenkampfes darzulegen. Der Krieg muß revolutionär beendet werden, lautete die Grundforderung; jeder andere Ausgang führt „zur Stärkung des Militarismus und Marinismus“, der imperialistischen

Appetite, der internationalen Gegensätze, der weltwirtschaftlichen Rivalitäten, der kapitalistischen Ausbeutung und der Reaktion im Innern", wobei besonders an die Großagrarier, die scharfmacherische Kriegspartei, die monopolisierte Industrie, den Klerikalismus, Chauvinismus und Monarchismus gedacht war. Mit dieser Einschätzung trafen die deutschen Linken das Wesen der Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Fortschritt, wie die weiteren geschichtlichen Ereignisse nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg eindeutig demonstrierten.

Die Spartakusanhänger beschäftigten sich darum im besonderen mit der Frage, wie Deutschland von der Herrschaft jener befreit werden kann, die so viel Leid, Not und Elend über das Volk gebracht hatten. Sie waren sich klar darüber, daß Imperialismus, Militarismus und Kriege erst endgültig beseitigt werden konnten, wenn die kapitalistische Klassenherrschaft für immer beseitigt war. Doch das bedeutete nicht — und ihr ganzer Antikriegskampf stand dem entgegen —, die Hände in den Schoß zu legen und auf diesen Zeitpunkt zu warten. Liebknecht sprach damals aus, was seitdem Grundlage des Handelns der revolutionären Arbeiterschaft und anderer demokratischer Kräfte ist:

Der Imperialismus kann in seinem Wirken und Wirksamwerden eingeschränkt, gehemmt, zurückgedrängt werden; das einzige Mittel dazu sowie zu seiner schließlichen Beseitigung und „die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die von revolutionärem Willen und politischer Aktionsfähigkeit erfüllte Macht des internationalen Proletariats“.

Macht bedeutete hier machtvolle Aktionen, einheitliches Handeln der Arbeiterklasse, gemeinsamer Klassenkampf gegen den einen Gegner, der Deutschland in das furchtbare Völkermorden gestürzt hat. Wenn auch alles zum Sozialismus drängte, die Interessen des deutschen Volkes und der ganzen Nation verlangten zunächst und in erster Linie die Auseinandersetzung mit den Kräften, die die Schuld am Kriege trugen — und das waren die Hohenzollern, die Industriebosse von Rhein und Ruhr; das waren die Krupp, Siemens, die Direktoren der Deutschen Bank u. a. Es bleibt von großer historischer und nationaler Bedeutung, damit eine Grundlinie des demokratischen Kampfes begründet zu haben, die den Zusammenschluß aller antiimperialistischen und Antikriegskräfte ermöglichte. Diese Taktik hat ohne Zweifel auch heute noch ihre Aussagekraft.

II.

Die Verwirklichung der genannten Grundlinie verlangte eine vertiefte ideologische Arbeit unter den Arbeitermassen. Sowohl in den „Leitsätzen“ wie in vielen Artikeln, Flugschriften und Broschüren jener Zeit wurde zu Recht betont, daß die sozialistische Weltanschauung zur alles Denken bestimmenden Notwendigkeit, zur Achse allen Handelns erhoben werden muß. Zur gleichen Frage sprachen auch die Vertreter aus den verschiedenen Bezirken Deutschlands, die die Zusammenkunft nutzten, um ihre Erfahrungen im praktisch-politischen Kampf auszutauschen. Sie waren es vor allem — und zwar auf Grund der gemachten Erfahrungen —, die auf die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms drängten, das unmittelbar auf die Verhältnisse in Deutschland zugeschnitten war. Den wichtigsten Platz mußte

darin die politische Aufklärung einnehmen. Nicht zuletzt darum wurde über die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes beraten, das der Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Massen zum Kampf gegen den Krieg dienen sollte. So entstanden zunächst die „Politischen Briefe“, die seit der Reichskonferenz im Januar 1916 regelmäßig erschienen und mit „Spartakus“ unterzeichnet waren. Liebenvoll nannten die revolutionären Arbeiter dieses Mitteilungsblatt „Spartakusbriefe“, ein Name, der auch der gesamten Gruppe gegeben wurde. „Spartakus“ — das war das Symbol für Frieden, Freiheit und Brot, für wahrhafte Demokratie und Völkerverständigung.

Um den furchtbaren Krieg beenden und ein demokratisches Deutschland

schaffen zu können, war neben ideo-
logischer Klarheit die Gewinnung von
Verbündeten notwendig. Dieser Gedanke
bewegte alle Vertreter der
deutschen Linken auf der Konferenz,
wie ihre Berichte über den Stand der
Antikriegsarbeit in den verschiedenen
Gegenden zum Ausdruck brachten.
Insbesondere Karl Liebknecht fragte
nach allen Einzelheiten in der Agita-
tion unter den Massen, bei Straßen-
demonstrationen und Streiks und
mahnte wiederholt, die Jugend und
die Frauen in die Aktionen und in die
revolutionäre Kleinarbeit einzubezie-
hen. Sein Bemühen ging dahin, eine
breite Kampffront gegen den imperialis-
tischen „Hauptfeind im eigenen
Land“ zustande zu bringen, weil ohne
sie keine wesentlichen Erfolge erzielt
werden können. In diesem Geist nahm
er beispielsweise Verbindung mit dem
„Bund Neues Vaterland“ auf, einer
pazifistischen Organisation, die im Ok-
tober 1914 entstanden war. Wenn er
auch nicht mit allem einverstanden
war, was der „Bund Neues Vaterland“
tat, so sah er in ihm einen möglichen
Verbündeten, mit dem es zusammen-
zuarbeiten galt. Die Polizeiberichte
aus jener Zeit vermerkten mit beson-
derer Unruhe, daß die deutschen Linken
eine breite Friedenspolitik be-
trieben. In einem Bericht vom
Juni 1915 hieß es, daß die radikale
Oppositionspartei immer weiter ver-
sucht, „sowohl in Genossen- wie in
bürgerlichen Kreisen Propaganda für
einen bald herbeizuführenden Frieden
zu machen“. Das fand seine Würdigung
durch eine Reihe von Vertretern des
fortschrittlichen Bürgertums. Einer

von ihnen schrieb darüber: „Von 1915
ab hätte sich jeder Friedensfreund
so rücksichtslos für seine Überzeugung
einsetzen müssen, wie dies Karl Lieb-
knecht“ getan hat. Das war Ausdruck
einer gemeinsamen Plattform, auf der
eine gedeihliche Zusammenarbeit mög-
lich wurde.

Von dieser Grundposition aus war
es nicht zufällig, daß sich Karl Lieb-
knecht und die Spartakusgruppe mit
größter Intensität der Arbeit unter der
Jugend und den Frauen, unter den
Soldaten und den in der Heimat ver-
bliebenen Arbeitern zuwandten. Eine
immense Kleinarbeit wurde dabei von
ihnen geleistet. So wurden zum Bei-
spiel in den ersten 16 Monaten des
Krieges eine Anzahl Flugblätter und
Flugschriften gegen den Krieg und
die Haltung der Parteinstanzen der
Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands herausgegeben, insgesamt etwa
eine Million Exemplare. Diese ziel-
strebige Arbeit, verbunden mit den
Ergebnissen der Reichskonferenz vom
Januar 1916, mußte zur Festigung der
Front derer führen, die gemeinsam
für die revolutionäre Beendigung des
imperialistischen Krieges kämpften.
Mit Recht wird darum der 1. Januar
1916 die Geburtsstunde des Spartakus-
bundes, des Vorläufers der Kommuni-
stischen Partei Deutschlands, genannt.
Trotz vieler Hemmnisse begann sich
auch in Deutschland die Gesetzmäßigkeit
der Entstehung und Entwicklung
einer Partei neuen Typus durch-
zusetzen; einer Gesetzmäßigkeit, die
auch nicht durch Verbot aus der Welt
geschafft werden kann.

III.

Mit der Formierung der Spartakus-
gruppe drangen die Linken tiefer
in die Massen ein; sie wurden von
vielen Arbeitern und anderen werk-
tätigen Kräften immer besser verstan-
den. Das hatte seine Ursache vor allem
in der immer klareren Formulierung
der Kampfaufgaben, besonders durch
die Beachtung der nationalen Grund-
aufgabe — Schaffung wahrhaft demo-
kratischer Verhältnisse. Es ist darum
nicht zufällig, daß auf die Spartakus-
anhänger die Große Sozialistische
Oktoberrevolution eine außerordent-
lich tiefe Wirkung hatte. Karl Lieb-

knecht drückte einmal aus, was alle
empfanden: „Die weithistorische Größe
der von ihnen (den Bolschewiki —
d. V.) auf allen Gebieten begonnenen
kulturellen Aufräumungs- und Neu-
schöpfungsarbeit erkennt und bewun-
det Niemand mehr wie ich... Mein
Kopf und Herz sind voll davon. Viel
möchte ich davon hören und sagen.“

In der Oktoberrevolution sahen sie
vieles von dem verwirklicht, was
ihnen als Ziel gleichfalls vorschwebte.
Auch sie wollten die Peiniger des
deutschen Volkes, die Fürsten, Gene-
räle, Ausbeuter und alles, was dazu

gehört, verjagen. Was lag näher, als die Lehren aus dieser Revolution für den Kampf um die revolutionäre Beendigung des Krieges in Deutschland zu ziehen. Die Hauptlehre besagte: Gewinnung der Massen und ideologische Klarheit — und sie wurde von der Spartakusgruppe wie von der späteren Kommunistischen Partei Deutschlands beherzigt.

Wenn die Geschichte das Gedächtnis der Nation ist, wie ein altes Wort sagt, so ist es gut und richtig, ab und zu das Vergangene zu betrachten, um

besser das zu verstehen, was noch vor einem steht. In diesem Gedächtnis nehmen programmatiche Höhepunkte der revolutionären Arbeiterbewegung einen Ehrenplatz ein, sind sie doch dazu geeignet, Gültiges für das gegenwärtige Ringen um den gesellschaftlichen Fortschritt auszusagen. Sie liegen vor uns aufgeschlagen wie ein Geschichtsbuch — lesen wir daraus, betrachten wir es als Mahnung und Lehre aus geschichtlicher Erfahrung derjenigen, die vor uns gekämpft haben.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Können die Bonner Herren Krieg wollen, wenn das für sie die Selbstvernichtung bedeutet?

Es ist durchaus verständlich, daß diese Frage gestellt wird. Tatsächlich würde sich ein künftiger Krieg wesentlich von allen früheren Kriegen unterscheiden. In allen bisherigen Kriegen mußten hauptsächlich die werktätigen Massen die Kriegslasten tragen und die Blutopfer bringen, während die herrschende Klasse selbst bei einer Niederlage immer mit dem Leben davonkam. Jetzt ist das anders. Unter den heutigen Bedingungen wäre ein Krieg in Europa zweifellos ein

Atomkrieg. Die Bundesrepublik würde zu einer Atomwüste ohne jedes Leben. Das wäre nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Bonner Politiker und Militärs die atomare Vernichtung.

Das ist unsere Meinung, und darum betrachten wir es als unsere vornehmste Aufgabe, zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht. Die Frage ist nur: Denken die führenden Leute in Bonn ebenso?

I.

Die Bonner Regierung ist bekanntlich die einzige Regierung in Europa, die mit Gebietsforderungen an andere Staaten auftritt. Sie will, wie v. Hassel sagte, „die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben“¹⁾. Ihre Politik ist deshalb darauf gerichtet, die DDR „zurückzuholen“, die Grenzen von 1937 wiederherzustellen und „alle mittel- und osteuropäischen Völker vom Kommunismus zu befreien“. Das sind Ziele und Forderungen, in denen der Krieg steckt. Die Frage ist nun: Glauben die Bonner Politiker wirklich, daß ein künftiger Krieg auch für sie und un-

ausweichlich die Selbstvernichtung bedeutet? Oder sehen sie eine Chance, dabei nicht nur zu überleben, sondern auch ihre Ziele zu erreichen?

Daß die Bonner Herren tatsächlich an eine solche Chance glauben, geht aus einem im „Bulletin der Bundesregierung“ abgedruckten Vortrag des Bonner Sonderministers Krone in den USA hervor. Darin heißt es, das „atomare Patt“ habe „die Wahrscheinlichkeit eines großen Nuklearkrieges vermindert. Zu gleicher Zeit aber eröffnet sich wieder eine Zeit von Konflikten, die nach Art der eingesetzten Waffen und nach dem Umfang des betroffenen

¹⁾ „Deutsche Volkszeitung“, Düsseldorf vom 30. 8. 1961

Gebletes begrenzt sind“³). In einem so begrenzten Krieg sehen die Bonner Politiker und Militärs die Chance, ihre Ziele zu erreichen.

Diese Folgerung war der Ausgangspunkt für die Strategie der „abgestuften Abschreckung“, die zu einem Leitprinzip der Bonner Vorwärtsstrategie wurde. Diese Strategie geht davon aus, die gestellten Ziele stufenweise, d. h. in mehreren Etappen durchzusetzen. Dabei setzen die Bonner Strategen auf den Angriffskrieg, der mit einem „verdeckten Krieg“ gegen die DDR eröffnet werden soll⁴). Durch den Einsatz irregulärer Kräfte, soll die DDR „sturmreif“ gemacht, der Vorwand zum Eingreifen der Bundeswehr geschaffen und der Konflikt zu offenem, aber lokal begrenzten Krieg ausgeweitet werden. Dabei treten die verantwortlichen Bonner Politiker und Generale dafür ein, daß die Bundeswehr die Kampfhandlungen mit dem sofortigen Einsatz taktischer Atomwaffen, d. h. mit überraschenden atomaren Angriffsschlägen gegen die auf dem Gebiet der DDR stationierten Streitkräfte beginnt.

Kein Zweifel: Das alles ist natürlich im höchsten Grade abenteuerlich und wahnwitzig; das alles hat auch keinerlei Aussicht auf Erfolg. Und doch haben wir den Bonner Politikern und Strategen keineswegs falsche Absichten und Pläne unterschoben. Wir haben nur das dargestellt, was sie selbst gelegentlich gesagt und geschrieben haben. So erklärte z. B. der damalige Luftwaffenchef Kammhuber, es sei die Aufgabe der Luftwaffe, „im atomaren Einsatz ... das in der Kampfzone bereits vorhandene militärische Potential des Gegners anzugreifen und schon vor seinem Einsatz gegen die eigenen Kräfte zu vernichten“⁵). In einer vom Heeresinspekteur de Maizière herausgegebenen Broschüre heißt es: Um eine „rasche Kriegsentscheidung“ herbeizuführen, sei ein „umfassender und frühzeitiger Einsatz atomarer Abwehrwaffen er-

forderlich“⁶). Auch der Bonner Verteidigungsminister v. Hassel hat sich wiederholt für den sofortigen Einsatz taktischer Kernwaffen ausgesprochen, und der Abgeordnete im Bundestag, Baron Guttenberg (CSU), hat 1964 die Absicht zugegeben, „noch vor dem Gegner zu nuklearen Waffen zu greifen.“⁷)

Der Bonner Vorwärtsstrategie liegt also eine Überlegung zugrunde, die Strauß am 20. 3. 1958 im Bundestag so formulierte: „Die technische Entwicklung, die Zerstörungskraft der Waffen, die Schnelligkeit, mit der sie getragen werden, bieten heute einem Angreifer ... ungeheure Vorteile.“ Mit anderen Worten: Die Bonner Strategen glauben, ihre Ziele erreichen zu können, wenn sie in einem lokalen Krieg das militärische Potential der DDR durch Überraschungsangriffe mit taktischen Atomwaffen vernichten.

Darum versucht die Bonner Regierung, Atomwaffen in den Griff zu bekommen, Darum fordert sie ein atomares Mitspracherecht und das „Miteigentum an einem atomaren Waffensystem“ („Frankfurter Allgemeine“, 24. 11. 1965). Darum hat sie die Erzeugung von Plutonium so weit vorangetrieben, daß die Bundesrepublik — einem Bericht der „Welt“ vom 20. 11. 1965 zufolge — gegenwärtig 13 und 1968 bereits 186 Atombomben des Nagasaki-Typs produzieren kann. Darum verschärft sie — „selbst auf die Gefahr hin, da oder dort als Störenfried zu gelten“ — den kalten Krieg, den Kampf gegen Abrüstung und Entspannung, die psychologische Kriegsführung und die antikommunistische Hetze gegen die DDR.

Dem gesunden Menschenverstand erscheint dies alles einfach unfaßbar. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß es in der Bonner Regierung und in der Bundeswehrführung maßgebliche Kräfte gibt, die das beabsichtigen, planen und vorbereiten. Wir sind natürlich fest davon überzeugt, daß die Bonner Regierung keinerlei Aussicht hat, ihre Ziele zu erreichen. Das scheitert am bestehenden Kräfteverhältnis. Aber wir wissen auch, daß die aggressiven Kräfte des Imperialismus gegenwärtig noch die Möglichkeit haben, einen Krieg vom Zaune zu brechen. Daraus erwächst für unser Volk eine tödliche Gefahr, die Gefahr der atomaren Vernichtung.

³) „Bullettin der Bundesregierung“, Bonn, Nr. 50, vom 20. 3. 1965

⁴) Siehe „Wissen und Tat“, Nr. 11/12 — 1965

⁵) „Wehrpolitische Informationen“, Köln, Nr. 41, vom 27. 10. 1960.

⁶) Ulrich de Maizière, „Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung“, Hamburg-Berlin 1964, S. 29

⁷) Guttenberg, „Wenn der Westen will“, Stuttgart 1964, S. 123

Warum verfolgt die Bonner Regierung einen derart abenteuerlichen und gefährlichen Kurs? Ist das mit moralischer Verwerflichkeit zu erklären?

Manchmal wird gesagt, die militärischen Planungen und Vorbereitungen seien doch nur für den Eventualfall; die Hauptsache sei doch, daß die Bonner Politiker die Atomwaffen als politische Waffen gebrauchen wolle.

Daß Bonn die Atomwaffen als Druck- und Erpressungsmittel benutzen will, ist wahr. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, daß die aggressiven Kräfte in der Bundesregierung und im Bonner Generalstab auf den Krieg hinarbeiten. Diese Politik hat ihre Wurzel in dem Widerspruch zwischen der großen ökonomischen Stärke des deutschen Imperialismus und den engen Grenzen seines Herrschafts- und Einflußbereichs. Die Bundesrepublik ist heute die zweitstärkste Industriemacht der kapitalistischen Länder. Ihr Kapitalreichtum ist größer als je zuvor, ihr Herrschaftsgebiet jedoch kleiner als früher. Auf der Jagd nach höchsten Monopolprofiten, im Streben nach neuen Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Anlagegebieten für den Export von Kapital drängen die Konzernbosse und Bankmagnaten deshalb nach einer Erweiterung ihres Wirtschaftsgebiets, ihres Herrschafts- und Einflußbereichs. Sie sagen das sogar ganz offen. „Die Bundesrepublik“, schrieb der Düsseldorfer „Industriekurier“ am 10. 4. 1965, „zählt zu den bedeutendsten Industrie- und

Handelsmächten der Erde ... Trotzdem sind wir politisch ohne entsprechendes Gewicht. Insofern besteht für unser Land zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen innen und außen ein großes Mißverhältnis. Das ... macht die ganze Schwere des verlorenen Krieges deutlich.“

Eben daraus erklärt sich das Bestreben der Bonner Regierung und ihrer großkapitalistischen Hintermänner, ihren politischen Einfluß, ihren Herrschafts- und Einflußbereich der ökonomischen Stärke des Bonner Imperialismus anzupassen. „Wir bestehen gegen alle Widerstände darauf“, schrieb Gerstenmaier in der Zeitschrift „Christ und Welt“ (Nr. 38, vom 17. 9. 65), „das Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Deutschlands in der Welt herzustellen.“ Die Bundesrepublik müsse sich „im gleichen Rang neben Frankreich und England ihren internationalen Verpflichtungen zuwenden.“

Angesichts einer solchen politischen Zielsetzung erhebt sich die Frage, welche Folgen diese Großmachtpolitik haben kann. Der Widerspruch zwischen der ökonomischen Kraft und den engen Grenzen des Herrschaftsbereichs hat das deutsche Großkapital in diesem Jahrhundert bereits zweimal dazu gebracht, alles auf die Karte der Gewalt und des Krieges zu setzen. Die Politik der Bundesregierung, ihre Strategie, ihre Planungen und Vorbereitungen beweisen, daß das deutsche Großkapital erneut diesen Weg beschritten hat.



Aus Verantwortung vor unserem Volk wollen wir Kommunisten gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften der Bundesrepublik verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht. Die aggressive, abenteuerliche und lebensgefährliche Politik der Bundesregierung muß beendet und durch eine neue Politik ersetzt werden. Wie jetzt erneut auf der 6. ZK-Tagung treten wir Kommunisten für eine europäische Sicherheitszone, für den Abschluß

eines Nichtangriffsvertrages zwischen der NATO und den Warschauer Vertragsstaaten, gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen und die Forderung der Bonner Politiker nach einem atomaren Mitspracherecht und für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten ein. Den Atomwütigen muß man die Bomben ausschlagen! Das ist der Weg, um die tödliche Gefahr zu bannen, der Weg zur Sicherheit vor einem Atomkrieg.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Theoretische Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien in Prag

Eine Theoretische Konferenz von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien, die dem 30. Jahrestag des VII. Weltkongresses der Komintern gewidmet war, hat in Prag stattgefunden. An der Zusammenkunft, zu der das ZK der KPC und die Redaktion der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ eingeladen hatten, nahm auch eine Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands teil.

Unter führenden Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien, die in der tschechoslowakischen Hauptstadt weilten, befanden sich u. a. die Genossen Boris Ponomarjow, Franz Dahlem und Karl Mewis, Khaled Bagdache, Jacques Duclos, Dolores Ibarruri und Johann Koplenig. Das Hauptreferat hielt Genosse Ponomarjow, Sekretär des ZK der KPdSU. Er würdigte die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Komintern und den untrennabaren Zusammenhang zwischen dessen Ideen und den Gegenwarts-

problemen der kommunistischen und Arbeiterbewegung.

In der Diskussion hatten die Vertreter von 40 kommunistischen und Arbeiterparteien in dreitägigen Beratungen Erfahrungen und Meinungen über wichtige Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung und über ihre Festigung und Geschlossenheit ausgetauscht.

In seinem Schlußwort würdigte der Chefredakteur der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Genosse Georgi Franzew, die Tatsache, daß sich alle Teilnehmer für eine gemeinsame Beratung der kommunistischen und Arbeiterbewegung und für die Fortführung des gegenseitigen Erfahrungsaustausches ausgesprochen hatten.

„Wir sind der Meinung“, sagte er, „daß die gemeinsame Beratung einiger wichtiger Aspekte der Theorie und Geschichte der kommunistischen Weltbewegung von großer Bedeutung ist und der Festigung der kommunistischen und Arbeiterbewegung dient.“

Zahlen — Tatsachen — Vergleiche aus der Sowjetunion

Die Industrieproduktion der UdSSR erhöhte sich bis 1964 gegenüber 1913 auf das 56fache, dabei betrug die Produktion von Produktionsmitteln das 130fache des Standes von 1913.

Von 1930 bis 1965, ausgenommen die Jahre des Großen Vaterländischen Krieges, betrug das jährliche durchschnittliche Wachstumstempo der Industrieproduktion in der Sowjetunion 13,2 Prozent, in den USA dagegen in diesem Zeitraum nur 2,7 Prozent, d. h. nur ein Fünftel des sowjetischen Zuwachses.

Im Jahre 1965 werden in der Sowjet-

union über 90 Millionen Tonnen Stahl, 72 Millionen Tonnen Zement und 509 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie erzeugt sowie 242 Millionen Tonnen Erdöl gefördert.

Im Jahre 1964 betrug die Bruttoproduktion der sowjetischen Landwirtschaft das 1,8fache von 1940.

In den ersten zehn Monaten d. J. 1965 wurden an den Sowjetstaat abgeliefert:

34,9 Millionen Tonnen Milch, das sind 7,2 Millionen Tonnen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres;

9,7 Milliarden Eier, das sind 2,1 Milliarden mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres;

364 000 Tonnen Wolle, das sind 21 000 Tonnen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres;

8,1 Millionen Tonnen Fleisch, das sind 1 Million Tonnen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Das Nationaleinkommen der Sowjetunion hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt,

gegenüber 1940 ist es auf das 5,9fache gewachsen.

Der Lebensmittelverbrauch stieg gegenüber dem Vorkriegsstand auf das Dreifache.

Die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds betrugen 1964 fast 37 Milliarden Rubel und belaufen sich in diesem Jahre auf 41 Milliarden Rubel.

Zahlen aus der Festansprache von D. S. Poljanski aus Anlaß des 48. Jahrestages der Oktoberrevolution

Die große Idee der Einheit in Italien

von SERGIO SEGRE

Mit dem 36. Parteitag der Sozialistischen Partei, der am 14. November 1965 nach fünftägiger Dauer zu Ende ging, begann in Italien die „Saison der Parteitage“. Dem SPI-Parteitag folgte im Dezember (16.—19.) der I. Parteitag der Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP), Anfang Januar (8.—11.) der Parteitag der italienischen Sozialdemokraten, und die KPI wird die Kongresssaison in Italien mit ihrem XI. Parteitag (25.—30. Januar) beschließen.

Die gesamte italienische Linke debattiert also und hält kritische Rückschau — ein Vorgang, der von der Öffentlichkeit des Landes mit großem und zuweilen leidenschaftlichem Interesse verfolgt wird. Die Aufmerksamkeit ist berechtigt: Von der Linken — die jetzt veröffentlichten Thesen zum KPI-Parteitag begründen dies — hängt entscheidend ab, ob Italiens Krise im Interesse des Volkes und der Nation gelöst werden kann.

Die Verantwortung Nennis

Italien sah mit wachsender Aufmerksamkeit auf den römischen Kongresspalast, wo die SPI ihren Kongress abhielt. Die große Frage aller Italiener — bleiben die Sozialisten Koalitionspartner des Christdemokraten Moro und vereinen sie sich mit der Sozialdemokratischen Partei? — ist jetzt wohl vorerst beantwortet — beides wird in der Schlußresolution befürwortet. Man hatte diese folgenschwere Entschei-

Die links von der Democrazia Cristiana (DC) stehenden Parteien (dazu gehört auch die kleine Republikanische Partei) haben 48 Prozent der Wähler hinter sich. Sie sind also eine große, allerdings gespaltene Kraft. Ihre Spaltung wirkt sich logischerweise auf ihre Fähigkeit aus, die Politik der Democrazia Cristiana (DC) zu bekämpfen. Zwei der genannten Parteien — Nenni, SPI und die Republikaner — sind sogar Partner im Kabinett des Christdemokraten Moro; zwei von ihnen — KPI und PSIUP — stehen in der Opposition.

Die Regierung des „linken Zentrums“ ist gescheitert. Sie war außerstande, irgendeines der brennenden Probleme Italiens zu lösen. Daraus erwächst die Forderung nach einer neuen italienischen Innen- und Außenpolitik und damit auch nach einer neuen Mehrheit der Linken.

dung der Delegierten von vornherein erwartet; denn der rechte Flügel und die Mitte — der Parteitag bestätigte das — waren mit 80 von 101 Sitzen in der Majorität.

Das ist sicher ein zeitweilig großer Erfolg für Nenni, aber es handelt sich nicht um eine stabile solide Mehrheit. Die sozialistische Basis hat es nie an Druck auf die Führung fehlen lassen. Die Meinungsverschiedenheiten und die Diskussionen hatten sich vor dem

Kongreß in Rom bereits auf den Provinzialparteitagen gezeigt. Es war zum Teil heftige Kritik an Nenni geübt worden.

Es gibt gewichtige Gründe dafür: Nenni stimmte vor zwei Jahren dem Eintritt seiner Partei in die links-zentristische Koalition unter Führung der Christlichen Demokraten zu. Moro indessen hat keine der Bedingungen erfüllt, unter denen damals die SPI seine Einladung annahm. Die SPI konnte sich in keiner Frage gegen den konservativen Flügel durchsetzen, der im Auftrag der Monopole heute die Democrazia Cristiana befiehlt. Weder in der Außenpolitik (Moro hat wiederholt „Verständnis“ und auch „Solidarität“ für die USA-Aggressionen in Vietnam bekundet) noch in der Innenpolitik (Moro hat alle Reformen ab-

gelehnt, die einmal für die SPI Fundament der Koalition sein sollten).

Die Beteiligung der SPI an der Regierung hat für die Partei allerschwerste Folgen gezeitigt. Erst kam die Abspaltung der PSIUP (sie entstand aus der Ablehnung des Koalitionsvertrages durch die sozialistische Linke); dann die Spaltung der verbliebenen Mehrheit und der Übergang Lombardis, Santis und anderer Führer der SPI zur Opposition innerhalb der Partei.

Lombardi und die übrige Linke vertreten, wie gesagt, zur Zeit nur 20 Prozent der SPI-Führung. Das klingt unbedeutend, ist aber viel, wenn man bedenkt, wie sehr diese Strömung die ganze Partei beeinflußt. Das wird sich auch jetzt, nach dem Parteitag, zeigen.

Die Rolle der PSIUP

Auch die PSIUP hat ihre Thesen für den I. Parteitag veröffentlicht. Sie betont darin, die Politik des linken Zentrums „widerspricht den Interessen und Zielen der Arbeiterbewegung. Der Kampf gegen das linke Zentrum, aktuelle und entscheidende Aufgabe der Klassenbewegung, ist ein Moment des Kampfes gegen den Kapitalismus.“ Die Bedeutung des PSIUP-Parteitages (die Partei hat rund eine Million Wähler hinter sich) liegt mit darin, ob er eine Antwort auf die Frage geben kann: Wird die Partei die Fähigkeit haben, in der Festlegung ihrer Politik gewisse „linke“ Tendenzen zurückzuweisen, die es in der Partei gibt?

Über das Verhältnis der Kommunisten zur PSIUP hat Genosse Luigi Longo auf der jüngsten Tagung des ZK der KPI gesagt: „Der Entwicklung neuer Beziehungen der Solidarität und der Zusammenarbeit mit der PSIUP muß besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Beitrag dieser Partei stellt ein sehr wichtiges Element des Wiederaufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung dar. Es muß das Gewicht anerkannt werden, das dieser Partei in der demokratischen und Arbeiterbewegung Italiens zukommt. Es muß indessen gleichzeitig jede Ten-

denz bekämpft werden, die die Politik der Einheit der Arbeiterklasse auf die Beziehungen zur PSIUP reduziert und so die Möglichkeiten einer positiven Einheitsaktion gegenüber der SPI und allen Linkskräften beschränkt.“

Was den Parteitag der Sozialdemokraten anlangt, so wird die Debatte nicht auf Thesen basieren, sondern auf dem Bericht des Parteisekretärs Tanassi. Er wurde am 31. Oktober veröffentlicht und wird im Januar in Neapel von Tanassi vorgelegt. Der Bericht verweist auf die „Schwierigkeiten, die die Geburt und die ersten Schritte des linken Zentrums charakterisierten und auch heute noch nicht ganz überwunden sind“. Die Partei bezeichnet das linke Zentrum als „positiv“ und proklamiert erneut die Vereinigung mit der SPI; sie sei „dringend und notwendig“.

Der XI. Parteitag der KPI wird, wie wir schon sagten, die „Kongreßsaison“ beschließen. Die Kommunisten haben mit ihren Thesen ein großes Programm für den Kampf gegen das linke Zentrum und seine gegenwärtige konservative Orientierung vorgelegt. Sie zeigen eine echte Alternative auf: Eine neue Mehrheit ist nötig, die eine Politik radikaler Erneuerung der Demokratie und der politischen Struktur des Landes verficht.

Die Stellung zur deutschen Frage

Interessant für der deutschen Leser ist I auf jeden Fall die Haltung der verschiedenen linken Parteien zur Deutschlandfrage und zu den europäischen Problemen. Es ist kein Zufall, wenn die KPI das erste Kapitel ihrer Thesen („Der Kampf für den Frieden, für eine neue Außenpolitik Italiens und für die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung“) der internationalen Politik widmet: „Das Hauptziel einer neuen italienischen Außenpolitik muß es sein, unserem Land wirkliche nationale Unabhängigkeit zu geben und es autonom von jeglichen Militärblocks zu machen: Atomares Disengagement, Nichterneuerung des Atlantikpaktes und Neutralität stehen am Ende einer solchen Linie.“ Einen besonderen Raum nimmt im außenpolitischen Programm der KPI die Anerkennung der DDR und die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Mittel- und Südeuropa und im Mittelmeerraum ein.

Auch die PSIUP fordert für Italien eine Politik aktiver Neutralität. Die Mehrheitsströmung der SPI bekräftigt in ihren Thesen die „Ablehnung jeder Art Weiterverbreitung von Kernwaffen“ und in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Ablehnung „jeglicher direkten oder indirekten Bewaffnung Deutschlands“. Das ist klar. Die SPI-Mehrheit „stellt die Zugehörigkeit Italiens zum atlantischen Bündnis nicht in Frage“. Die „neue Linke“ und Lombardi fordern dagegen, daß sich die SPI nicht mehr an die Erneuerung des Atlantikpakt gebunden fühlen

soll. Italien müsse de facto die „Existenz zweier Deutschlands anerkennen, deren Vereinigung nur durch Abkommen zwischen ihnen unter der Voraussetzung ihrer atomaren Nichtausrüstung erfolgen kann“. Sie bekräftigen ihre „totale Ablehnung jeder direkten oder indirekten Atomrüstung (West-)Deutschlands und der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht“.

Das sind im wesentlichen die Probleme, um die es auf dem Parteitag der links von der Democrazia Cristiana stehenden Parteien geht. Wie man sieht, gibt es also viele Gemeinsamkeiten, aber auch erhebliche Gegensätze. Was zählt, ist jedoch nicht eine minutiöse Analyse des einen oder anderen Punkts der Übereinstimmung oder der Meinungsverschiedenheiten: was zählt, ist der allgemeine Zusammenhang, in den ihre Aktionen gestellt werden.

Das große Band der Einheit, das nach dem Kriege von den italienischen Werktägern geknüpft worden war — wenn ihm auch aus der Politik des linken Zentrums und der Entwicklung der SPI zu sozialdemokratischen Positionen hin großer Schaden erwuchs — lebt solide fort in der CGIL, in den Gewerkschaften, und in Tausenden Gemeinden. Was wichtig ist — und darauf legen die Kommunisten den Akzent —, ist die Arbeit an einem neuen gemeinsamen Willen, der fähig ist, im Kampf Front zu machen gegen die konservative Politik der DC und die Politik der Regierung Moro.

Tatsachen aus der DDR

Handelsumsatz DDR—Sowjetunion erreicht 60 Milliarden Mark

Am 3. Dezember wurde zwischen der DDR und der Sowjetunion ein neues langfristiges Handelsabkommen für die Jahre 1966—1970 unterzeichnet. Das ist der bisher größte Vertrag zwischen beiden Ländern. Er sieht einen Handelsumsatz von 60 Milliarden Mark vor, das sind 43 Prozent mehr als in

dem 1965 abgelaufenen langfristigen Abkommen umgesetzt wurden. Die DDR wird u. a. aus der Sowjetunion 36 Millionen Tonnen Erdöl, 31 Millionen Tonnen Steinkohle, 10 Millionen m³ Holz und 410 000 Tonnen Baumwolle erhalten. Außerdem liefert die UdSSR 8500 Werkzeugmaschinen, 15 000 Traktoren, 6000 schwere LKW, 450 Spezialbagger, 24 Flugzeuge, darunter Großraumflugzeuge IL 62 und IL 18, ferner 80 000 PKW und in großem Umfang Ersatzteile usw. Die DDR liefert an die Sowjetunion in großen Mengen Ausrüstungen, Werkzeug-

maschinen, chemische Anlagen und chemische Apparate, ferner 339 Schiffe, 3130 Reiserzugwagen, 5250 Kühlwaggons und über 100 000 Tonnen Walzwerksausrüstungen. Hinzu kommen wissenschaftliche Apparate und Geräte usw. Dieses Vertragswerk ist ein entscheidender Beitrag für die weitere Entwicklung der DDR und sehr bedeutsam für die Versorgung der Sowjetindustrie. Es ist ein Zeugnis der weiteren Entwicklung der brüderlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und eine feste Grundlage für den gegenseitigen Beistand. Dieser Vertrag wird in der Wirtschaftsgeschichte der beiden Staaten zweifellos eine bedeutsame Rolle spielen.

Aus der Bilanz des Bezirks Halle

Über eine Million Frauen leben im Bezirk Halle; das sind fast 54 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der beschäftigten Frauen allein im Raum Halle-Merseburg-Bitterfeld beträgt jetzt 72,6 Prozent und wird auf 76 Prozent im Jahre 1970 anwachsen. Das macht den Bau weiterer sozialer Einrichtungen erforderlich.

Am 24. Juli wurde in Roßlau eine Station für pflegebedürftige Kinder eröffnet. Dort finden jene Sprößlinge bis zum sechsten Lebensjahr liebevolle Aufnahme, die infolge leichterer Erkrankungen nicht in die Krippe oder in den Kindergarten gehen können. In dreizehn Jahren sind in der DDR nur für solche Einrichtungen der Vorschulerziehung rund 2,3 Milliarden Mark ausgegeben worden.

Auch an die kranken und erholungsbedürftigen Kinder wird gedacht. Im Bezirk Halle finden jährlich 12 500 kleine Kurgäste in 13 Kinderheimen Erholung. Eines dieser Heime liegt in Mariental bei Eckartsberga und gehörte dem Krupp-Schwiegersohn Baron Wilmowsky als herrschaftliches Schloß. Heute betreuen dort 45 Frauen und Männer in jedem Durchgang (vier Wochen) 160 Kinder. Der Staat zahlt für jedes Kind 400 Mark. Die Sorge um den Menschen beginnt in der DDR bereits mit der Sorge um die jüngsten Bürger.

200 Jahre Bergakademie Freiberg

Im November feierte die Öffentlichkeit in der DDR den Tag der 200. Wie-

derkehr der Gründung einer der ältesten deutschen Bergakademien. Die Regierung der DDR und das Zentralkomitee der SED würdigten die großen Leistungen dieser technischen Hochschule, die auf eine reiche, ruhmvolle Tradition und auf bedeutende Leistungen in den letzten 20 Jahren zurückblicken kann. Seit der Neueröffnung der Bergakademie Freiberg im Jahre 1946 verließen über 3200 Absolventen die Hochschule. Das ist fast die Hälfte der in den Jahren des Feudalismus und Kapitalismus in der Bergakademie Freiberg ausgebildeten Wissenschaftler.

An den Feierlichkeiten nahmen mehr als 1000 ausländische und westdeutsche Gäste teil. Sie kamen aus 39 Ländern. Der Akademische Senat der Bergakademie hat kurz vor den Feiern beschlossen, eine Sektion "Erdöl" zu bilden. In dieser Sektion sind acht Institute verschiedener Fakultäten zusammengeschlossen, die komplex daran forschen, Erdöllagerstellen zu erkunden und Verfahren zur Erdölverarbeitung auszuarbeiten. Ein junges Institut der Bergakademie ist das Eisenhütteninstitut mit 60 Institutsangehörigen. Das Durchschnittsalter der hier tätigen 12 Dozenten und Assistenten liegt bei 30 Jahren.

★ ★
★

177 Frauen haben bisher an der Bergingenieurschule „Ernst Thälmann“ in Senftenberg das Ingenieurdiplom erworben. Bis vor wenigen Jahren war der Beruf eines Bergingenieurs ausschließlich „Männerache“.

★ ★
★

Der 300 000. PKW „Trabant“ verließ Ende August im VEB Automobilwerke Sachsenring Zwickau das Montageland. Der in Leistung, Form und Geprägtheit international anerkannte Kleinwagen beherrscht zunehmend das Bild auf den Straßen der DDR. Er wird in 15 Länder exportiert.

Messe der Meister von Morgen

In Leipzig fand die VIII. Zentrale Messe der „Meister von Morgen“ statt. Die Jugend der DDR zeigte auf einer Fläche von mehr als 29 000 qm 2427 Exponate aus 33 Bereichen der Volks-

wirtschaft. An ihrer Entwicklung und Produktion beteiligten sich 15 230 junge Neuerer, Studenten und Schüler. 1064 Verfahren und Aggregate repräsentierten bereits realisierte Aufgaben aus den Plänen der Betriebe über die Einführung der neuen Technik. Nach den Berechnungen wird mit den neuen Verfahren, Maschinen und Geräten, bereits ein volkswirtschaftlicher Nutzen von 80 Millionen Mark erwartet. Zur Vorbereitung der Zentralen Messe in Leipzig fanden Leistungsschauen in 735 Betrieben und in 686 Schulen und Universitäten und in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften statt. Die Jugendbrigade „German Titow“ aus den Leunaerwerken steht seit 1959 an der Spitze im Wettbewerb. 194 Neuerervorschläge mit einem volkswirtschaftlichen Nutzen von rund 100 000 Mark gehen allein auf das Konto dieser Brigade.

Deutsches Rote Kreuz in der DDR

470 000 Mitglieder, 86 000 Junge Sanitäter und 780 000 Freunde waren 1964 im DRK vereinigt.

48 000 Ärzte, Zahndärzte, Apotheker und andere medizinische Kräfte gehören dem DRK als Funktionäre und Mitglieder an.

1 370 000 Bürger informierten sich bis zum 30. Juni 1965 in Lehrgängen.

50 000 ausgebildete Mitglieder arbeiten gegenwärtig in rund 18 000 Hygieneaktivs.

10 000 Vorträge behandelten 1964 Themen der hygienischen Lebensweise in Stadt und Land.

58 Millionen Kilometer fuhren 1964 die Krankentransportwagen des DRK. In über eineinhalb Millionen Einsätzen wurden dreieinhalb Millionen Patienten befördert.

18 473 Unfallmeldestellen und 3966 Unfallhilfsstellen leisten Erste Hilfe.

1783 Ärzte arbeiten in Betrieben

1783 Ärzte sind gegenwärtig im Betriebsgesundheitsschutz der DDR hauptberuflich tätig. Das weitverzweigte Netz von Betriebsgesundheitseinrichtungen in der DDR umfasst über 88 Betriebspolikliniken, 215 Betriebs-

ambulatorien, 1592 Arbeitssanitätsstellen und 19 Nachtsanatorien.

In den 15 Bezirken der DDR arbeiten außerdem Arbeitssanitätsinspektionen und in den Kreisen leitende Fachärzte für den Gesundheitsschutz in den Betrieben.

Die VVB und die Betriebe wenden zur Unterhaltung und Förderung ihrer Gesundheitseinrichtungen beträchtliche Mittel auf. Der Staatshaushalt der DDR stellt zur Entwicklung der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes in den Betrieben jährlich weit über 150 Millionen Mark bereit.

20 Jahre Volksbuchhandel

Während der diesjährigen Woche des Buches konnte der Volksbuchhandel in der DDR zugleich sein 20jähriges Bestehen feiern. Mit dem Volksbuchhandel ist ein gewaltiges Unternehmen entstanden. Es umfasst 810 Buchhandlungen, darunter über Hundert Spezialbuchhandlungen für fremdsprachige Literatur, für Fachbücher und wissenschaftliches Schrifttum. Jährlich werden in diesen Buchhandlungen für etwa 20 Millionen Mark Bücher verkauft. Die Leipziger Franz Mehring-Buchhandlung, die größte aller Buchhandlungen in der DDR, hat einen jährlichen Umsatz, der sich auf 8 Millionen Mark beläuft. Durch den Volksbuchhandel wird u. a. nach 1945 das Kommunistische Manifest vertrieben. Seit 1945 hat der Dietz Verlag dieses Urkunde des wissenschaftlichen Sozialismus in 1½ Millionen Exemplaren verbreitet.

Filmfestival

Mit der Verleihung der Preise durch die Jury fand die VIII. Internationale Dokumentar- und Kurzfilmwoche im Leipziger Capitol ihren feierlichen Abschluß. 938 Filmschaffende und Journalisten aus 49 Ländern nahmen am diesjährigen Festival teil, in dessen Verlauf insgesamt 125 Kino- und Fernsehfilme aus 37 Ländern vorgeführt wurden.

Den Sonderpreis der Jury erhielt: Der gewöhnliche Faschismus (UdSSR) des Regisseurs Michail Romm. Dem gleichen Film wurde der Preis der Filmkritik der DDR verliehen.

O'Casey-Welturaufführung

Als erste Berufsbühne der Welt brachte das Theater der Stadt Cottbus eines der letzten Schauspiele Sean O'Caseys, „Hinter grünen Vorhängen“. Friedrich Sieberts Inszenierung und die Leistung des Ensembles sind um so höher zu bewerten, als man in Cottbus noch keine Erfahrungen mit den eigenwilligen Stücken des großen irischen Dichters und der Widersprüchlichkeit seiner Gestaltungen hatte.

My fair Lady in Dresden erstaufgeführt

Die Wogen der Begeisterung erreichten im Dresdner Operettentheater Rekordhöhen. Der Grund: Die DDR-Erstaufführung des nach Shaws Schauspiel „Pygmalion“ und nach dem gleichnamigen Film geschaffenen Musicals „My fair Lady“ ging über die Bühne.

Gleich zwei profilierte Gäste stehen in Dresden-Leuben in „My fair Lady“ auf den Brettern: Marita Böhme von der DEFA und Peter Herden vom Ensemble des Dresdner Staatsschauspiels. „Ich habe schon manche schöne Theaterrolle spielen dürfen, aber die Eliza Doolittle ist eine Traumrolle, und ich betrachte es als den bisher größten Erfolg für mich, daß ich diese

Rolle überhaupt bekam“, meinte Marita Böhme.

Gute schauspielerische Leistungen, zündende Melodien, die schon längst Schlager geworden sind, und nicht zuletzt eine besonders gelungene Ausstattung garantieren dafür, daß Marita Böhme sich wohl für eine lange Zeit darauf einrichten kann, zwischen Babelsberg und Dresden zu pendeln, um dort zur Freude des Publikums vom Blumenmädchen zur Lady zu avancieren und Prof. Higgins (Peter Herden) Phonetikaufgabe. „Es grünt so grün, wenn Spaniens Blüten blühn“ zu lösen.

Es liegen schon Kartenbestellungen vor, die bis in jene Zeit reichen, in der es in der Natur wieder „so grün grünen“ wird . . .

Polytechnisches Zentrum

Gegenwärtig erhalten 2100 Schüler der 7. bis 10. Klassen aus den Kreisen Hoyerswerda und Spremberg im polytechnischen Zentrum des Kombinats Schwarze Pumpe eine Ausbildung. In allen Abteilungen sammeln die Schüler Produktionserfahrungen und erfüllen nutzbringende Aufträge. Schüler, die später im Kombinat eine Lehre beginnen wollen, können schon in der 9. Klasse einen Lehrvertrag abschließen.

Zur Herausgabe der „Dokumente der KPD 1945—1956“
durch den Dietz Verlag

Das neue Buch

Ein bedeutsamer Beitrag zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung
von MAX SCHÄFER

Mit der Herausgabe der „Dokumente der KPD 1945—1956“ hat sich der Dietz-Verlag ein großes Verdienst um das Verständnis der Ursachen und Triebkräfte der Entwicklung in Westdeutschland erworben. Der Band enthält die wichtigsten Dokumente der KPD von 1945, als mit der Zerschlagung der faschistischen Heere durch die Sowjetarmee und ihre Verbündeten in der Antihitlerkoalition für ganz Deutschland die Möglichkeit gegeben war, eine wahrhaft demokratische Ord-

nung zu errichten, bis zum August 1956, als die in Westdeutschland erneut zur Macht gelangten imperialistischen Verderber unserer Nation im Zuge der Militarisierung die KPD verboten.

„Aus den in diesem Band veröffentlichten Dokumenten geht hervor, daß sich die KPD sowohl in ihrer Politik als auch in ihrer praktischen Tätigkeit stets von den nationalen, demokratischen und sozialen Interessen der Arbeiter, der Werktätigen und aller von den Monopolen bedrohten Schichten unseres Volkes leiten ließ.“¹⁾

¹⁾ Max Reimann: Vorwort des Dokumentenbandes, Seite 17.

I.

Die Grundlage des Handelns der Kommunisten in ganz Deutschland, auch in den damaligen Westzonen, war nach der Befreiung vom Hitlerregime der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945.

Die im Band veröffentlichten Dokumente bestätigen, daß die Kommunisten und mit ihnen Sozialdemokraten, weite Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Westdeutschland ebenso wie in Ostdeutschland auf die Bestrafung der Kriegsschuldigen drängten, Faschismus und Militarismus für immer entmachten und den Weg einer friedlichen und demokratischen Entwicklung gehen wollten.

Charakteristisch für die damalige Lage in den Westzonen, für den Willen zur Einheit der Kommunisten und Sozialdemokraten und für das Verlangen der Massen nach einer friedlichen und demokratischen Entwicklung sind: Das „Aktionsprogramm der Vertreter der Kommunisten und der Sozialdemokraten Hamburgs vom 24. 6. 1945“ und die „Vereinbarung zwischen Vertretern der KPD und der SPD Bayerns in München über die Bildung einer Aktionsgemeinschaft“. Beide Dokumente sind im Band gleich nach dem Aufruf

des ZK der KPD vom 11. 6. 1945 aufgenommen.

Als Sofortaufgaben werden in der Vereinbarung von Bayern in voller inhaltlicher Übereinstimmung mit Hamburg (und mit dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45) u. a. genannt:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Nazipartei ...
3. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit ...
8. Übergabe aller Betriebe, die lebenswichtigen, öffentlichen Bedürfnissen dienen, und aller Betriebe, die sich bisher im Besitz von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis befanden, in die Hände demokratischer Organe der Gemeinde oder des Landes! Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der arbeitenden Bauern und der Landarbeiter.“¹⁾

Wird so an Hand der Dokumente bewiesen, daß der Wille zur Einheit bei Kommunisten und Sozialdemokraten nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in den Orten, Kreisen und Bezirken vorhanden war und sich entwickelte, so gilt dieses auch von der Forderung nach antifaschistisch-demokratischen Reformen.

II.

Aus dem Dokumentenband geht ein dringlich hervor, daß die KPD in den Westzonen als einzige Partei die Lehren aus Krieg und Faschismus zog. Er zeigt, wie die Kommunisten vorangingen, um das Leben zu normalisieren, Hunger und Kälte zu bekämpfen und die Betriebe wieder in Gang zu bringen.²⁾

Im Ergebnis des Verlangens breiter Massen nach demokratischen Reformen, des Zusammenwirkens von Sozialdemokraten und Kommunisten bei der Gewerkschaftsarbeit und in den Betrieben, im Ergebnis auch der parlamentarischen Arbeit der KPD und

fortschrittlicher Kräfte und unter dem Einfluß der demokratischen Veränderungen in Ostdeutschland wurden auch in Ländern der westlichen Besatzungszonen Gesetze über demokratische Reformen durchgesetzt. So z. B. der Artikel 41 der hessischen Verfassung, das Gesetz über die Überführung des Kohlebergbaus in Nordrhein-Westfalen in Gemeineigentum, Bodenreform-Gesetze und Betriebsrätegesetze in Bremen, Hessen, Württemberg-Baden. Die Durchführung dieser Gesetze wurde jedoch von den Besatzungsmächten verboten, wie die Überführung des Kohlebergbaus, oder von den Besatzungsmächten und den reaktionären Kräften in den Landesregierungen und Zonenverwaltungen sabotiert. Es ist nicht nur von geschichtlichem Interesse, sondern auch von aktueller Be-

¹⁾ ebenda, S. 17/18

²⁾ Siehe z. B. Aufruf der KPD, Bezirk Ruhrgebiet-Westfalen, von Anfang Dezember 1945; Dokumentenband, S. 32-41

deutung, daß der Dokumentenband nun den ersten Gesetzentwurf der Landtagsfraktion der KPD Nordrhein-Westfalen (Seite 102/103), die Entschließung des Landesparteitags Hessen der KPD zum Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften (Seite 106/107) und die Resolution für die unverzügliche Durchführung des Artikels 104 der hessischen Verfassung veröffentlicht.⁴⁾

Aus dem Dokumentenband geht hervor, wie die kommunistischen Parteiorganisationen in den Westzonen gemeinsam mit klassenbewußten Sozialdemokraten große Anstrengungen machten, um über das gemeinsame Handeln bei der Bildung von Einheitsgewerkschaften und im Kampf für demokratische Reformen zur organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse als Schlüssel für den antifaschistisch-demokratischen Aufbau zu gelangen. Im Dezember 1945 fordert z. B. eine gemeinsame Funktionärskonferenz der KPD und der SPD des Kreises Wiesbaden „die Schaffung der politisch-organisatorischen Einheit der Arbeiterschaft (Dokumentenband, S. 47/48). In vielen Orten bildeten sich Organisationskomitees auf der Grundlage der „Grundsätze und Ziele der SED“. Der Dokumentenband enthält den Beschuß des Landesparteitages der KPD Nordrhein-Westfalen, in dem es heißt:

„Die betrieblichen, örtlichen und Kreisorganisationen der KPD im Lande Nordrhein-Westfalen werden verpflichtet, alle Bestrebungen zu

Die KPD stand in den Westzonen an der Spitze des nationalen Kampfes für ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliches Deutschland, gegen die imperialistischen Spalter. Sie wandte sich darum sofort gegen die Bildung der Bi- und der Trizone, mit der die Spaltung Deutschlands vorbereitet wurde. (Siehe Stellungnahme des zentralen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD zur Bildung des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates vom Juni 1947;

unterstützen, die die Schaffung der SED zum Ziele haben.“⁵⁾

Die imperialistischen Besatzungsmächte im Bunde mit den großkapitalistischen Reaktionären und gestützt auf die vom Antikommunismus geblendet rechten sozialdemokratischen Führer verhinderten jedoch die Einigung der Arbeiterklasse. Schließlich wurde 1947 die Gründung der SED in den Westzonen von den imperialistischen Besatzungsmächten verboten.

Es entsprach dem Hauptziel vor allem der USA-Besatzung, das wirtschaftliche und militärische Potential Westdeutschlands in den von den USA geführten antisowjetischen Kriegsblock einzubeziehen. In einer Entschließung der Vertreter der KPD der amerikanischen Besatzungszone wird schon im Juni 1946 festgestellt:

„Auf dem Gebiete der Wirtschaftsgestaltung, des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften und Betriebsräte, der Sozialpolitik, der Boden- und Schulreform, der Reform der Selbstverwaltung, der Schaffung einer demokratischen Verfassung stoßen die Vertreter echter demokratischer Grundhaltung auf den schärfsten Widerstand reaktionärer Kräfte. Die Aufgabe, der demokratischen Entwicklung entsprechend den Potsdamer Beschlüssen die Wege zu bereiten, wird erschwert durch das Fehlen einer genügend breiten Bewegungsfreiheit der politischen Parteien und Gewerkschaften.“⁶⁾

III.

Dokumentenband S. 123/124). In der Erklärung des Parteivorstandes der KPD auf der Herner Konferenz im April 1948 werden die Hintergründe der Politik der deutschen Monopolverren zur Spaltung Deutschlands entlarvt:

„Die westdeutsche Reaktion fürchtet, daß die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten demokratischen Maßnahmen ... durch die Kraft der vereinten Arbeiterklasse auch im Westen Deutschlands verwirklicht werden könnten. Darum gab sie die deutsche Einheit preis und ermunterte die westlichen Besatzungsmächte, von den Potsdamer Beschlüssen abzurücken.“⁷⁾

⁴⁾ ebenda, Seite 110/112

⁵⁾ ebenda, Seite 118

⁶⁾ ebenda, S. 85/86

⁷⁾ ebenda, S. 141

Die KPD unterbreitet in dieser Erklärung konkrete Vorschläge zur Wahrung der nationalen Einheit und zur Verwirklichung der Volkssouveränität.⁸⁾

Als mit der separaten Währungsreform und mit der Bildung des „Parlamentarischen Rates“ die Schlußphase der staatlichen Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband eingeleitet wurde, erhob die KPD die Forderung, diese Maßnahmen der Spaltung rückgängig zu machen. Sie forderte die Durchführung eines Volksentscheides über die Einheit Deutschlands; die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung und die Bildung

einer gesamtdeutschen Regierung; den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.⁹⁾

Zugleich kämpften die Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat um die Verankerung möglichst großer demokratischer Rechte des Volkes und der Verpflichtung zu einer Friedenspolitik im westdeutschen Grundgesetz. Dem entsprach, daß die Vertreter der KPD damals die Unterzeichnung des Grundgesetzes ablehnten, weil es die Urkunde der Spaltung Deutschlands war, aber dabei erklärten, daß die KPD die im Grundgesetz enthaltenen demokratischen Rechte verteidigen werde gegen die Väter dieses Gesetzes.

IV.

Die veröffentlichten Dokumente beweisen, daß die ganze Tätigkeit der KPD seit der Bildung der Bundesrepublik bestimmt ist vom Kampf um den Frieden, gegen die Remilitarisierung, für Demokratie, für die sozialen Rechte der werktätigen Massen, für die „Wiedervereinigung“ Deutschlands durch Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die KPD machte in dieser Zeit wiederholt Vorschläge für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. So stellte die Bundestagsfraktion am 27. September 1951 einen Antrag, in dem es hieß:

„Der Bundestag stimmt dem Vorschlag der Volkskammer der DDR zur Durchführung einer gesamtdeutschen Beratung zu, die folgende Aufgaben erfüllen soll:

1. Für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland festzulegen.
2. Den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug aller Besetzungs-

truppen aus Deutschland zu verlangen.“¹⁰⁾

Als am 10. März 1952 die Regierung der UdSSR die Grundsätze eines Friedensvertrages vorschlug, in denen auch die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorgesehen waren, unternahm die KPD alles, was im Parlament und außerhalb des Parlaments in ihren Kräften stand, damit die große Chance für unser Volk nicht ungenutzt verstreicht.

Der konsequente Kampf der KPD gegen die Remilitarisierung war nicht ohne Wirkung. 9 Millionen sprachen sich 1951/52 in einer Volksbefragung gegen Remilitarisierung aus. Es kam zu bedeutenden Aktionen der Jugend, wie der Jugendkarawane nach Essen im Mai 1952, bei der der Jungkommunist Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde. Um diesen Volkswiderstand zu überwinden, begannen die herrschenden Kreise in Bonn schon 1950, die demokratischen Rechte des Volkes abzubauen und das Grundgesetz auszuhöhlen. Schließlich beantragte die Adenauer-Regierung im November 1951 beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD. Der Parteivorsitz der KPD charakterisierte diesen Verbotsantrag als eine Bedrohung der Freiheit und des Rechts aller friedliebenden und patriotischen Deutschen.¹¹⁾ Ein solcher Angriff auf die demokratischen Rechte war auch das Betriebsverfassungsgesetz vom Oktober 1952.

⁸⁾ ebenda, S. 145/155

⁹⁾ ebenda, S. 100

¹⁰⁾ ebenda, S. 293

¹¹⁾ ebenda, S. 295/298

Die KPD stellte den arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Anschlägen der Reaktion in Anträgen im Bundestag und in der Öffentlichkeit, ihre Vorschläge für ein echtes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in allen personellen,

wirtschaftlichen und sozialen Fragen entgegen.¹²⁾ Ihre Forderung nach demokratischer Mitbestimmung verband die KPD mit dem Verlangen nach Überführung der ausschlaggebenden Industrie- und Bankkonzerne in öffentliches Eigentum.

V.

In dem ganzen Zeitabschnitt stand die KPD in der ersten Reihe des Kampfes um Demokratie. Als die Väter des Grundgesetzes begannen, die in ihm enthaltenen bürgerlich-demokratischen Rechte auszuhöhlen, führte die KPD entsprechend der Erklärung Max Reimanns 1949 im „Parlamentarischen Rat“ den Kampf für ihre Verteidigung.

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge, der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO war in Bezug auf die Lösung der nationalen Frage eine neue Lage entstanden. Hatte noch der Hamburger Parteitag gesagt, „Verhinderung der Pariser Verträge..., das heißt, das ist der Weg für eine Verständigung über freie und demokratische Wahlen in ganz Deutschland und damit für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland“, so war dieser Weg nun versperrt, die Spaltung Deutschlands für lange Zeit zementiert. Eine Wiedervereinigung durch einen einfachen Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten war unmöglich geworden, und der Prozeß der Wiedervereinigung konnte nur im Kampf der fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik zur Überwindung der Macht der Monopole und des Militarismus vorangetrieben werden. In der programmatischen Erklärung des Parteivorstandes der KPD „Die neue Lage und die neuen Aufgaben in Westdeutschland“ vom Oktober 1955 heißt es daher:

„In Westdeutschland muß eine neue Politik durchgesetzt werden, die auf

die Erhaltung des Friedens in Europa durch ein System der kollektiven Sicherheit gerichtet ist.“

In Westdeutschland muß im Kampf gegen den Militarismus und seine Träger, die Monopolherren und Großgrundbesitzer, eine neue demokratische Ordnung geschaffen werden.

Nur auf diesem Wege kann die deutsche Frage Schritt um Schritt gelöst werden.¹³⁾

Als der Hamburger Parteitag stattfand, hatte der Verbotsprozeß gegen die KPD bereits begonnen. Zuvor war der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Wintrich bei Adenauer gewesen, der massiv auf den Beginn des Prozesses und das baldige Verbot der KPD drängte. Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die herrschenden Kreise in Westdeutschland mit dem Verbot der KPD die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Militarisierung und ihren aggressiven, revanchistischen Kriegskurs sichern wollten.

Die Richtigkeit dieser Feststellungen hat sich in den neun Jahren seit dem Verbot immer deutlicher erwiesen und wird seither auch in zunehmendem Maße erkannt. Darum verstärkt sich in der Öffentlichkeit die Erkenntnis, daß die Bundesrepublik eine legale kommunistische Partei braucht, fordern mehr Menschen aller Bevölkerungsschichten die Aufhebung des KPD-Verbots.



Der Dokumentenband ist somit ein getreues Siegelbild des Kampfes der Arbeiterklasse und der KPD seit 1945. Er zeigt die friedliebenden Kräfte in Aktion und kündet von den Gefahren,

die von der erstarkten Reaktion für Frieden und Demokratie ausgehen. Der Dokumentenband sollte von allen aktiven Genossen unserer Partei und von den Freunden der Demokratie sehr beachtet und noch aufmerksamer studiert werden.

¹²⁾ ebenda, S. 329/330

¹³⁾ ebenda, S. 529

Zur Lage der Arbeiterklasse in Westdeutschland

In dieser Studie sind Tatsachen und Probleme zur Lage der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik behandelt. Die Politik der Arbeiterbewegung und die Taktik ihres Kampfes selbst können nur dann richtig und begründet sein, wenn sie sich auf Wissen und Verständnis für die konkreten Nöte und Bedürfnisse der Werktätigen stützen, die sich aus ihrer Lage, aus ihren Lebensbedingungen ergeben. Die Materialien über die Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik wurden von einer Forschungsgruppe im Auftrag des ZK der KPD vorbereitet und in der Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 11/1965 veröffentlicht. Der vorliegende Abdruck ist leicht gekürzt.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hoffte der überwiegende Teil der werktätigen Bevölkerung in ganz Deutschland, daß die Befreiung vom Faschismus in eine gesellschaftliche Ordnung einmünden würde, in der eine Konzentration wirtschaftlicher Macht nicht wieder zu politischem Mißbrauch führen konnte. Das Potsdamer Abkommen der Siegermächte gab dazu eine feste Handhabe; es sah die Beseitigung übermäßiger Konzentration wirtschaftlicher Macht vor. Dieser Weg ist in der Deutschen Demokratischen Republik beschritten worden. In Westdeutschland wurden diese geschichtlichen Forderungen ignoriert. Damit blieb auch die Stellung der Arbeiterklasse innerhalb der Gesellschaft grundsätzlich unverändert.

I. Das Wachstum der Arbeiterklasse

Seit 1950 hat in Westdeutschland eine relativ rasche wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden, welche auf dem Nachkriegsboom, der durch staatsmonopolistische Maßnahmen geförderten technischen Entwicklung und — bis 1961 — zu einem nicht unerheblichen Teil auf der Ausplünderung der DDR beruhte. Damit waren ein starkes zahlenmäßiges Wachstum und eine Veränderung der Zusammensetzung der Arbeiterklasse verbunden. Die Ideologen der Monopolbourgeoisie behaupten, daß das Proletariat verschwinde. Der Bonner Kanzler Erhard hat neuerdings erklärt, daß Westdeutschland auf dem Wege zu einer „formierten Gesellschaft“ sei, in der es keine Klassengegensätze mehr gäbe und alle gesellschaftlichen Gruppen immer mehr untereinander kooperierten. Andere Behauptungen laufen darauf hinaus, die Masse der Arbeiter sei längst zum Mittelstand aufgestiegen, und dies widerlege die marxistische Theorie von den Klassen.

Entwicklung der Sphäre der Lohnarbeit

Es läßt sich aber auch von den Apologeten des Kapitalismus nicht bestreiten, daß der Anteil der unselbstständig Beschäftigten seit Jahrzehnten rasch steigt. Ebenso ist es Tatsache, daß diese „Unselbstständigen“ täglich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen (das Häuflein der Direktoren, Manager und höheren Beamten ausgeschlossen) und daß sie damit zur Arbeiterklasse gehören.

Die Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung Westdeutschlands

(in Prozent)

	1925	1939	1950	1956	1964
Selbständige*	17,2	14,9	14,8	13,3	11,4
Mithelfende Familienangehörige	19,6	18,4	14,4	11,0	8,7
Arbeiter, Angestellte, Beamte	63,2	66,7	70,8	75,7	79,9

*) Dieser Kategorie gehören alle Gruppen von Eigentümern (Unternehmer, Bauern usw.) sowie Angehörige freier Berufe an, die nicht in Lohnarbeit stehen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S. 16; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965, S. 151.

Diese Angaben beweisen eindeutig den raschen, ständig weiter fortschreitenden Prozeß der Proletarisierung der Bevölkerung Westdeutschlands. Ein wachsender Teil der Bevölkerung lebt vom Verkauf seiner Arbeitskraft, während der Anteil der Besitzer von Produktionsmitteln an der Gesamtbevölkerung immer noch weiter abnimmt.

Quellen des Anwachsens der Arbeiterklasse

Dieser Prozeß verläuft in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft sehr unterschiedlich. Während beispielsweise die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft von 1950 bis 1963 um 19 Prozent, in Industrie und Handwerk um 18 Prozent abnahm, stieg sie im Bereich der Verteilungs- und Dienstleistungswirtschaft um 21 Prozent. Andererseits sank die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Landwirtschaft um 56 Prozent, während sie im Bereich der übrigen produzierenden Wirtschaft um 51 Prozent, in der Dienstleistungs- und Verteilungswirtschaft sogar um 58 Prozent stieg. In den produzierenden Bereichen der Wirtschaft nimmt zwar der Anteil der Arbeiter und Angestellten in letzter Zeit nur wenig zu, aber der der Selbständigen vermindert sich rasch. Auch außerhalb der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion verändert sich die Relation zwischen Selbständigen und „Unselbständigen“ dadurch, daß die Zahl der letzteren sehr viel rascher steigt.

Die Veränderung der Relation zwischen Selbständigen und „Unselbständigen“ deutet bereits auf eine wichtige Quelle der Zunahme der Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten hin. Von 1950 bis 1963 ist die absolute Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten von 14,8 auf 21,3 Millionen gestiegen. Diese Zunahme basiert vor allem auf folgenden Faktoren: Die Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft ist von 1950 bis 1963 um 1 236 000 zurückgegangen, im verarbeitenden Gewerbe (darunter vor allem im Handwerk) um etwa 160 000. Der Zustrom von Umsiedlern aus den Gebieten, die zur ČSSR und Polen gehören, brachte bis 1958 5,7 Millionen Menschen nach Westdeutschland, darunter 3,0 Millionen Erwerbspersonen. Sie fanden in Westdeutschland fast ausschließlich als Arbeiter und Angestellte Arbeit — viele allerdings erst nach langer Arbeitslosigkeit. Gab es unter den 5,7 Millionen Umsiedlern zum Zeitpunkt der Umsiedlung eine Million Selbständige und mithelfende Familienangehörige, so 1956 nur noch rund 200 000.

Bedeutenden Anteil am Zuwachs der Arbeiter und Angestellten hat die Steigerung der Frauenbeschäftigung. Von 1950 bis 1962 nahm die Zahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten um 1,8 Millionen zu, ihr Anteil an der Zahl der „unselbständigen“ Erwerbspersonen stieg von 30,7 auf 33,5 Prozent. Die Erwerbsquote der verheirateten Frauen stieg in dieser Zeit von 25 auf 32 Prozent. Selbstverständlich rekrutiert sich der bei weitem größte Teil dieser nun erwerbstätigen Frauen aus der Arbeiterklasse selbst.

Schließlich sei als wesentliche Quelle für das Anwachsen der Arbeiterklasse in Westdeutschland noch der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte genannt. Im

Herbst 1964 überstieg ihre Zahl erstmals eine Million, während Mitte 1960 erst 276 000 gezählt wurden.

Strukturelle Veränderungen

In der Nachkriegszeit veränderte sich in Westdeutschland auch die Verteilung der Werktätigen auf die einzelnen Wirtschaftszweige sehr rasch. Am auffallendsten ist der starke Rückgang des Anteils jener Arbeiter und Angestellten, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, und ein rascher Anstieg der Zahl der im Handel, Geld- und Versicherungswesen Tätigen.

Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Wirtschaftszweigen

	1951		1962	
	in 1 000	in Prozent	in 1 000	in Prozent
Land- und Forstwirtschaft	981	6,7	546	2,6
Bergbau, Energie, Steine und Erden	981	6,7	1 094	5,1
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	2 550	17,5	4 778	22,5
Chemische Industrie	341	2,3	612	2,9
Textilgewerbe, Bekleidungsgewerbe	1 035	7,0	1 164	5,5
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	1 942	13,5	1 553	11,9
Baugewerbe	1 174	8,1	2 324	10,9
Handels-, Geld-, Versicherungswesen	1 473	10,1	3 015	14,2
Dienstleistungen	995	6,0	1 361	6,4
Verkehrswesen	1 093	7,5	1 278	6,0
Öffentliche Dienste	2 019	13,8	2 575	12,1
Insgesamt	14 583	100,0	21 299	100,0

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1956, S. 118/119; 1960, S. 148/149; 1963, S. 144/145.

Früher sehr bedeutende Gruppen der Beschäftigten machen heute nur noch einen geringen Teil der Arbeiter und Angestellten aus. Der Anteil der unselbstständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft sank von 6,7 auf 2,6 Prozent, jener im Bergbau von 4,2 auf 2,7 Prozent, der der Arbeiter und Angestellten in der Textil- und Bekleidungsindustrie von 7,0 auf 5,5 Prozent. Bei der Bundesbahn waren 1950 noch 4,1 Prozent aller Arbeiter und Angestellten beschäftigt, 1962 aber nur noch 2,5 Prozent. In den „Häuslichen Diensten“ arbeiten nur noch 2,3 gegenüber früher 4,2 Prozent der Beschäftigten. Andererseits wuchs der Anteil der Beschäftigten des Handels von 8,6 auf 12,1 Prozent, der des Hoch- und Tiefbaus von 5,8 auf 8,0 Prozent, der des Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbaus von 7,8 auf 10,5 Prozent und der der Elektrotechnik von 2,3 auf 4,0 Prozent.

Dieser Prozeß der schrittweisen **Strukturveränderungen** in der Arbeiterklasse ist vor allem auf die Entwicklung der Produktivkräfte zurückzuführen. Die technische Revolution, die im Kapitalismus bekanntlich mit massenweiser Kapitalvernichtung verbunden ist, ändert auch die Struktur der Beschäftigten — sowohl nach Wirtschaftszweigen wie auch nach der Art der Qualifikation und anderen Momenten. Ebenfalls üben gewisse parasitäre Erscheinungen des Kapitalismus einen Einfluß auf die Struktur der Beschäftigten aus, was in der überdimensionalen Zunahme des Dienstleistungs- und Handelsapparates zum Ausdruck kommt. Parallel zu diesen Veränderungen wuchs der Anteil der Angestellten innerhalb der Arbeiterklasse rasch an. Auch dies ist teilweise auf die technische Entwicklung (Zunahme der technischen Angestellten) und teilweise auf die Ausdehnung des Dienstleistungs- und Handelsbereichs sowie die Aufblähung des Staatsapparates zurückzuführen.

Anteil der Angestellten und Arbeiter an den Beschäftigten (in Prozent)

	Arbeiter	Angestellte und Beamte
1939	72,6	27,4
1950	71,6	28,4
1958	68,5	33,5
1962	62,5	37,5

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964; Statistik der Bundesrepublik Deutschland 1956, Bd. 36, Teil I, Heft 3.

Während vor dem zweiten Weltkrieg auf 100 Arbeiter 38 Angestellte und Beamte gezählt wurden, sind es 1962 bereits 60 gewesen.

Schließlich sei noch auf eine weitere Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse hingewiesen, die sich darin äußert, daß eine zunehmende Zahl von Arbeitern und Angestellten in Großbetrieben beschäftigt ist. Waren 1952 34,2 Prozent der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten tätig, so 1961 bereits 40,1 Prozent. In einigen Produktionszweigen stieg dieser Anteil besonders stark, so in der chemischen Industrie von 53,0 auf 62,4 Prozent, im Maschinenbau von 38,8 auf 45,2 Prozent, im Fahrzeugbau von 76,8 auf 80,8 Prozent und in der elektrotechnischen Industrie von 41,4 auf 55,8 Prozent. Die wachsende Konzentration der Arbeiter in Großbetrieben begünstigt den Kampf der Arbeiterklasse. Dennoch kann man nicht für die gesamte Wirtschaft eine Konzentration der Arbeiter auf Großbetriebe feststellen. Die Zunahme des dienstleistenden Bereichs bewirkt eine entgegengesetzte Tendenz zu einer Vielzahl von neuen kleineren Arbeitsstätten.

II. Die soziale Lage und die Ausbeutung der Industriearbeiter

Das „Wunder“ auf Kosten der Werktätigen

Das Monopolkapital hat in der Zeit seit der Währungsreform (1948), die die Spaltung Deutschlands praktisch einleitete, in Westdeutschland seine Positionen restaurieren und enorm ausbauen können. Es gelang der Großbourgeoisie, wie es auch im Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) heißt, die alten Besitzverhältnisse wiederherzustellen. Gleichzeitig gelang es ihr, auf Kosten der Arbeiterklasse einen relativ raschen Wirtschaftsaufschwung zu erreichen: Die Werktätigen bauten nach dem Kriege für Hungerlöhne die Betriebe auf und schufen das vielzitierte westdeutsche „Wirtschaftswunder“. Aber sie waren und blieben die Stiefkinder dieses „Wunders“.

Seit 1950 hat sich die Industrieproduktion fast verdreifacht. Die westdeutsche Wirtschaft, die 1948 erst 4,1 Prozent der Produktion aller kapitalistischen Länder bestrielt, konnte diesen Anteil bis 1963 auf 9,4 Prozent erhöhen. Damit liegt die Bundesrepublik in der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder hinter den USA auf dem zweiten Platz. Auch im Außenhandel der kapitalistischen Länder wurde der zweite Platz, den Gesamtdeutschland vor dem zweiten Weltkrieg innehatte, zurückeroberzt.

Verschiedene günstige Faktoren erleichterten den sozialen Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse. In ökonomischer Hinsicht war es vor allem die lang andauernde Konjunktur, die den Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erleichterte. Die Arbeitslosigkeit sank rasch; betrug die Arbeitslosenquote 1950 noch 10,2 Prozent, so 1963 nur noch 0,8 Prozent. Die Arbeitslosigkeit als Massenproblem ist seit Jahren nicht nur unbedeutend geworden, sondern es gibt sogar seit Jahren einen akuten Mangel an Arbeitskräften.

Als wichtiger positiver Faktor wirkt der Druck, den der Aufbau des Sozialismus in der DDR auf die Entwicklung in Westdeutschland ausübt. Bei allen Entscheidungen vor allem auf sozialem und ökonomischem Gebiet muß die Monopolbourgeoisie die Errungenschaften des werktätigen Volkes der DDR in Rech-

nung stellen, was es den Gewerkschaften in Westdeutschland zweifellos leichter macht, soziale Zugeständnisse zu erringen. Die nach dem zweiten Weltkrieg einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland konnte wichtige soziale Erfolge erzielen, die aber erkämpft werden mußten. Ohne Kampfentschlossenheit hätte auch die westdeutsche Arbeiterklasse — trotz der erwähnten günstigen Bedingungen — keine Erfolge erzielt. Andererseits hätten bei einer konsequenteren Nutzung aller Möglichkeiten, bei einer aktiveren und zielbewussteren Führung vieler ökonomischer Kämpfe die Erfolge noch größer sein können.

Die Dynamik des Arbeitslohns

Von 1950 bis 1963 konnte durch den gewerkschaftlichen Lohnkampf, trotz gleichzeitiger Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 32 Prozent, eine durchschnittliche Reallohnnerhöhung um etwa 75 Prozent erzielt werden. Damit können natürlich die Arbeiter und Angestellten im allgemeinen ihre Bedürfnisse wesentlich besser befriedigen als vor 15 Jahren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Lohnniveau des Jahres 1950 infolge des Krieges außerordentlich niedrig war und dem Stand der industriellen Entwicklung Westdeutschlands in keiner Weise entsprach. Außerdem ist in der gleichen Zeit das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde um 121 Prozent gestiegen, also wesentlich schneller als der Reallohn. Die weit größere Belastung in der Produktion durch gesteigerte Arbeitszeit, stärkere Belastung der Nerven usw. ist durch die Lohnerhöhungen also nur zum Teil kompensiert worden. Die Gewerkschaften und (beispielsweise in ihrem „Bayern-Programm“) auch die SPD fordern deshalb für die Arbeiter und Angestellten „den gerechten Anteil am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit“.

Differenzierung der Löhne

Zur Höhe der Löhne muß außerdem vermerkt werden, daß sie sehr große Differenzen aufweisen. So liegen die Löhne der weiblichen Arbeiter im Durchschnitt etwa um ein Drittel niedriger als die der männlichen. Bei den Angestellten beträgt die Differenz 20—25 Prozent. Dies gilt jedoch nur innerhalb der gleichen Qualifikationsstufen. Da die Frauen zu einem sehr viel geringeren Teil in höheren Qualifikationsstufen anzutreffen sind als die Männer, beträgt die wirkliche Einkommensdifferenz sogar rund 40 Prozent.

Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sind dagegen zwar immer noch vorhanden, aber sie sind geringer als vor dem Kriege. Bei den Männern betragen sie knapp 20 Prozent und bei den Frauen weniger als 15 Prozent. Diese Annäherung der Einkommen widerspiegelt die zunehmende Angleichung der sozialen Lage der Angestellten an die der Arbeiter, die in wachsendem Maße auch in den Arbeitsbedingungen zu beobachten ist.

Die folgenden Angaben sollen einen Eindruck von der Unterschiedlichkeit der materiellen Lage der Arbeiter- und Angestelltenfamilien vermitteln:

Nettoeinkommen der Haushalte nach Einkommensgruppen im Jahre 1961 (in Prozent)

Stellung des Haushaltvorstandes	monatliches Einkommen in DM				1200 und mehr
	unter 300	300—600	600—800	800—1200	
Beamte	0,4	17	29	36	18
Angestellte	2	25	31	29	13
Arbeiter	4	52	29	13	3

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1963, Heft 4/April, S. 197.

Die Lebenslage der Arbeiter- und Angestelltenfamilien ist also sehr unterschiedlich. Deshalb geht es bei den schlechter entlohnnten Schichten im Kampf um Lohnerhöhungen nach wie vor um ausreichende Ernährung und Kleidung,

während ein anderer Teil der Arbeiter und Angestellten den Kampf um höhere Löhne mit der Blickrichtung auf langlebige Gebrauchsgüter, darunter auch auf ein kleines Auto, auf Auslandsreisen usw. führt.

Die Klassenspaltung vertieft sich

Der genannten Steigerung der Reallöhne um etwa 75 Prozent seit 1950 steht aber eine noch viel stärkere Steigerung der Profite der Kapitalisten gegenüber. Zwar hat sich bei der Aufteilung des Nationaleinkommens (auf der Entstehungsstufe) zwischen den Anteilen, die auf die Arbeiter und Angestellten einerseits und auf die Selbständigen andererseits entfallen, wenig geändert. Aber die Zahl der Arbeiter und Angestellten ist ja seit 1950 um etwa 50 Prozent gestiegen, während die der Selbständigen um rund 10 Prozent gesunken ist. Bei diesem Sachverhalt hätte die Lohnquote erheblich zunehmen müssen, wenn Arbeiter und Kapitalisten in relativ gleichem Umfang am allgemeinen Wirtschaftswachstum beteiligt gewesen wären. Wie die folgenden Zahlen beweisen, hat sich tatsächlich der **Anteil** der Arbeiter und Angestellten am Nationaleinkommen **verringert**, weil ihre Einkommen bedeutend langsamer gewachsen sind als die der Selbständigen. Wenn die prozentuale Aufteilung des Nationaleinkommens von den Ökonomen der Großbourgeoisie als „Beweis“ für die „soziale“ Marktwirtschaft in Westdeutschland angeführt wird, so wird einfach die veränderte Beschäftigtenstruktur verschwiegen und so die Wirklichkeit verfälscht.

Die Verteilung des westdeutschen Nationaleinkommens

	Nationaleinkommen Md. DM	Bruttojahr- und -gehaltssumme (in Prozent)	Einkommen aus Unter- nehmeraktivität und Vermögen (in Prozent)	Arbeiter und Angestellte	Wachstum des Bruttojahres- einkommens (Index)	Selb- ständige	Relative Veränderungen des Einkommens der Arbeiter und Angestellten
1950	70,9	56,1	42,9	100	100	100	100
1955	131,5	56,2	41,8	147	193	76	
1960	202,3	57,7	40,8	208	306	88	
1962	244,7	60,5	37,6	243	336	72	

Quelle: Errechnet nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, lfd.

Die Bruttojahreseinkommen der Selbständigen sind also wesentlich **rascher** gestiegen als die der Arbeiter und Angestellten. Dabei ist zu beachten, daß die Angaben für die Selbständigen die Einkommen der Kleinbauern, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden usw. enthalten, die meist nicht höher sind als die der Arbeiter. Infolgedessen sind die Angaben für die „Selbständigen“ natürlich nicht repräsentativ für alle unter dieser Rubrik erfaßten Gruppen. Die Großkapitalisten haben in Wahrheit eine noch viel schnellere Steigerung ihrer Einkommen zu verzeichnen als der Durchschnitt der „Selbständigen“.

Zur Charakterisierung der Profitwirtschaft in Westdeutschland seien einige Angaben aus der westdeutschen Vermögenssteuerstatistik gemacht, die allerdings nur die den Steuerbehörden bekannten Vermögen erfassen, also unvollständig sind. 1953 wurden danach in Westdeutschland etwa 1600 Personen gezählt, die ein Vermögen von über 1 Mill. DM hatten und zusammen über 6,5 Md. DM verfügten. 1963 gab es dagegen bereits 11 663 Vermögensmillionäre, die zusammen über 37,7 Md. DM Vermögen verfügten. Neben diesen natürlichen Personen,

die als Vermögensmillionäre erfaßt wurden, gibt es außerdem viele Körperschaften, die ebenfalls Vermögen in Höhe von 1 Mill. und mehr besitzen. Bei ihnen wurden 1953 Vermögen von 24 Md. DM und 1960 von 60 Md. DM ermittelt.

Die Höhe der Profite läßt sich ungefähr aus den Bilanzen der großen Aktiengesellschaften ersehen. Daraus ist z. B. zu entnehmen, daß 1962 den Vorstandsmitgliedern der westdeutschen Aktiengesellschaften durchschnittlich rund 100 000 DM gezahlt wurden. Die Höchstbeträge gehen weit darüber hinaus. Bei den Warenhauskonzernen Kaufhof AG und Karstadt AG wurden 460 000 DM gezahlt, bei den Farbenfabriken Bauer AG 325 000 DM, bei der AEG 350 000 DM und bei der Deutschen Bank AG 375 000 DM. Das sind Einkommen, die etwa das 50fache des Facharbeiterlohns in der Industrie ausmachen. Viele dieser Personen haben aber eine große Zahl solcher gut bezahlten Posten inne. Und außerdem beziehen sie die Dividenden aus ihren Aktienpaketen; 1950 wurden 200 Mill. DM Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet, 1961 aber 3150 Mill. DM. Die Einkommen der Aktionäre sind also um das 15fache gestiegen und haben damit deren Anteil am jährlichen Nationaleinkommen bedeutend erhöht. Trotz dieser erheblichen Steigerung muß festgestellt werden, daß der als Dividenden ausgeschüttete Teil der Profite nur den geringeren Teil des Gesamtprofits ausmacht. Aus den Bilanzen von 50 untersuchten repräsentativen westdeutschen Aktiengesellschaften ergibt sich für das Jahr 1962, daß „nur“ Profite in Höhe von 1,3 Md. DM ausgeschüttet wurden, während die nachweisbaren Profite 5,5 Md. DM betragen. Nach amtlichen westdeutschen Angaben betrug 1962 die Summe der nicht ausgeschütteten Profite aller Gesellschaften 15,8 Md. DM.

Die unerhört hohen Profite der Konzerne und die rasche Zunahme der großen Vermögen beweisen, daß die Ausbeutung der Arbeiter in Westdeutschland rasch zunimmt. Sie beweisen, daß die Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft trotz aller Propaganda vom Wohlfahrtsstaat und der Sozialpartnerschaft nicht aufgehoben ist, sondern sich im Gegenteil weiter vertieft.

III. Die Methoden der Steigerung der Ausbeutung

Neue Technik — Mittel zur Steigerung der Ausbeutung

Eine große Rolle bei der Steigerung der Produktion und der Profite spielt natürlich die durch den schnellen Fortschritt der Wissenschaften rasch vorangetriebene Anwendung der neuen Technik. Diese Rationalisierung „mit Kapital“, d. h. durch Mehreinsatz von Kapital, wird von bürgerlicher Seite stets so dargestellt, als ermögliche sie es dem Arbeiter, weniger zu arbeiten und gleichzeitig mehr zu verdienen. Weniger Arbeit, so wird weiter behauptet, sei identisch mit weniger Ausbeutung oder sogar dem Ende der Ausbeutung überhaupt. Aber wie sich die Ausbeutung in Wirklichkeit entwickelt, zeigt natürlich nicht die Zahl der Arbeitsstunden, sondern die Höhe der Profite, von der oben die Rede war. Die westdeutschen Industriearbeiter brachten 1964 je Arbeitsstunde eine gegenüber 1950 um 140 Prozent gestiegene Produktionsleistung, während ihre Arbeitszeit nur um etwa 6 Prozent gesunken ist. Die effektiv geleistete Arbeitszeit liegt dabei seit Jahren ständig über der tariflich vereinbarten.

Tatsächlich nimmt die Arbeitsbelastung des Arbeiters in der modernen kapitalistischen Produktion ständig zu. Selten werden im kapitalistischen Betrieb technische Verbesserungen vorgenommen, ohne daß gleichzeitig versucht wird, die Arbeitsintensität zu erhöhen. Es ist zwar nicht festzustellen, ein wie großer Teil der Produktionssteigerung auf den Einsatz der modernen Technik bzw. auf die Steigerung der Arbeitsetze zurückzuführen ist. Aber in den meisten Fällen sind technische Verbesserungen mit Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsintensität verbunden, so daß die Rationalisierung im Kapitalismus zu einer verstärkten Belastung des Arbeiters führt und seine Gesundheit untergräbt. Da den Belegschaften und ihren Betriebsräten in der Frage des Arbeitstemplos keinerlei Mitbestimmungsrecht gegeben ist, schlägt sich für die Arbeiter und Angestellten der technische Fortschritt vor allem in härterer Arbeit nieder.

Die Arbeitsbelastung hat sich in Westdeutschland aber nicht einfach nur erhöht; sie ist weithin auch qualitativ eine andere geworden. Die Erhöhung der Arbeitsintensität drückt sich kaum noch in der direkten Steigerung der physischen Belastung aus; diese kann sogar sinken. Aber es wächst in raschem Tempo die **nervliche** Belastung, die so stark sein kann, daß sie den Arbeiter auch physisch ruiniert. Welche Ansprüche die Unternehmer an die Arbeiter bei automatisierter oder teilautomatisierter Produktion stellen, zeigt eine Veröffentlichung des westdeutschen Rationalisierungskuratoriums: „Erhöhte Aufmerksamkeit, starke Konzentration und schnelles Reaktionsvermögen sind erforderlich wegen des schnellen Ablaufens der zu überwachenden Vorgänge, der Vielzahl von Störungsmöglichkeiten, der Beobachtung verschiedener optischer und akustischer Signale und wegen der sich über einen größeren Bereich mit verschiedenen Arbeitsphasen erstreckenden Kontrolle.“

Das Organ der westdeutschen Industriegewerkschaft Metall ergänzte diese Feststellung durch Erfahrungen aus der Praxis: „Genau 120 Schalter und Regler sowie 26 Instrumente muß der Mann am Steuerstand einer modernen Halbzeugstraße ständig bedienen bzw. im Auge haben. Nur eine Sekunde Unaufmerksamkeit kann zu unermeßlichem Schaden führen ... Nur junge Leute sind dieser Belastung gewachsen. Kaum ein Arbeiter an den modernen Walzenstraßen ist älter als 40 Jahre; manch einer der Männer, die sechs, acht oder mehr Walzgerüste steuern, zählt sogar erst 18 oder 20 Jahre.“ („Metall“, Zeitung der IG Metall, Frankfurt/Main, vom 26. August 1959.)

Folgen der Automation

Diese Entwicklung hat neben der wachsenden Arbeitsbelastung weitere außerdentlich schwere Folgen für die Arbeiterklasse. Die Automation stellt jedes Jahr einen wachsenden Teil der Arbeiter, aber auch der Angestellten, vor die Tatsache, daß die erworbene Qualifikation nicht mehr den Anforderungen entspricht, weil die technische Entwicklung bestimmte Berufe überflüssig macht oder zur Veränderung vieler Berufsbilder führt. Eine Untersuchung der IG Metall nannte als Beispiele für solche entwerteten Berufe den bisherigen Weber, Metallschleifer, Punktschweißer, Umlalzer, Porzellandreher, welche „heute kaum noch zu gebrauchen“ seien. Bei westdeutsche Gewerkschaft Textil-Bekleidung berichtet in einer Untersuchung über „die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung in der Textilindustrie“, in einer Vollspinnerei der Baumwollindustrie seien nach der Rationalisierung zwei Drittel der Arbeitskräfte entlassen worden. „50 bis 60 Arbeitskräfte produzieren dort heute mehr als vorher 150 bis 160 Arbeitskräfte.“ Zu einem Teil werden diese Facharbeiterberufe durch neue ersetzt, aber der Bonner Staat und die Unternehmen leisten nur in Ausnahmefällen Beihilfe bei der Umschulung.

Insgesamt ist der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtzahl der Arbeiter in der westdeutschen Industrie zurückgegangen. Im Jahre 1951 waren 57,4 Prozent der männlichen Arbeiter Facharbeiter, 1962 nur noch 52,4 Prozent. In der gleichen Zeit sank dieser Anteil bei den Arbeiterinnen sogar von 11,3 auf 6,2 Prozent. Diese Verschlechterung der Qualifikationsstruktur wirkt notwendigerweise lohnvermindernd, meistens finden die durch die Automation von ihrem Arbeitsplatz verdrängten Arbeiter nur einen schlechter bezahlten neuen Arbeitsplatz. Im Zeitraum der Jahre 1951 bis 1962 hat sich in 14 westdeutschen Industriezweigen die Zahl der Arbeitsplätze um 173 000 verringert. Die betroffenen Arbeiter haben zwar im allgemeinen bisher wegen der anhaltenden Expansion der westdeutschen Wirtschaft Arbeit gefunden, aber meistens mußten sie Lohnneinbußen hinnehmen. Am unsichersten ist daher der Arbeitsplatz in kleineren Unternehmen. Sie sind nicht in der Lage, soviel Kapital aufzuwenden, wie dies für eine moderne Produktion erforderlich ist. Heute gibt es Produktionsanlagen, in denen der einzelne Arbeitsplatz Hunderttausende von Mark kostet. Kleine und mittlere Industrieunternehmen geraten also in immer hoffnungslosere Unterlegenheit. Aber mit ihrer Liquidierung verlieren auch Tausende Arbeiter ihren angestamm-

ten Arbeitsplatz und müssen sich neue, meist weniger qualifizierte und schlechter bezahlte Arbeit suchen.

Systeme der Arbeitsetze

Neben der Rationalisierung „mit Kapital“, also der Anwendung des technischen Fortschritts durch Automatisierung und Mechanisierung, spielt in der westdeutschen Industrie die Rationalisierung „ohne Kapital“ eine große Rolle. Damit sind vor allem die Methoden des Zwangs und des Anreizes zur Mehrarbeit gemeint. Sie sind oft mit der Einführung moderner Technik eng verbunden. In dem erwähnten Bericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung heißt es dazu, in der modernen Spinnerei bedient heute eine Spinnerin 17 Seiten mit 7000 Spindeln. Noch 1957 seien es 4 bis 5 Seiten mit 2000 Spindeln gewesen. Die größere Tourenzahl erfordere „sehr viel größere Anforderungen an die Beweglichkeit des Bedienungspersonals“.

Unter der Vielzahl der Methoden zur Steigerung der Arbeitsintensität stehen in Westdeutschland heute die verschiedenen Systeme der sogenannten **Arbeitsbewertung** im Vordergrund. Sie sind in weiten Bereichen auf betrieblicher Basis eingeführt und in einigen Fällen auch in Tarifverträgen festgelegt worden. Diese Systeme werden mit dem Schein einer objektiven Festsetzung des Lohnes umgeben. Angeblich sollen sie feststellen, „welche Anforderungen die Arbeit an die Ausführenden stellt und welche Fähigkeiten und Kräfte physischer und geistiger Art sie von ihm verlangt“. In einem Punktsystem werden die Arbeitsbedingungen und Anforderungen (notwendige Fachkenntnisse, berufliche Geschicklichkeit, Verantwortung für Betriebsmittel, für die Sicherheit anderer, für den Arbeitsablauf, Anforderungen an Muskelarbeit, Aufmerksamkeit, geistige Beanspruchung, die Umgebungseinflüsse wie Temperatur, Feuchtigkeit, Verschmutzung, Gase, Dämpfe, Lärm, Lichtverhältnisse, Unfallgefahr usw.) bewertet. All dies soll dann eine „gerechte“ Entlohnung sichern, während gleichzeitig die grundlegende Ungerechtigkeit, die Tatsache der Ausbeutung, sorgfältig verdeckt wird. Ein Vorteil dieser Systeme für die Unternehmer besteht in der Möglichkeit, bei Verbesserungen am Arbeitsplatz Punkte und damit Teile des Lohns zu streichen und andererseits den Arbeitern wegen der Kompliziertheit der Berechnung praktisch die Kontrollmöglichkeit über die Lohnberechnung zu nehmen. Damit ist dieses Entlohnungssystem gegen die Einheitlichkeit der tarifvertraglichen Entlohnung gerichtet und dient dazu, die Solidarität der Arbeiter im Lohnkampf zu hintertreiben.

Neuerdings dringen in der westdeutschen Industrie sogenannte Kleinstzeitverfahren (MTM¹) vor. Die Arbeit wird dabei in kleinste Teilbewegungen zerlegt, für deren jede eine bestimmte Zeit vorgegeben wird. Die Summe der Teilezeiten ergibt die Gesamtzeit, die dem Arbeiter für die Erledigung der Arbeit eingeräumt wird. „Die Einführung solcher Systeme soll zu einer durchschnittlichen Steigerung des stündlichen Ausstoßes um etwa 30 Prozent der neu gestalteten Arbeitsvorgänge führen, in einzelnen Fällen mehr, in anderen etwas weniger.“ („Der Gewerkschafter“, Nr. 5, Mai 1961.)

Selbst bürgerliche Wissenschaftler lehnen diese aus den USA importierte Methode zur Steigerung der Arbeitsetze ab. So stellte beispielsweise das Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie fest, „der elementar-mechanistische Ansatz der Bewegungselementeverfahren müßte als ein Rückfall in die frühen Irrtümer der experimentellen Physiologie und Psychologie erscheinen ... Abgesehen von den lohnpolitischen Konsequenzen könnte deswegen neben wirtschaftlichen Auswirkungen auch eine Überforderung des Menschen eintreten, die dann gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Folge hätten.“ („Der Gewerkschafter“, Nr. 2, Februar 1961.)

Außerdem gibt es eine Vielzahl von Lohnanreizsystemen, denen allen das Prinzip zugrunde liegt, den Arbeitern für Mehrleistungen einen Mehrverdienst

¹) Methods-Time-Measurement (engl.) — Zeitmessungsmethode. Die Red.

in Aussicht zu stellen, während gleichzeitig der Profit des Unternehmens noch stärker zunimmt. Und schließlich werden die Möglichkeiten des technischen Fortschritts von den Unternehmensleitungen auch zur direkten Verstärkung der Arbeitsetze ausgenutzt. Moderne Kontrollanlagen, die jeden Arbeitsplatz erfassen, geben den Aufsichtspersonen die Möglichkeit, jede Arbeitsunterbrechung und jede Verlangsamung der Arbeit zu registrieren, um die Arbeiter mit der Androhung von Lohnsenkungen zur Eile anzuregen. Auf diesem Gebiet ist den Unternehmern sowohl durch die sich rasch erweiternde westdeutsche Forschung auf dem Gebiet der Arbeit als auch durch die Übernahme amerikanischer Erfahrungen große Hilfe bei der Steigerung der Ausbeutung geleistet worden.

Arbeitsunfälle und Frühinvalidität

Die in breitem Umfang angewendeten Methoden des Lohnanreizes, der Arbeitsbewertung, der Arbeitsüberwachung usw. führten zu einer in Deutschland bisher ungekannten Arbeitsintensität. Wenn das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde von 1950 bis 1963 um 121 Prozent steigen konnte, so zu einem wesentlichen Teil deshalb, weil die Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland in einem Maße mehr leisten mußten, das die Wirkung der verbesserten technischen Einrichtungen weit übertraf.

Dies wird besonders drastisch durch die Zunahme der Arbeitsunfälle bewiesen:

Arbeitsunfälle (in 1000)*

1950	1258
1955	2180
1958	2491
1960	2711
1961	2871
1962	2722
1963	2638

Hierbei ist zu beachten, daß dies nur die gemeldeten Unfälle sind, meldepflichtig sind Unfälle aber nur, wenn sie drei oder mehr Tage Arbeitsausfall verursachen.

Je 1000 der Beschäftigten wurden 1950 etwa 100 Unfälle jährlich registriert. 1963 dagegen etwa 150. Die Zahl der Unfalltoten betrug von 1950 bis 1963 140 000. Das entspricht etwa der Gesamtzahl der Beschäftigten einer Stadt wie Aachen. Mit Recht sprechen Gewerkschaftsorgane davon, daß die Methoden zur Steigerung der Arbeitsetze nichts Besseres seien als Mord.

Einen ebenso alarmierenden Stand hat die Frühinvalidität. Im Jahre 1961 waren von 417 000 Neuzugängen an Altersrenten nur 165 000 aus Anlaß der erreichten gesetzlichen Altersgrenze gewährt worden. 252 000 Menschen mußten vorzeitig invalide geschrieben werden, weil ihre Arbeitsfähigkeit verbraucht war. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern betrug die Frühinvalidität 65,0 bzw. 64,8 Prozent, bei den weiblichen Angestellten 52,2 und bei den männlichen 43,7 Prozent. Das Arbeitsleben der westdeutschen Arbeiter endet im Durchschnitt bei 54 Jahren. Dann sind sie arbeitsunfähig und müssen auf Rente gesetzt werden, obwohl die offizielle Altersgrenze 65 Jahre beträgt. Ebenso ist die Krankenquote der westdeutschen Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit auf das Doppelte gestiegen. Von 100 Arbeitern müssen jährlich 78, von 100 Arbeiterinnen 68 wegen Krankheit die Arbeit unterbrechen. Die durchschnittliche Krankheitsdauer beträgt 22 bis 23 Tage.

Die rasche Ruinierung der Arbeitskraft widerlegt die Behauptung der Großbourgeoisie und ihrer Presse, daß der technische Fortschritt im Kapitalismus gleichbedeutend sei mit einer Erleichterung der Arbeit. Zwar wird die Arbeit zunehmend von physischer Belastung durch körperliche Schwerarbeit befreit.

* Ohne Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstelle sowie Berufskrankheiten. Erstere erreichen jährlich eine Zahl von etwa 300 000 und sind nicht nur auf den steigenden Kraftverkehr zurückzuführen, sondern auch durch die Erschöpfung der Arbeiter nach jedem schweren Arbeitstag bewirkt.

Aber die überhöhte nervliche Belastung führt oft zu einer noch schnelleren Zerrüttung der Arbeitskraft als die früheren Belastungen. Die Ausbeutung des Arbeiters — im wissenschaftlichen Sinne — ist also in Westdeutschland nicht geringer geworden. Die Reallöhne haben sich verbessert, viele können sich heute Konsumgüter kaufen, die es früher in Deutschland für Arbeiter nicht gab, wie einen Kühlschrank oder auch ein kleines Auto. Aber sie sind gezwungen, hierfür ihre Arbeitskraft bis zum äußersten anzuspannen und sie in immer höherem Grade vorzeitig zu ruinieren.

Die Rolle der „Sozial“aufwendungen

Eine wichtige Rolle im System der kapitalistischen Rationalisierung des Arbeitsprozesses spielt in Westdeutschland die betriebliche Sozialpolitik der Konzerne. In den Großbetrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten betragen die finanziellen Aufwendungen der Unternehmer für diese Zwecke ein Fünftel der Lohnsumme. Sie werden verwendet für alle möglichen Arten von Gratifikationen, „Gewinnbeteiligungen“ usw., für Betriebsrenten, für den Bau von Werkwohnungen, für betriebliche Verpflegung, für Ausbildung und andere Zwecke. Diese Leistungen sind Konzessionen der Unternehmer an die Arbeiter und damit Ergebnis ihres Kampfes und ihrer Organisation. Das höhere Klassenbewußtsein und die bessere Organisiertheit der Arbeiter in Großbetrieben zwingt die Bourgeoisie zu größeren Zugeständnissen. Sowohl übertarifliche Lohnzahlungen wie auch betriebliche Sozialleistungen sind in den Großbetrieben am höchsten. Trotzdem stehen die Belegschaften der größten Betriebe vielfach an der Spitze der ökonomischen Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse.

Ein Teil der Belegschaften soll durch besonders hohe Leistungen an das Unternehmen und an das kapitalistische System gebunden werden. Die Höhe der Zuwendungen ist sehr unterschiedlich und richtet sich vor allem nach der „Betriebstreue“ (Dauer der Betriebszugehörigkeit) und der Höhe von Lohn bzw. Gehalt. So ist zur Regel geworden, daß die Großbetriebe durchweg — wenn auch in unterschiedlicher Höhe — ihren Arbeitern und Angestellten sowohl betriebliche Renten als auch Jahresgratifikationen gewähren. Sehr groß ist auch der Teil der Betriebe, die Werkwohnungen errichten.

Die betrieblichen Sozialleistungen stellen damit ein wichtiges Mittel zur ideo-logischen und moralischen Beeinflussung und zur Spaltung der Arbeiterklasse auf betrieblicher Ebene dar. Die Unternehmensleitungen sind dabei bestrebt, privilegierte Arbeiter- und Angestelltengruppen zu schaffen, welche besonders wichtige Funktionen im Produktionsprozeß einnehmen und meinungsbildend innerhalb der Gesamtbelegschaft wirken sollen. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte betrachten andererseits die betriebliche Sozialpolitik als ein wichtiges Feld des Kampfes um Verbesserungen zugunsten der Belegschaften. Beim Kampf um bessere oder um die Verteidigung bestehender Sozialleistungen konnten oft gute Ergebnisse erzielt werden, Kampferfahrungen wurden dabei gesammelt, und häufig wächst auch in diesen Auseinandersetzungen das Selbstbewußtsein und die Kampfkraft der Arbeiter sowie die Erkenntnis über den Klassencharakter dieses Kampfes.

IV. Der materielle Lebensstandard der Arbeiterklasse

Verwendung des Sozialprodukts

Das Zurückbleiben der Einkommen der westdeutschen Werktätigen hinter den Profiten zeigt sich deutlich, wenn die Verwendung des westdeutschen Nationaleinkommens untersucht wird. Zwar hat der gewerkschaftliche Kampf zu höheren Löhnen geführt, aber an den Verteilungsverhältnissen ist grundsätzlich nichts geändert worden. Gegenüber 1950 ist der Anteil der privaten Konsumtion am Sozialprodukt in Westdeutschland sogar wesentlich schneller zurückgegangen als in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern.

Verwendung des Bruttosozialprodukts (jeweilige Preise)

	1950	1955	1960	1964*
Sozialprodukt in Md. DM	97,9	180,4	279,8	376,8
darunter (in Prozent)				
privater Verbrauch	64,7	58,9	56,8	58,0
Bruttoanlageinvestitionen	18,5	22,5	24,0	25,0
Staatsverbrauch	14,3	13,2	13,5	15,3
privater Verbrauch je Einwohner in DM	1351	2158	3044	3730

* Einschließlich Westberlin.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß das Niveau des Konsums in den einzelnen Schichten der Bevölkerung außerordentlich unterschiedlich ist.

Vergleicht man z. B. die offiziellen Angaben der westdeutschen Statistik über den Verbrauch der Gesamtbevölkerung und über den der „Arbeitnehmerfamilien“ an Nahrungsmitteln, so ergeben sich erhebliche Unterschiede. Der Verbrauch der „durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilien“ liegt bei Massenverbrauchsgütern wie Fleisch um 40 Prozent, bei Trinkvolimilch um 24 Prozent, bei Käse um 14 Prozent, bei Gemüse um 20 Prozent und bei Frischobst um 44 Prozent unter dem Durchschnittsverbrauch. Diese Tatsache weist darauf hin, daß einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung größere Anschaffungen nur durch Einsparungen im Lebensmittelverbrauch möglich sind.

Die Wohnverhältnisse

Neben der Ernährung gehört die Wohnung zum wichtigsten Lebensbedürfnis. Auch hier ergibt sich für den Gesamtdurchschnitt eine bedeutend verbesserte Situation als in der ersten Nachkriegszeit. Aber von der großen Zahl alter, unzureichender Wohnungen entfällt der überwiegende Teil auf Arbeiterfamilien. Auch die Wohnungen auf dem Lande sind natürlich in der Ausstattung weit zurückgeblieben.

Wohnungsausstattung 1961

Beruf des Haushaltvorstandes	Eig. Bad	Heißw.-einr.	Ölofen*	Kohlenofen*	Zentralheizung*
Freie und selbständ. Berufe	66	52	18	66	21
Angestellte und Beamte	61	48	11	71	23
Facharbeiter	40	23	6	93	6
Sonstige Arbeiter	32	22	4	89	6
Selbständige Landwirte	18	15	4	97	3
Rentner, Berufslose	38	25	2	86	13

* Teilweise bestehen mehrere Heizungsmöglichkeiten.

Quelle: Der westdeutsche Markt in Zahlen (DIVO-Institut), Frankfurt/Main. 1962.

Von 100 Haushalten der „Selbständigen“ besaßen im Jahre 1961 94 eine eigene Wohnung; bei den Angestellten und Beamten beträgt diese Quote nur 90 und bei den Arbeitern 80. 64 Prozent der in Untermiete lebenden kinderreichen Familien haben ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 700 Mark. Das Statistische Bundesamt bemerkt hierzu, für diese Familien seien „die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse“ der wichtigste Grund dafür, daß sie über keine eigene Wohnung verfügen. In den ersten Nachkriegsjahren lag die durchschnittliche Mietbelastung der westdeutschen Haushalte bei etwa 10 Prozent ihrer Nettoeinkommen. Aber seit einigen Jahren ist die Bonner Regierung dabei, die Mieten schrittweise „freizugeben“, und es wird ein Anteil bis zu 20 Prozent des Einkommens für „angemessen“ gehalten. 1960 zahlten bereits 31,5 Prozent der

Einpersonenhaushalte und 5,0 Prozent der Mehrpersonenhaushalte über 20 Prozent ihres Nettoeinkommens als Miete an den Hausbesitzer. Diese Anteile sind seither stark gestiegen, weil gegenwärtig auch die Mieten für Altbauten schrittweise „freigegeben“ werden. Die Mietpreise werden sich künftig noch mehr als bisher nach dem Teil des Wohnungsbaus orientieren, der schon bisher keinerlei Mietpreisvorschriften unterlag und in dem Mieten von 4,5 und noch mehr DM je Quadratmeter und Baukostenzuschüsse von mehreren tausend DM genommen wurden.

Nach Berechnungen der westdeutschen Gewerkschaften fehlen zur Zeit noch etwa 2 Millionen Wohnungen, um die Notwohnungen aufzulösen, die Überbesetzung von Wohnraum mildern und den normalen Wachstumsbedarf decken zu können. Aber die Bonner Regierung gibt trotz dieses Mangels die Mieten frei, mit dem Ergebnis, daß teilweise Mietpreiserhöhungen von mehr als 100 Prozent von den Hausbesitzern diktiert werden. Gleichzeitig entfällt der gesetzliche Kündigungsschutz der Mieter, welchen übrigens die Gewerkschaften in den von ihnen kontrollierten Wohnungsbauunternehmen weiter aufrechterhalten.

Neue Formen des Konsums

Die starke Differenzierung des Konsums, die sowohl auf dem Gebiet der Ernährung als auch auf dem der Wohnung für Westdeutschland typisch ist, wird bei der Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern besonders deutlich. Die von der westdeutschen Statistik gemachten Angaben nach Einkommens-Größenklassen der Haushalte zeigen deutlich, daß Arbeiterhaushalte nur zu einem relativ kleinen Teil hochwertige langlebige Gebrauchsgüter anschaffen konnten. 1962 besaßen beispielsweise von den Haushaltungen mit 300 bis 600 DM Nettoeinkommen 16 Prozent einen Kraftwagen, 34 Prozent ein Fernsehgerät, 29 Prozent eine Waschmaschine, 46 Prozent einen Kühlschrank und 36 Prozent einen Photoapparat.

Die starke Differenzierung des Verbrauchs entsprechend der jeweiligen Einkommenslage widerlegt die von der bürgerlichen Propaganda in Westdeutschland ständig erhobene Behauptung von einem allgemeinen Wohlstand in der Bundesrepublik. Berücksichtigt man hierbei, daß auf die einkommensschwachen Schichten der größte Teil der Konsumentenverschuldung entfällt, so wird klar, daß Anschaffungen in Arbeiterfamilien stets nur durch erhebliche Einschränkungen auf den anderen Gebieten der Lebenshaltung möglich werden. 1962 waren 52 Prozent der Teilzahlungsschuldner Arbeiter; mit ihren Teilzahlungskrediten erwarben sie nicht nur langlebige Gebrauchsgüter, sondern zu einem erheblichen Teil auch Textilien, ja zum Teil sogar Nahrungsmittel. Insgesamt ist die durchschnittliche Verschuldung der Arbeiter- und Angestelltenfamilien höher als ihre Sparsumme.

Im Vergleich zu anderen entwickelten kapitalistischen Ländern ist der private Verbrauch in Westdeutschland schnell angestiegen und nimmt jetzt einen der ersten Plätze in Westeuropa ein. Aber gemessen am Sozialprodukt müßte er viel höher liegen.

Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt (in Prozent)

	1950	1955	1962
Westdeutschland	72,1	64,1	62,8
USA	73,4	70,3	70,3
Großbritannien	75,7	73,5	71,2
Frankreich	74,1	73,5	71,2

Wenn man also den Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt zum Maßstab eines internationalen Vergleichs nimmt, zeigt sich, daß die westdeutsche Bourgeoisie sich den relativ größten Teil des Nationaleinkommens aneignet und den Arbeitern und Angestellten den kleinsten beläßt. In Westdeutschland sank der Anteil des privaten Verbrauchs am Nationaleinkommen schneller als in den

anderen angeführten Ländern. Der Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften hat es also trotz aller Erfolge nicht vermocht, eine Veränderung der Aufteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Arbeiterklasse durchzusetzen, da sonst der private Verbrauch zumindest nicht schneller hätte sinken dürfen als in anderen Ländern.

V. Die staatlichen Sozialeinrichtungen

Bei der Sicherung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der ständigen Steigerung der Profite spielt die staatmonopolistische Entwicklung Westdeutschlands eine große Rolle. Einen immer größeren Teil des Nationaleinkommens zieht der Staat an sich, um ihn entsprechend den Interessen der Monopole umzuverteilen. Gegenwärtig fließen etwa 45 Prozent des Nationaleinkommens durch Steuern und andere Abgaben in die Kassen des Staates, während es vor dem ersten Weltkrieg 12 Prozent und vor dem zweiten Weltkrieg 36 Prozent waren. Von 1950 bis 1963 wurden über die staatlichen Haushalte 86 Md. Mark für Investitionen im staatlichen Aufgabenbereich aufgewendet, während über 100 Md. Mark für die Akkumulation der privaten Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. Auf diese Weise ist die staatliche Finanzpolitik ein wesentlicher Hebel, um die Profite des Großkapitals zu steigern.

Die Rentenversorgung

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik übernahm der westdeutsche Staat bei seiner Gründung ein relativ weit ausgebildetes System von Einrichtungen. Sein Bestreben war es von Anfang an, dieses System nicht zu erweitern, sondern es unter dem Motto der „Selbstverantwortung“ und „Selbsthilfe“ des einzelnen abzubauen. Der erste Schritt hierzu war die Reform der Rentenversicherung. Sie brachte im Jahre 1957 als positives Ergebnis für die Arbeiter und Angestellten eine im Durchschnitt beträchtliche Erhöhung der minimalen Nachkriegsrenten und die Festlegung einer kontinuierlichen Anhebung entsprechend der Entwicklung der Löhne und Gehälter. Aber die negative Seite der „Reform“ war die feste Bindung der Rentenhöhe an die Höhe der gezahlten Beiträge. Versicherte mit niedrigem Einkommen in einem kurzen Arbeitsleben erhalten deshalb Renten, die weit unter dem Existenzminimum liegen und oft durch Wohlfahrtszuschüsse aufgebessert werden müssen. Besonders hart sind von dieser gegen die Tradition der deutschen Sozialversicherung verstörenden Regelung Frauen und Frühinvaliden betroffen. Faktisch ist damit die „soziale“ Rentenversicherung in Westdeutschland weitgehend nach Grundsätzen einer Privatversicherung organisiert und ihres sozialen Charakters entkleidet worden.

Die Unfall- und Krankenversicherung

Eine Reform der Unfallversicherung, die ebenfalls 1957 in Angriff genommen wurde, hat die gleichen Ziele. Es war beabsichtigt, sogenannte Bagatell-Renten für Teilschäden durch Arbeitsunfälle abzuschaffen bzw. durch einmalige Entschädigung abzulösen. Dagegen waren keinerlei Maßnahmen zur Verbesserung der Unfallverhütung vorgesehen. Das erst 1963 beschlossene Gesetz konnte diesen Wünschen der Bonner Regierung und der Unternehmer infolge des Widerstandes der Gewerkschaften nicht Rechnung tragen. Der gewerkschaftliche Kampf erzwang praktisch die Aufgabe der Pläne zum Versicherungsabbau und setzte obendrein wesentliche Bestimmungen zur Unfallverhütung durch, wie etwa die Beschäftigung von Sicherheitsingenieuren, die Verschärfung der Strafen für Verstöße gegen Unfallverhütungsvorschriften usw.

Seit nunmehr acht Jahren gehen die Auseinandersetzungen zwischen der Bonner Regierung, den Unternehmern, den Ärzten und den Gewerkschaften um eine Reform der Krankenversicherung. Diese Frage hat für die westdeutsche Arbeiterklasse deshalb besonders große Bedeutung, weil die hohe Arbeitsintensität im Vergleich mit der Vorkriegszeit zu einer Verdoppelung der Krankenhäufigkeit geführt hat. Durch einen der größten Streiks der Nachkriegszeit

hatten 1957 die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein erzwungen, daß dem erkrankten Arbeiter sechs Wochen lang sein Lohn weitergezahlt wird. Seither wurde von der Bonner Regierung versucht, die Versicherung in der Weise abzubauen, daß der Erkrankte an den Kosten für ärztliche Behandlung, Medikamente und Krankenhausaufenthalt beteiligt wird. Von diesem System verspricht man sich, daß die Krankenkassen nicht so stark wie bisher in Anspruch genommen werden. Angeblich soll das „Verantwortungsbewußtsein“ der Arbeiter und Angestellten gestärkt werden. Gleichzeitig ist beabsichtigt, das System der Kontrolle durch „Vertrauensärzte“ zu verstärken. Extreme Wünsche der Bourgeoisie gehen sogar dahin, die Lohnfortzahlung für den Kranken nicht vom Attest des behandelnden Arztes, sondern nur des „Vertrauensarztes“ abhängig zu machen. Diese Reform ist natürlich — da die Chancen für ihre Realisierung sonst hoffnungslos wären — auch mit einigen Verbesserungen für die Versicherten versehen, wie etwa kostenlose Vorsorgeuntersuchungen, längere Zahlung des Mutterschaftsgeldes, Übernahme der Kosten für Klinikentbindungen durch die Krankenkassen usw. Aber die Nachteile der „Reform“ überwiegen eindeutig, und so haben sich bisher die Gewerkschaften mit Erfolg gegen ihre Verwirklichung gestellt. Zahlreiche Kundgebungen und Warnstreiks der Arbeiter und Angestellten haben diesen Anschlag auf ihre soziale Sicherheit bisher unterbunden.

Die Arbeitslosenversicherung

Von den übrigen Einrichtungen der sozialen Sicherheit sei hier nur noch die Arbeitslosenversicherung genannt. Ihre Leistungen richten sich nach der Länge der Beschäftigung des Versicherten und nach der Höhe der Beiträge, welche sich wiederum nach seinem Einkommen richten. Nach ihrem Ende tritt die sogenannte „Arbeitslosenhilfe“ ein, deren Leistungen niedriger liegen. Im Durchschnitt macht die Arbeitslosenversicherung etwa 60 Prozent des Lohnes aus, die Arbeitslosenhilfe etwa 40 Prozent.

VI. Das arbeiterfeindliche Bildungssystem

Bildung nur für Elite

Sehr eindeutig erweist sich der volksfeindliche Charakter des Bonner Regimes in seinem Bildungssystem. In ihm ist für eine qualifizierte Bildung und Ausbildung der Arbeiter- und Bauernjugend faktisch kein Platz. Dabei macht der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung etwa die Hälfte aus. Aber der Anteil der Arbeiterkinder an der Schülerschaft der höheren Schulen beträgt nur 8 Prozent, an den Studenten der Ingenieurschulen nur 17 Prozent und an den Studenten der Hochschulen und Universitäten seit Jahren nur etwa 5 Prozent. Das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse ist also trotz aller demokratischen Tarnungen uneingeschränkt wirksam. Als bisher unüberwindbare Barriere gegen eine höhere Bildung und Ausbildung der Arbeiterkinder erweist sich die starre, reaktionäre Dreiteilung der Schulsysteme in Volksschulen für die Kinder der Arbeiter, Mittelschulen für die der Angestellten und Beamten, höhere Schulen und Universitäten für die Kinder der besitzenden Schichten. Die Isolierung und Undurchlässigkeit der drei Schulsysteme gegeneinander dient der Erhaltung der Bildungsprivilegien der herrschenden Klasse und der Erziehung einer sogenannten Bildungselite. Dieses undemokratische Schulsystem schützt die Bildungsprivilegien und hält die Angehörigen der Arbeiterklasse von den leitenden Berufen fern.

Der Übergang der Jugend zur Mittel- und Oberschule nach Abschluß des 4. Schuljahres ermöglicht praktisch nur den durch Bildungstradition und Geldbesitz Bevorzugten den Besuch von höheren Schulen. Für Arbeiterkinder ist dieser frühe Übergang in höhere Schulen weitgehend unmöglich, da die finanzielle Lage und die dem Lernen nicht förderlichen Wohnverhältnisse einen solchen Schritt verhindern. Selbst der ganz geringe Prozentsatz von 8 Prozent Arbeiter-

kindern, der /zur Mittel- und Oberschule kommt, scheidet meistens vor dem Abitur wieder aus. Die hemmenden Faktoren für eine qualifizierte Bildung und Ausbildung von Arbeiterkindern steigern sich auf ihrem weiteren Lebensweg.

Die Schule im Dienst der Reaktion

Der staatsmonopolistische Kapitalismus versucht, auch das geistige Leben des Volkes seinen revanchistischen und militaristischen Zielen zu unterwerfen. Das wirkt sich besonders verhängnisvoll im Bildungs- und Erziehungswesen aus. Die Bonner Regierung verschafft sich direkten politischen Einfluß auf die Schule durch die Unterrichtshilfen „Deutsche Lehrerbriefe“. Die Schulen erhalten außerdem die vom Führungsstab der Bundeswehr herausgegebenen „Informationen für die Truppe — Hefte für staatsbürgerliche Bildung und psychologische Rüstung“, die von der „Bundeszentrale“ gelieferten „Informationen zur politischen Bildung“ sowie die Schulungshefte „Deutsche Ostkunde“. Diese sogenannten Lehrmaterialien propagieren offen den Haß gegen die sozialistischen Länder, die nationalistische Überheblichkeit gegenüber den slawischen Völkern. Sie verschweigen oder verniedlichen die Verbrechen des deutschen Faschismus und Imperialismus. Sie infizieren die Jugend mit militaristischem und chauvinistischem Gift, um ihre Kriegsbereitschaft gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten zu wecken. Verhängnisvoll für den Schul- und Bildungsfortschritt in der Bundesrepublik wirkt sich auch die völlig ungenügende Entwicklung aller naturwissenschaftlichen Fächer, wie Mathematik, Chemie und Physik, vor allem in den Elementarschulen, aus. Der augenblickliche Stand des naturwissenschaftlichen Unterrichts verschließt großen Teilen der Jugend den Anschluß an die wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Epoche.

Unzulänglichkeiten der Berufsschulbildung

Die Gesetzgebung aller Bundesländer hat ein Mindestmaß von acht Unterrichtsstunden in der Woche für die Berufsschule festgelegt. Dieses Mindestmaß wird in einigen Ländern noch nicht einmal von der Hälfte aller Berufsschulklassen erreicht. Während die Gewerkschaften 12 Wochenstunden fordern, erhielten z. B. in Rheinland-Pfalz 78,8 Prozent der Schüler weniger als 8 Stunden und 13,1 weniger als 6 Stunden, in Nordrhein-Westfalen 70 Prozent weniger als 8 und 28,7 weniger als 6 Stunden und in Niedersachsen 60,8 Prozent weniger als 8 Stunden Unterricht („Die Zeit“ vom 10. Juli 1964). Dabei ist die Tatsache hervorzuheben, daß in dieser unzulänglichen Stundenzahl auch noch die obligatorischen Religionsstunden einbegriffen sind.

Die meisten Lehrlinge (60 Prozent) werden in veralteten Klein- und Handwerksbetrieben ausgebildet. Mit ihrer dreijährigen Lehrzeit können sie in ihrem späteren Leben sehr wenig anfangen. Diese Tendenz wird sich durch die weitere Entwicklung der technischen Revolution noch verstärken. Das Arbeitsamt in Genf hat errechnet, daß bis 1970 7 bis 8 Millionen Arbeiter und Angestellte ihren Beruf wechseln müssen. Während bei den gewerblichen Lehrlingen im Handwerk auf 100 Beschäftigte (einschließlich der Meister und mitarbeitenden Familienangehörigen) 11 Lehrlinge entfallen, sind es in der Industrie nur 3. In Industriebetrieben bis zu 50 Beschäftigten beträgt die Lehrlingsquote noch 4,7 Prozent, in Großbetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten nur 2,1 Prozent. Bei den kaufmännischen Lehrlingen entfallen 67 Prozent der Lehrlinge auf Betriebe mit bis zu 49 Beschäftigten, aber nur 5 Prozent auf Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. Schon am 28. Dezember 1961 schrieb die „Hannoversche Presse“: „Die Lehrwerkstätten der Industrie müssen von 10 Bewerbern 9 abweisen.“ Die Lehrlingszahl wird deshalb so niedrig gehalten, um die Fachkräfte nicht für die Konkurrenz auszubilden. 15 Prozent der Lehrwerkstätten sind von den großen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, den Konzernen und Aktiengesellschaften eingerichtet und werden von ihnen kontrolliert. Die Großbetriebe und Konzerne nehmen die für ihren Bedarf erforderliche Lehrlingsquote in die betriebsseigenen Ausbildungsstätten. Sie erreichen damit zweierlei: Erstens vermitteln sie an ihren modernen Schulen die für die Produktions- und

Profitbedürfnisse ihres Konzerns notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten und zweitens erziehen sie durch ihre konzernneigenen Fachlehrer einen Stamm von qualifizierten Arbeitern mit den für ein „gutes Betriebsklima“ erwünschten Eigenschaften.

Die Lage im Bildungswesen ist unhaltbar

Der Zustand des bundesdeutschen Erziehungs- und Bildungswesens ist so katastrophal, daß er selbst für die Großindustrie, für die Kapitalinteressen zu einer Gefahr geworden ist und selbst von dieser Seite Kritik an der Regierung geübt wird. In Bayern wurden an 954 Schulen Testversuche nach den vorhandenen Begabungs- und Bildungsreserven angestellt. 44 Prozent der getesteten Schüler wurden für eine weitere Ausbildung geeignet befunden. Davon kamen zwei Drittes aller Kinder aus Arbeiterkreisen. Dieser Prozentsatz dürfte mit geringen Abweichungen für die ganze Bundesrepublik zutreffen. Der Besuch höherer Schulen und Universitäten ist für Arbeiterkinder ohne großzügige Stipendien- und Unterhaltshilfe nicht möglich, denn der Stipendienhöchstsatz nach dem sogenannten Honnefer Modell, dem regierungsoffiziellen Hilfsprogramm, beträgt nur 250 Mark. Dabei ist dieser Unterstützungssatz teilweise noch zurückzuerstatten.

Ein anderer wichtiger Grund für die Forderung der Monopolbourgeoisie nach einer besseren Schulbildung liegt in dem sichtbaren Vorsprung der DDR und anderer sozialistischen Staaten auf dem Bildungssektor. Im Unterschied zur Bundesrepublik gibt es in der DDR keine ein- und zweiklassigen Dorfschulen mehr. Die Kinder der Landbevölkerung erhalten in modernen Zentralschulen eine dem städtischen Schulunterricht gleichwertige Ausbildung. Die Mädchen haben die gleichen Bildungs- und Berufschancen wie die männliche Jugend. In der DDR kommen 160 Studierende auf 10 000 Einwohner, in der Bundesrepublik nur 47. Während in Westdeutschland knapp 7 Prozent der Studenten Arbeiter- und Bauernkinder sind, beträgt ihr Anteil in der DDR mehr als 50 Prozent.

Die massive Kritik und die entschiedenen Forderungen nach einer Neuordnung des Bildungswesens aus der Eltern- und Lehrerschaft, den Gewerkschaften, den Jugend- und Kulturorganisationen und die schulpolitische Zwangslage der Bundes- und Länderregierungen haben die Bildungspolitik in Bewegung gebracht. Die Erkenntnis dieses unhaltbaren Zustandes, der, wie der Bildungökonom Edding schrieb, morgen nicht mehr den Import von ausländischen Arbeitern, sondern von Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren erforderlich macht, gibt der Arbeiterklasse, besonders den Gewerkschaften, große Möglichkeiten zu erfolgreichen Aktivitäten und Aktionen.

VII. Die Rolle der Gewerkschaften und die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse

Im Kampf für die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage stützt sich die westdeutsche Arbeiterklasse gegenwärtig vor allem auf ihre Gewerkschaften. Sie sind in der Bundesrepublik die umfassendste Organisation mit dem größten Einfluß auf die gesamte Arbeiterklasse. Unter den besonderen Bedingungen der Bundesrepublik sind die Gewerkschaften auch zu einer wichtigen politischen Rolle berufen.

Nach dem Prinzip der Industrie- und Einheitsgewerkschaft organisiert, vertreten sie in den letzten Jahren in vielen Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens einen von der rechten Führung der Sozialdemokratie unterschiedlichen und klassenbetonteren Standpunkt. Das kommt sowohl in entscheidenden Fragen ihres Programms als auch in der grundsätzlichen Einschätzung der gegenwärtig in der Bundesrepublik bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse zum Ausdruck. Einflußreiche Gewerkschaftsführer aus starken Industriegewerkschaften, z. B. der Metall- und der Chemiearbeiter, ver-

treten klassenbetonte Auffassungen zur Durchsetzung von sozialen und wirtschaftlichen Reformen, die insgesamt zur Rückdrängung der Macht der Monopole in Wirtschaft und Staat beitragen können. Das gegenwärtig gültige Godesberger Programm der SPD ist von Klassenforderungen und Klassenerkenntnissen „gereinigt“. Dagegen geht das neue Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) von 1963 in wesentlichen Teilen von Klassenerkenntnissen aus. Über die Ergebnisse einer rund zwanzigjährigen Entwicklung heißt es z. B.: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmer sind erstärkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich unterordnet. Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

In dieser gewerkschaftlichen Bilanz der Entwicklung seit der Neugründung der Gewerkschaften im Jahre 1945/46 zeigt sich, welche Aufgaben vor der Arbeiterklasse noch stehen und welches die gegenwärtige Stellung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft der Bundesrepublik ist. Diese Stellung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in mancher Beziehung gewandelt.

Die Arbeiterbewegung in der Nachkriegsperiode

Nach 1945 war sich die große Mehrheit der Arbeiter und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen über die restlose Beseitigung der faschistisch-militaristischen Kräfte und den Aufbau eines sozialen und demokratischen Lebens in ganz Deutschland einig. Das zeigte sich in den gemeinsamen Dokumenten und Aktionen der Gewerkschaften aus allen Besatzungszonen. Durch ihren Zusammenhalt erreichten sie in dieser Zeit bedeutsame Erfolge, die dazu beitrugen, auch in den Westzonen Deutschlands im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben bürgerlich-demokratische Einrichtungen zu erkämpfen. Gemeinsam setzten Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in einer Reihe von Ländern fortschrittliche Verfassungen und Gesetze zur Überführung von monopolkapitalistischen Konzernen in öffentliches Eigentum durch. Sie gewannen dafür den größten Teil der Bevölkerung.

Die westdeutsche Großbourgeoisie und die imperialistischen Besatzungsmächte richteten gerade gegen diese Einheit der Arbeiterorganisationen ihre ganzen Anstrengungen. Sie verhinderten zunächst mit Hilfe der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer die Zusammenarbeit und den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien und dann das einheitliche Vorgehen der Gewerkschaften in ganz Deutschland. Das ermöglichte es den Monopolen und Militaristen, ihre alten Positionen in Wirtschaft, Staat und Armee wiederherzustellen. Die Kräfte der Arbeiterklasse blieben gespalten und geschwächt und konnten die Restauration der alten Mächte nicht verhindern. Es gelang den reaktionären Kräften, tatkräftig von rechten Führern der Sozialdemokratie unterstützt, breitere Kreise der Arbeiterschaft erneut mit dem Gift des Antikommunismus zu infizieren.

So konnte in der Restaurationsperiode die politische Kraft der Arbeiterklasse nicht im notwendigen Maße zur Geltung kommen. Rechte Führer der SPD und der Gewerkschaften vermochten starke Bewegungen gegen die einzelnen Phasen der Militarisierung und für demokratische und soziale Rechte zu bremsen. Die Aktionen der Arbeiterklasse waren in den letzten Jahren zumeist Abwehrkämpfe gegen die erstärkte wirtschaftliche und politische Macht des Monopolkapitals. Wenn es dennoch immer wieder zu großen Massenaktionen für soziale und demokratische Rechte, gegen die Kriegs- und Rüstungspolitik und in jüngster Zeit vor allem gegen die antidemokratischen Ausnahmegesetze gekommen ist, so beweist dies, daß in der Arbeiterklasse die Kräfte wachsen, die bereit sind, nicht nur für ihre sozialen und ökonomischen Forderungen, sondern auch

für die Verteidigung und Erweiterung ihrer politisch-demokratischen Rechte zu kämpfen.

Das Monopolkapital und seine Regierung sind bestrebt, die Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System zu integrieren. Es stützt sich dabei auf einzelne Gewerkschaftsführer, die für die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit und für die Preisgabe selbst der traditionellen reformistischen Methoden und Anschauungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung eintreten. So entwickelten sich immer deutlicher zwei Linien in der Gewerkschaftsbewegung. Eine geht zumeist von Klassenpositionen und von dem Streben nach tiefergehenden sozialen und demokratischen Reformen aus, während die andere bereit ist, auf eine selbständige Position der Gewerkschaften zu verzichten. Es bedarf ernster gemeinsamer Anstrengungen der sozialdemokratischen und kommunistischen, christlichen und parteilosen Mitglieder und Funktionäre, um die Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber Monopolkapital und Regierung zu erhalten und zu festigen. Das erfordert kampfbereite, an den elementaren Klassenpositionen festhaltende, zahlenmäßig starke Organisationen.

Organisierte und nichtorganisierte Werkstädtige

Der gegenwärtige Organisationsgrad der westdeutschen Arbeiterklasse kann insgesamt nicht befriedigen, da nur etwa ein Viertel aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, 1964 waren es 6 430 978, in den Gewerkschaften organisiert ist. Auch ist der Organisationsgrad der einzelnen Kategorien der Arbeiterklasse sowie der männlichen und weiblichen Arbeiter sehr unterschiedlich, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad 1964* (in Prozent)		
Arbeiter	männlich	50,9
	weiblich	22,3
	insgesamt	43,4
Angestellte	männlich	17,5
	weiblich	8,6
	insgesamt	13,1
Beamte	männlich	46,1
	weiblich	35,0
	insgesamt	44,9
zusammen	männlich	39,7**
	weiblich	15,0**
	insgesamt	31,5

* Ohne Berücksichtigung der 1,4 Millionen Lehrlinge bei den Beschäftigten.

** Einschließlich der 1,4 Millionen Lehrlinge.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, S. 148 und 186.

Obwohl die Zahl der Organisierten von 1954 bis 1964 um 300 000 zunahm, ist das Organisationsverhältnis rückläufig, da die Beschäftigtentziffern weit stärker anstiegen. Am günstigsten ist das Organisationsverhältnis in den Großbetrieben, wo in vielen Fällen mehr als 80 Prozent der Belegschaften in einer Gewerkschaft des DGB organisiert sind. Der Organisationsgrad der Angestellten bleibt auch dann weit hinter den Arbeitern zurück, wenn man die in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) organisierten 480 000 und im Deutschen Handels- und Industriangestelltenverband (DHV) organisierten 61 000 Angestellten hinzurechnet. Er erreicht dann lediglich 23 Prozent.

Die mitgliedermäßig stärksten Gewerkschaften im DGB sind die IG Metall (1,9 Millionen Mitglieder), die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV, 1 Million Mitglieder), IG Chemie-Papier-Keramik (0,53 Millionen) und die IG Bau — Steine — Erden (0,50 Millionen). Innerhalb des DGB haben die

mitgliederstarken Gewerkschaften einen bestimmenden Einfluß. Das gilt vor allem für die größte Einzelgewerkschaft der kapitalistischen Welt, die westdeutsche IG Metall.

Neues Programm der Gewerkschaften

Die soziale und politische Entwicklung der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung sehr erhöht. Das kommt auch in dem im November 1963 vom Außerordentlichen DGB-Kongreß beschlossenen Grundsatzprogramm zum Ausdruck. Obwohl dieses Programm Kompromißcharakter zwischen den zwei Linien in der Gewerkschaftsbewegung trägt und in ihm Illusionen und Unklarheiten vor allem über den vom Monopolkapital beherrschten westdeutschen Staat enthalten sind, ist es dennoch eine Plattform für die Lösung von Aufgaben und Zielsetzungen einer unabhängigen, selbständigen, gegen die Monopole gerichteten Gewerkschaftspolitik, für das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen und parteilosen Arbeitern.

Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sind bedeutungsvolle Forderungen entwickelt worden. Unter anderem wird die Aufgabe gestellt, mit der Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten. Die Forderung nach Nationalisierung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen wird erhoben. Die Gewerkschaften bekennen sich zu einer aktiven Lohnpolitik, mit der sie auf Kosten der Profite einen höheren Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen durchsetzen wollen.

Im Programm ist ein ganzer Katalog von sozialen Forderungen enthalten, so z. B. weitere Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Urlaub, Herabsetzung des Rentenalters, Schutz vor Entlassung bei Automations- und Rationalisierungsmaßnahmen, freie gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, alleinige Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften, Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung. Ein Teil dieser Forderungen wurde im März 1965 in einem Aktionsprogramm des DGB zusammengefaßt und konkretisiert. Dieses Aktionsprogramm stimmt in wesentlichen Fragen mit dem 1965 beschlossenen Europäischen Aktionsprogramm des IBFG überein.

Auch zu politischen Fragen nimmt der DGB in seinem Grundsatzprogramm Stellung. Die Erhaltung des Friedens wird als Voraussetzung für jeden sozialen Fortschritt angesehen sowie das Verbot von Atomwaffen und die allgemeine Abrüstung verlangt. Außerdem wird dazu aufgerufen, die im Grundgesetz verankerten verfassungsmäßigen demokratischen Rechte gegen alle Anschläge zu verteidigen.

Dieses Grundsatzprogramm ist in harter Auseinandersetzung mit rechten Führern zustande gekommen. Die vom Vorsitzenden der IG Bau — Steine — Erden, Georg Leber (Mitglied des Parteivorstandes der SPD), angeführte Minderheit im DGB vertritt eine Politik der Sozialpartnerschaft. Diese rechten Kräfte haben bei den Auseinandersetzungen und Diskussionen um ein neues Grundsatzprogramm der Gewerkschaften und auf dem letzten DGB-Kongreß selbst eine Schlappe erlitten. Jedoch ist die Gefahr der Gleichschaltung der Gewerkschaften keineswegs überwunden. Gewerkschaftsführer wie Georg Leber werden vom Monopolkapital und der Bonner Regierung ständig hochgespielt und als die „modernen“ Gewerkschaftsführer gefeiert. Andererseits wird von der gesamten großkapitalistischen Presse eine wütende Verleumdungskampagne gegen die IG Metall, die IG Chemie und ihre leitenden Funktionäre geführt. Es stehen also allen an den kämpferischen Positionen festhaltenden Gewerkschaftern noch harte Kämpfe bevor.

Viele der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre haben keineswegs alle antikommunistischen Vorurteile überwunden und lehnen z. B. sachliche Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen in der DDR nach wie vor ab. Erfreu-

licherweise mehren sich jedoch innerhalb der Gewerkschaften die Stimmen, die für eine Anerkennung der Realitäten in Deutschland eintreten und Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den Gewerkschaften befürworten.

Kommunisten und Gewerkschaften

Die Kommunisten in der Bundesrepublik unterstützen alle Bestrebungen, die die Gewerkschaften als starke Kampforganisationen mit einer selbständigen Arbeiterpolitik festigen und ihnen immer größeres Gewicht im gesamten gesellschaftlichen Leben geben wollen. Die KPD hat in ihrer Programmatischen Erklärung des Parteitages 1963 zur Rolle der Gewerkschaften festgestellt: „Für die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse kommt den Gewerkschaften größte Bedeutung zu. Sie sind die umfassende Organisation der Arbeiterklasse mit dem größten Einfluß auf die gesamte Arbeiterschaft ... Gegenwärtig tragen die Gewerkschaften und alle ihre Mitglieder eine besonders große Verantwortung. Die Gewerkschaften sind berufen, gemäß ihrer Bedeutung im Leben der Nation den Einfluß der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Politik und Staat zur Geltung zu bringen.“

Das ist um so notwendiger, als der Rüstungs- und Kriegskurs der Monopole und ihrer Regierung immer größere Gefahren für die demokratischen und sozialen Rechte, ja für die physische Existenz unserer Bevölkerung heraufbeschwört. Der gewerkschaftliche Kampf und die sozialen Bewegungen nehmen unter diesen Bedingungen immer stärker politischen Charakter an. Ihre eigenen Erfahrungen, nicht zuletzt die der letzten Monate aus dem Kampf gegen die Ausnahmegesetze (Notstandsgesetze), helfen einer wachsenden Zahl von Arbeitern erkennen, daß die Verteidigung ihrer sozialen Interessen zugleich den Kampf gegen die Atomrüstung und gegen alle Anschläge auf die Demokratie erfordert.

Der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, brachte kürzlich in einem Interview offen zum Ausdruck: „Die Entwicklung der SPD zur Volkspartei ... bringt zwangsläufig mit sich, daß sie nicht mehr ausschließlich Arbeiterinteressen vertreibt. Das zwingt die Gewerkschaften, sich um politische Dinge stärker zu kümmern, weil keine politisch-parlamentarische Vertretung mehr da ist, die so eindeutig wie früher die SPD auf der Arbeitnehmerseite steht.“ („Der Spiegel“, Hamburg, 9. Juni 1965.)

In ihrer Programmatischen Erklärung des Parteitages 1963 hatte die KPD darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften infolge der „Gemeinsamkeitspolitik“ der SPD-Führungsgruppe dazu berufen sind, selbständig ihre Auffassungen und Beschlüsse im politischen Leben mit dem Einsatz der ganzen Kraft ihrer Organisation zu verfechten und durchzusetzen. Es ist eine neue und interessante Entwicklung, daß sich z. B. 215 namhafte westdeutsche Professoren an die Gewerkschaften wandten und sie ersuchten, im Kampf gegen die Ausnahmegesetze, für die Verteidigung der Demokratie ihre ganze Kraft und Erfahrung einzusetzen.

Eine solche erweiterte Aufgabenstellung erfordert auch, daß die Gewerkschaften Einfluß nehmen auf die Wahlentscheidungen und die parlamentarische Vertretung ihrer Forderungen sichern. In einer Ordnung, in der die Monopole mit Hilfe des Staates alles bestimmen und im Sinne ihrer Profit- und Kriegsinteressen zu regulieren suchen, müssen die Gewerkschaften Einfluß nehmen auf Politik und Gesetzgebung. Das ist auch der Weg, um weitergehende soziale und ökonomische Forderungen zu verwirklichen und einen erfolgreichen Kampf um demokratische Rechte und gegen den Abbau bereits erkämpfter Rechte zu führen.

Aktuelle Aufgaben der Arbeiterbewegung

Gegenwärtig sind die Abwehr der Ausnahmegesetze und der Kampf für die Verteidigung und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte von besonderer Bedeutung. Echte Mitbestimmung erfordert den Kampf für freie Betätigung der

Gewerkschaften, für politische und soziale Rechte der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Verwaltungen. So können die Arbeiterrechte (Mitbestimmungsrechte) im Betrieb auf alle Fragen der Produktion, des Lohnes, der Arbeitszeit; der Sozial- und Urlaubsangelegenheiten, auf die Festlegungen der Investitionen, Dividenden und Abschreibungen und schließlich auch auf den überbetrieblichen Sektor der Wirtschaft ausgedehnt werden.

Die 4. ZK-Tagung der KPD hat darüber hinaus gefordert, die Mitbestimmungsrechte in den Manteltarifen zu verankern. Durch den Kampf um solche demokratischen und sozialen Reformen wird sich das politische Gewicht der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften erhöhen. So können auch im Verlauf des Kampfes erweiterte gesetzliche Festlegungen für die Mitbestimmung erreicht werden.

Gegenwärtig wird dieser Kampf von der Aufgabe bestimmt, das bestehende Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz voll auszunutzen und alle Arbeiterrechte gegen die Notstandsgesetze zu schützen. Aus diesen Gesetzen gilt es, die Bestimmungen zu beseitigen, die die Vertreter der Belegschaften und der Gewerkschaften auf eine Arbeitsgemeinschaftspolitik und in den Aufsichtsräten auf eine Schweigepflicht festlegen. Wir Kommunisten unterstützen die Forderung einiger Gewerkschaften, daß die Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsräten und allen anderen Organen der Mitbestimmung den Belegschaften und der Gewerkschaft rechenschaftspflichtig sein müssen. So wird es auch möglich sein, daß die Bilanzen, Gewinne und Geschäftspraktiken der Konzerne und Großbanken offen gelegt werden und sich damit für die Werktätigen ein klares Bild vom wahren Verhältnis zwischen Profiten und Löhnen, von der Macht der Konzernherren und dem Missbrauch dieser Macht ergibt.

Echte Mitbestimmung ist unvereinbar mit der sogenannten Sozialpartnerschaft. Sie ist vielmehr ein ständiges Kräftemessen und ein ununterbrochener Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften gegen die Konzerne und das staatsmonopolistische System.

Wie schon dargelegt, haben die Gewerkschaften in ihrem Grundsatzprogramm die Forderung nach der Nationalisierung der entscheidenden Schlüsselindustrien erhoben. Diese Forderung würde sofort praktische Bedeutung im demokratischen Kampf gewinnen, wenn die Gewerkschaften einen konkreten Plan für die Nationalisierung der großen Konzerne der Rüstungs- und Atomindustrie, des Steinkohlenbergbaus, der Energiewirtschaft sowie der Großbanken ausarbeiten und die gesamte Arbeiterschaft für diesen Kampf mobilisieren würden. Das gilt auch für die gewerkschaftlichen Vorschläge zur planvollen Lenkung der Volkswirtschaft.

Es ist sehr bedeutsam, daß sich die führenden Gewerkschaften, die IG Metall und Chernie, mit selbständigen Vorschlägen in die Diskussion über die neuen Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution einschalten. Sie erfordert dringend umfassend soziale und wirtschaftliche Reformen, werden doch gegenwärtig durch Automation und andere Rationalisierungsmaßnahmen jährlich bereits 1,5 Millionen Arbeitskräfte freigesetzt, die im Zeichen der Konjunktur zur Zeit noch eine neue Beschäftigung finden können.

Bei voller Ausnutzung ihrer politischen und sozialen Macht, ihrer zahlenmäßigen Stärke und Organisiertheit kann die westdeutsche Arbeiterklasse die Angriffe des Monopolkapitals erfolgreich abwehren und ihre soziale und politische Stellung verbessern. Zweifellos würde sich das Gewicht der Arbeiterklasse noch verstärken, wenn die Gewerkschaften bewußter die Errungenschaften der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern für den eigenen Kampf nutzen würden. Andererseits müssen aber die klassenbewußten Gewerkschafter gegen die Illusion kämpfen, als vermöge die Arbeiterklasse die soziale Frage im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu lösen. Darum gewinnen alle Diskussionen über die Lage und die Perspektiven des Kampfes der Arbeiter eine entscheidende Bedeutung. Es besteht außerdem die Gefahr, daß bereits errungene öko-

nomische Erfolge durch ein politisches Zurückbleiben der Arbeiterbewegung gefährdet werden. die Hauptaufgabe der westdeutschen Arbeiterbewegung besteht darin, daß es gelingt, alle ihre Kräfte gegen den Kriegskurs der herrschenden Kreise nach außen und innen zusammenzuschließen und so die Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik zu schaffen. Auch wesentliche materielle Verbesserungen und Reformen lassen sich nur mit der gesamten politischen Kraft der Arbeiterklasse, der Aktionseinheit aller ihrer Formationen erkämpfen. Die Schaffung dieser Aktionseinheit ist zweifellos das Hauptproblem, um das Gewicht der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft stärker zur Geltung zu bringen.

Die Arbeiterklasse muß die starken Positionen und die Kraft der Gewerkschaften besser nutzen, um ihr politisches Gewicht stärker zur Geltung zu bringen. Da die Hauptmasse der politisch organisierten Arbeiter in der SPD ist, geht es darum, die Lage in der SPD zu ändern, so daß der Wille der Mitglieder für eine sozialdemokratische Alternativpolitik stärker zur Geltung kommt. Auch dabei kann der Einfluß der Gewerkschaften sehr bedeutsam sein, da in ihren Aktionen und in ihrer Programmatik grundlegende Gedanken zu einer demokratischen Alternativpolitik zum Ausdruck kommen.

Wir Kommunisten sind bestrebt, den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse im Kampf für ihre antimilitaristischen, demokratischen und sozialen Forderungen maximal zu fördern. Im Prozeß dieses gemeinsamen Kampfes wird die Kraft der Arbeiterbewegung weiter wachsen, wird sie ihren politischen Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche Leben stärken. Der gemeinsame Kampf ist auch der Weg zur Klärung bestehender ideologischer Differenzen, er wird zweifellos auch die Barrieren des Antikommunismus im Denken vieler Sozialdemokraten abbauen und die Überwindung von Illusionen erleichtern. Von jedem Kommunisten fordert die KPD, daß er sich als selbstloser Vorkämpfer der Arbeiterinteressen, als guter Gewerkschafter erweist, der sich mit ganzer Kraft dafür einsetzt, die sozialen und demokratischen Forderungen der Werktätigen zu verwirklichen und die Organisationen der Arbeiterklasse als selbständige Kraft zu stärken.

